Montag, 21. Oktober 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 245 - 43. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 8,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Griechenland: Die Auseinandersetzung zwischen Regierung und Gewerkschaften wird härter. Mit landesweiten Streiks wollen die Arbeitnehmer *heute auf* das jüngste Dekret des Kabinetts antworten, mit dem ab sofort die Löhne und Gehälter bis Ende 1987 eingefroren werden. (S. 10)

Schmiergeld? Großbritannien zahlt nach einem Bericht der angesehenen Wochenzeitung „The Observer" für das vor kurzem abgeschlossene Rüstungsgeschäft mit Saudi-Arabien Provisionen von mindestens 300 Millionen Pfund (1,1 Milliarden Mark) an zwei oder drei führende Mitglieder der saudischen Königsfamilie.

Frauenkongreß: Die ersatzlose Streichung des Abtreibungsparagraphen 218 forderte der erste Bundesfrauenkongreß der Grünen in Köln. Die Diskussion um den Paragraphen 218 sollte zu einem Schwerpunkt des Bundestagswahlkampfs 1987 gemacht werden. (S. 8)

Hupka: Der Vorsitzende der *Landsmannschaft* Schlesien ist auf der Bundesdelegiertenversammlung in Königswinter mit großer Mehrheit für weitere zwei Jahre in seinem Amt bestätigt worden.

Nahost: Jordanien sollte vor Friedensverhandlungen mit Israel das Abkommen mit der PLO kündigen und die PLO von seinem Territorium vertreiben, fordert der israelische Außenminister Shamir. Er reist heute nach Luxemburg, um mit der EG über Zollnachlässe für israelische Agrarprodukte zu verhandeln. (S. 6)

Gipfel: Vier Wochen vor der Begegnung zwischen Reagan und Gorbatschow treffen sich morgen die Parteichefs der sieben Staaten des Warschauer Pakts in Sofia.

Umbesetzung: Zum neuen sowjetischen Außenhandelsminister ist Boris Aristow (60) ernannt worden. Der bisherige Außenhandelsminister Nikolai Patolitschew war am Wochenende, nach 27 Jahren im Amt, aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten. Aristow war zuletzt stellvertretender sowjetischer *Außenminister.*

Dialog: China und die Sowjetunion haben auch bei der siebten Runde ihrer Normalisierungsgespräche keine Annäherung in den umstrittenen politischen Grundsatzfragen erzielt. Gleichzeitig wurde aber die „Ausdehnung der bilateralen Verbindungen und Kontakte in vielen Bereichen" *festgestellt.* (S. 6)



Zynismus, Verachtung des Menschenrechts, psychische und physische Qual – *das ist der* Alltag der politischen Gefangenen in der „DDR". In einer dreiteiligen Artikelfolge beschreibt die WELT mit bisher unveröffentlichtem *Material* und Zeugenaussagen die Zustände hinter den Gefängnismauern. Rund 4000 bis 5000 „Politische" leiden in den Zellen Erich Honeckers. Seite 3

WIRTSCHAFT

Autoindustrie: In den ersten neun Monaten 1985 überstieg die Produktion der deutschen Hersteller mit 3 098 800 Pkw/Kombi den Vorjahresstand um 15 Prozent; auf dem Nutzfahrzeug-Sektor wurden gut zwölf Prozent mehr Einheiten produziert. (S. 9)

Schnellverkehr: Die von Bonn, Paris und Brüssel eingesetzte Expertengruppe zur Prüfung einer Eisenbahn-Schnellverkehrsverbindung zwischen Paris, Brüssel und Köln wird in Kürze ihren Bericht vorlegen. In Paris wird erwartet, daß sie sich für den Hochgeschwindigkeitszug TGV ausspricht. (S. 10)

Insolvenzrecht: Die geplante Reform darf nach Ansicht von Justizminister Engelhard nicht zum Ergebnis haben, daß lebensunfähige Unternehmen künstlich am Leben gehalten werden. Es gehe vielmehr darum, einen „funktionierenden Rechtsrahmen für ein effektives Management der Insolvenz" zu schaffen. (S. 9)

US-Aktien: Wie in Europa zogen auch in den USA in der vergangenen Woche die Kurse an. Der Dow-Jones-Industrieindex legte im Verlauf der Woche 28,9 Punkte zu und schloß trotz eines leichten Rückgangs am Freitag auf dem Rekordstand von 1368,84. (S. 9)

KULTUR

Auszeichnung: Die Darmstädter Akademie für Sprache und Dichtung hat ihre diesjährigen Auszeichnungen vergeben: Den Johann-Heinrich-Merck-Preis für literarische Kritik und Essay an Sibylle *Wirsing,* den Sigmund-Freud-Preis für wissenschaftliche Prosa an Hermann Heimpel und den Georg-Büchner-Preis an Heiner Müller. (S. 15)

Stefan Askenase: Er war der älteste noch im aktiven Konzertgeschehen auftretende Pianist der Welt. Für seine neue Tournee waren mehr als 40 Konzerte vorgesehen. Einen Tag nach seinem bejubelten Auftritt in Köln, wo er Werke von Fréderic Chopin spielte, starb Stefan Askenase in seinem Haus in Bonn im Alter von 89 Jahren. (S. 15)

SPORT

Tennis: Die Amerikanerin Pam Shriver gewann das Grand-Prix-Turnier in Filderstadt. Im Finale besiegte sie *die Vorjahressiegerin* Catarina Lindqvist (Schweden) mit 6:1, 7:5. (S. 13)

Galopp: Der Hengst Oldtimer unter Jockey Andrzej Tylicki gewann auf der Galopprennbahn in Köln den Titel des Winterfavoriten. Zweiter wurde Royal Rock's mit Ralf Suerland. (S.13)

AUS ALLER WELT

Verwüstungen: Wirbelstürme haben auf den Philippinen sowie in Vietnam und Bangladesch zahlreiche Todesopfer gefordert und gewaltige Verwüstungen angerichtet. New York City wurde am Wochenende von einem Erdbeben erschüttert, blieb aber von größeren Schäden verschont. (S. 16)

Medikament: Nachdem vor allem in Norddeutschland zahlreiche Kühe verendet sind, hat der Chemiekonzern Bayer das Penicillinpräparat „Stapenor-Retard" vom Markt genommen. (S. 16)

Wetter: Heiter bis wolkig und trocken. Bis 15 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Investitionen bleiben der kräftigste Konjunktur-Motor

Heute Bericht der Wirtschaftsinstitute: Absage an staatliche Programme

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die wirtschaftliche Erholung setzt sich in der Bundesrepublik 1986 im vierten Jahr des Aufschwungs verstärkt fort. Die Zahl der Beschäftigten steigt kräftiger als in diesem Jahr, *allerdings sinkt die Arbeitslosigkeit* nur geringfügig. Staatliche Beschäftigungsprogramme, wie sie von den Gewerkschaften auf der Aktionswoche verlangt wurden, helfen nicht weiter. Allerdings sollte die zweite Stufe der Steuerreform von 1988 auf 1987 vorgezogen werden. Dieses ist der Kern ds Gemeinschaftsgutachtens der fünf führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, das heute *in Bonn veröffentlicht* wird.

Die Institute aus Berlin, Essen, Hamburg, Kiel und München gehen davon aus, daß sich die Aufschwungskräfte weiter von der Auslands- zur Inlandnachfrage verlagern wird. Für das laufende Jahr rechnen sie mit einer Zunahme des Bruttosozialprodukts nach Abzug der Preissteigerungen um 2,25 Prozent, was etwas weniger ist als das, was von der Bundesregierung erwartet wird. Für 1986 sagen sie ein Plus von drei Prozent voraus. Dies wäre die höchste Steigerungsrate in der gegenwärtigen Aufschwungsphase. Im internationalen Vergleich nimmt damit die Bundesrepublik hinter Japan den zweiten Rang ein. Dieses gilt auch im Hinblick auf den Preisanstieg. Hier prognostizieren die Institute wie für 1985 *eine leichte Zunahme um 2,0 Prozent* im Jahresdurchschnitt.

Der kräftigste Konjunkturmotor bleiben nach dem Gutachten die Investitionen. Die Ausgaben für Maschinen und Anlagen dürften 1986 um sechs Prozent steigen. Die Bautätigkeit sollte sich stabilisieren. Der Exportanstieg verlangsamt sich nur noch wenig auf plus vier Prozent. Besonders bedeutsam ist die Zunahme *des privaten Verbrauchs, weil auf ihn* mehr als die Hälfte des Bruttosozialprodukts entfällt. Der Hauptgrund steigende Einkommen. In der Tarifrunde 1986 dürften höhere Löhne und nicht weitere Arbeitszeitverkürzungen im Vordergrund stehen. Die Institute erwarten für 1986 eine Zunahme der Brutto-Lohn und -Gehaltssummen um 4,5 Prozent. Die verfügbaren Einkommen dürften auch wegen der Steuerreform um nominal fünf und real drei Prozent steigen, also rund doppelt so stark wie in diesem Jahr. Um real drei Prozent dürften auch der private Konsum zulegen, was der kräftigste Zuwachs seit Ende der siebziger Jahre wäre.

Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer dürfte von 22,06 Millionen 1984 auf 22,15 Millionen in diesem Jahr steigen. Für 1986 wird eine weitere Zunahme auf 22,4 Millionen, also um 250 000 vorausgesagt. Die Zahl der Arbeitslosen wird wegen der geburtenstarken Jahrgänge 1986 nur von 2,3 auf 2,25 Millionen sinken.

„Rezepte zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, die ohne teilweise schmerzhafte Anpassungsprozesse auskommen, gibt es nach wie vor nicht." Alle Institute warnen „eindringlich vor der Vorstellung, der Staat wäre, wenn er nur wollte, in der Lage, allein durch mehr Ausgaben für Vollbeschäftigung zu sorgen". Vielmehr müßten die Rahmenbedingungen für die Investitionen der Unter*nehmen* und *für die Qualifizierung* und Mobilität der Arbeitnehmer weiter verbessert werden.

Die Insititute plädieren dafür die zweite Stufe der Steuerreform auf den 1. Januar *1987 vorzuziehen.* Haushaltspolitisch sei dies machbar, weil die Neuverschuldung des Staates 1986 trotz der Steuerreform von rund zehn Milliarden Mark nicht steigt.

DER KOMMENTAR

Gute Prognose

PETER GILLIES

Prognosen sind so treffsicher wie die Annahmen, die man *ihnen zugrundelegt. Der Irrtum* gehört deswegen zu ihrem Bestandteil. Dennoch vermittelt das Herbstgutachten der Konjunkturforscher Ein- und Ausblicke, die – aufgrund der heute verfügbaren Erkenntnisse – zu begründetem Optimismus Anlaß geben, einem Lebensgefühl, das den Aktionswöchnern des DGB weisungsgemäß fremd zu sein hatte. Aber eines sind Prognosen auch nicht: Orakel des Unabwendbaren.

Ein grobes Mißverständnis wäre es, würden sich alle mehr *oder weniger befriedigt in den* Sessel zurücklehnen und dem (vermeintlichen) Schicksal seinen vorgezeichneten Lauf zu lassen. Gewiß enthält das Gutachten sehr erfreuliche Trends. Dazu gehören die erstaunliche Stabilität der Aufschwungkräfte und der Kaufkraft, die pulsierenden Investitionen und die ungebrochene Wettbewerbskraft deutscher Produkte, die Aussichten auf Konsumbelebung wie die stetig wachsende Beschäftigung. Dies alles ist der erfreuliche Teil jener Realität, *die funktionärsseitig gern* verdrängt wird.

Prognosen sind jedoch mehr als Zahlenreihen einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Sie ermuntern zur Korrektur durch Handeln. Unternehmer haben es in der Hand, die sich abzeichnenden Chancen in intelligentere Produktion und mehr Beschäftigung umzusetzen; Gewerkschaften können in künftigen Lohnrunden durch Augenmaß mehr für die Arbeitslosen tun, indem sie sich nicht nur auf die Arbeitsbesitzer *beschränken; die Politik* schließlich darf die Aufforderung der Experten, die Steuern noch entschlossener zu senken, sehr ernst nehmen.

So stellt das Herbstgutachten eine Aufforderung dar, den Optimismus in die Realität zu führen, ihn möglichst zu übertreffen. Und wenn Prognosen übertroffen werden, wußte schon Ludwig Erhard, dann verzeiht man auch den falschen Propheten.

Unterschiedliche Stimmen im DGB

Wird Dreiergespräch fortgesetzt? / Gesamtmetall vermißt bei Aktionswoche konstruktiven Beitrag

DW. Bonn

In den Gewerkschaften ist die Bereitschaft, die Gespräche mit Bundesregierung und Arbeitgebern fortzusetzen, offenbar unterschiedlich stark ausgeprägt. IG-Metall-Chef Hans Mayr legte auf dem letzten Tag der Aktionswoche des DGB die Latte für deren Fortsetzung hoch: Neue Gespräche hätten erst Sinn, wenn „politische Folgerungen" aus den gewerkschaftlichen Protesten gezogen seien. Dagegen sagte der IG-Chemie-Vorsitzende Hermann Rappe in Hannover, es sei notwendig, wichtige Probleme, wie das Betriebsverfassungsgesetz, gemeinsam zu behandeln. Bundeskanzler Helmut Kohl hatte am vergangenen Mittwoch ein neues Treffen mit Arbeitgebern und Gewerkschaftsführern für Anfang Dezember vorgeschlagen.

Während die Gewerkschafter die Aktionswoche, an der nach DGB-Angaben mehr als 600 000 Menschen teilnahmen, als einen Erfolg verbuchten, bewertete sie der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Dieter Kirchner, als „Vergeudung von viel Zeit und Kraft ohne jeden konstruktiven Beitrag, wie nun wirklich dem uns alle bedrückenden Problem der Massenarbeitslosigkeit abgeholfen werden kann". Allerdings habe die Protestwoche des DGB „nicht alle Brücken abreißen lassen", sagte er in einem Gespräch mit der WELT. Trotz des „Wortgetöses und trotz aller lautstarken Funktionärsaktionen ist der Riß zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften nicht größer geworden". Die Arbeitgeberseite baue darauf, daß nach der lange geplanten und deshalb „als Pflichtübung zu absolvierenden *Demonstrationswoche*" vernünftige Gespräche möglich seien.

SEITEN 2 UND 5:
Weitere Beiträge

Hauptthema aller Veranstaltungen in der vergangenen Woche war die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Dabei entzündete sich die Kritik der Gewerkschaftsfunktionäre an der Weigerung der Bundesregierung, ein Beschäftigungsprogramm aufzulegen. Auf einer Kundgebung in Kassel sprach DGB-Chef Breit von einer „Verpflichtung des Staates", durch politische Maßnahmen wie öffentliche Investitionen zum Abbau der Arbeitslosigkeit beizutragen. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, warnte, eine Arbeitslosenzahl deutlich unter zwei Millionen lasse sich erst in den 90er Jahren erreichen: „Ich warne davor, den Bürgern etwas vorzumachen", sagte er in einem Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung".

Regierungssprecher Friedhelm Ost hielt dem Gewerkschaftsbund vor, viele Funktionäre hätten auf den Kundgebungen wider besseres Wissen geredet, um mit Un- und Halb*wahrheiten Stimmung gegen* die Bundesregierung zu machen und von den gewerkschaftseigenen Problemen abzulenken. Allein 1985 und 1986 würden jedoch durch aktive Beschäftigungspolitik mehr als 400 000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Wieder Tote bei Unruhen in Südafrika

DW. Johannesburg

Ausschreitungen im Anschluß an zwei Beisetzungen von Gewaltopfern der Unruhen in Südafrika haben bis gestern in der Kap-Provinz vier Todesopfer gefordert. Um weiteren Gewalttätigkeiten vorzubeugen, haben die Strafvollzugsbehörden den am Freitag hingerichteten Untergrundkämpfer Benjamin Moloise bereits an einem geheimgehaltenen Ort bestatten lassen. Er werde den Angehörigen später mitgeteilt, hieß es. Seine Rechtsanwältin teilte mit, es werde *für Moloise keine Beisetzungsfeierlichkeit* geben.

Während Südafrikas Staatspräsident Pieter Botha Verhandlungen mit dem ANC ausschloß, hat Papst Johannes Paul II. am Wochenende die Apartheid verurteilt und seiner Hoffnung Ausdruck verliehen, in Südafrika möge der Geist der Barmherzigkeit nicht gänzlich vergessen werden.

Seite 8: Botha lehnt Gespräche ab

Gewerkschaft der Bergarbeiter gespalten

ga. London

Die Spaltung der britischen Bergarbeitergewerkschaft ist jetzt endgültig. Bei *einer Abstimmung unter rund* 30 000 britischen Bergleuten in Nottinghamshire und South Derbyshire hat sich am Sonnabend eine deutliche Mehrheit für eine Trennung von der Gewerkschaft NUM entschieden.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der NUM hatten während des Anfang März beendeten, einjährigen Bergarbeiterstreiks begonnen. In Nottinghamshire hatten sich viele Grubenarbeiter der Richtung des NUM-Präsidenten Arthur Scargill widersetzt und weitergearbeitet. Die NUM schloß deshalb die Führer des abtrünnigen Regionalverbandes aus. Daraufhin kündigte Roy Lynk, der Generalsekretär der Bergleute aus Nottinghamshire, die Trennung von der Dachorganisation an. Lynk wird nun voraussichtlich Chef der neuen Gewerkschaft.

Seite 7: Scargill wehrt sich

Reagan spricht Craxi Vertrauen aus

Die NATO ist Washington wichtiger als die „Affäre Abbas" / Wieder Ministerpräsident?

FRITZ WIRTH, Washington

Die Reagan-Administration hat am Wochenende alle diplomatischen Schleusen *geöffnet, um die amerika*nisch-italienischen Beziehungen wieder auf den alten, freundschaftlichen Pegel zu bringen. Der Rücktritt der Regierung Craxi war in Washington nicht erwünscht und erst recht nicht beabsichtigt. Im State Department *läßt* man keinen Zweifel daran, *daß man* an einer Herstellung des Status Quo in den Beziehungen zwischen Rom und Washington und bei der Bildung der neuen Regierung interessiert ist. Man betrachtete in Washington Craxi als einen zuverlässigen und kooperativen Verbündeten und läßt erkennen, daß man die Wiederherstellung der alten Regierungsstruktur in Rom für die wünschenswerte Lösung hält.

Die Reagan-Administration unterstrich es am Wochenende mit der Entsendung des stellvertretenden Außenministers John Whitehead nach Rom. Whitehead übergab einen mit „Lieber Bettino" sehr persönlich gehaltenen Brief Reagans an den amtierenden italienischen Regierungschef, *dessen Text kurz nach dem* Gespräch Whiteheads mit Craxi veröffentlicht wurde und die Einladung des italienischen Regierungschefs zum Vorgipfelgespräch in New York wiederholte. Man rechnet in Washington fest damit, daß bei dieser Gelegenheit möglicherweise noch bestehende Meinungsunterschiede ausgeräumt werden können.

Der amerikanische Präsident nennt in seinem Brief an Craxi die italienisch-amerikanischen Beziehungen „weitreichend, tiefgehend und stabil". Bei einem italienisch-amerikanischen Bankett zu Ehren des Sängers Frank Sinatra sprach Reagan in Anwesenheit des italienischen Botschafters von den „unerschüttlichen Beziehungen" zwischen beiden Ländern.

Anlaß der Meinungsverschiedenheiten zwischen Rom und Washington war die Freilassung des palästinensischen Terroristenführers Abul Abbas. Die Reagan-Administration hält dies für eine falsche Entschei*dung. Man ist in Washington jedoch* der Meinung, daß ein intaktes westliches Bündnis besonders vor dem Gipfeltreffen mit Gorbatschow einen höheren politischen Stellenwert hat als die „Affäre Abbas".

Die „Besänftigungstour" Whiteheads führt von Rom aus über Kairo nach Tunis. Sein Auftrag lautete, „die Temperaturen zu senken, aber keine Entschuldigungen auszusprechen". Ägyptens Präsident Mubarak hatte die amerikanische Regierung wiederholt öffentlich aufgefordert, sich für die Abfangaktion zu entschuldigen.

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Die italienische Regierungskrise, die am Freitag von führenden Politikern fast aller Parteien als eine der schwersten der Nachkriegszeit hingestellt worden war, scheint nach einem „Wochenende der Wunder", wie eine

● **Fortsetzung Seite 8**

Für Grüne und SPD fließen Spenden

hey, Bonn

Bei CDU, CSU und FDP haben 1984 die Ausgaben die Einnahmen in Millionenhöhe überschritten. Wegen der Spendenaffären *hielten sich auch* viele ihrer Spender im Vergleich zu 1983 stark zurück. Dagegen schrieben SPD und Grüne schwarze Zahlen. Sie verzeichneten einen Gewinn von zwölf beziehungsweise 17 Millionen Mark. Die SPD erhielt mit 201 500 Mark von der Bank für Gemeinwirtschaft sogar die größte Einzelspende und war die mit 147 Millionen Mark Reinvermögen reichste Partei, ergeben *Informationen aus den offiziellen,* nach dem neuen Parteienfinanzierungsgesetz erstmals bilanzmäßig erstellten Rechenschaftsberichten.

Seite 8: Millionen-Überschuß

„Zögern gefährdet SDI-Beteiligung"

gba. Bonn

Durch das Zögern der Bundesregierung beim Abschluß eines Rahmenabkommens zur Beteiligung *deutscher Firmen an der SDI-For*schung gehen nach Ansicht des CDU-Abgeordneten Todenhöfer „der deutschen Wirtschaft wertvolle Monate verloren". Bei „weiterem Zaudern" könnten wichtige Aufträge anderweitig vergeben werden. Todenhöfer hatte in Washington unter anderem mit Staatssekretär Perle vom Pentagon gesprochen.

In Washington wurde bekannt, daß *die SDI-Studie zur Verteidigung Eu*ropas wegen der unklaren Haltung Bonns nicht, wie geplant, an ein deutsches, sondern an ein amerikanisches Unternehmen vergeben werden soll.

Glemp: „Kult" um Popieluszko dämpfen

Dennoch gedachten Zehntausende des ermordeten Priesters / Demonstration für „Solidarität"

DW. Warschau

Zehntausende haben am Wochenende des oppositionellen Priesters Jerzy Popieluszko gedacht, der vor einem Jahr von drei Beamten des Geheimdienstes ermordet worden war. In Warschau nahmen am Samstag abend mehr als 20 000 Gläubige an einer Messe teil, zu der die Menschen aus allen Teilen des Landes mit Spruchbändern der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" anreisten. Diese Demonstration wurde von einer großen Menschenmenge mit Beifall bedacht.

Während die meisten Gläubigen den Aufrufen der Geistlichen zur Zurückhaltung folgten, riefen an einer Straßenecke nach dem Ende des Gottesdienstes rund 1500 Menschen in Sprechchören Parolen der verbotenen Gewerkschaft und skandierten den Namen des Arbeiterführer Lech Walesa. Sie wurden von der Polizei auseinandergetrieben. Mehrere Personen wurden festgenommen.

Zuvor schon hatte sich der Primas der katholischen Kirche in Polen, Kardinal Josef Glemp, bemüht, den „Kult" um Popieluszko einzudämmen. In einer Predigt vor mehreren tausend Gläubigen, die ihm schwei*gend zuhörten, ging er zunächst nicht* auf die inneren Spannungen in Polen ein, sondern widmete den größten Teil seiner Rede der Tötung menschlichen Lebens im Hinblick auf die Diskussion um die Abtreibung. Aber in deutlicher Kritik an dem Gedenken für Popieluszko betonte er, Gemeindemitglieder hätten ein Recht auf ihr Gotteshaus und dürften von Demonstranten nicht zur Seite gedrängt werden. Auch gestern, als Glemp von der katholischen Universität Lublin die Ehrendoktorwürde verliehen wurde, äußerte sich der Kardinal kritisch: Man müsse die Liebe zu Polen in den Realitäten des öffentlichen und internationalen Lebens sehen. Beim Nachdenken über das Vaterland müsse man sich vor Stereotypen und Schlagworten hüten – „ohne Lärm und nicht in der Menge; im Lärm läßt es sich schlecht denken, die Menge denkt überhaupt nicht".

Deutlicher war dagegen der Gemeindepfarrer Teofil Bogucki in seinen Predigten anläßlich des Todestages von Popieluszko geworden. Er nannte den Mord an dem Priester einen „Überfall einer haßerfüllten Ideologie". Popieluszko habe nicht für ein kommunistisches, sondern für ein katholisches und unabhängiges Polen gekämpft. „Solidarität"-Rufe klangen immer wieder aus der Menschenmenge. Christen ließen sich nicht von Haßgefühlen leiten: Er kündigte für den 31. Oktober eine Messe für die Polizei und den Geheimdienst an.

„Action Directe" begründet Anschlag mit Tod Moloises

Terroristenbomben in Paris, Namur und Luxemburg

DW. Paris

Die linksgerichtete Gruppe „Action Directe" hat zugegeben, den Anschlag auf die Pariser Zentrale der französischen Fluggesellschaft UTA am Samstag verübt zu haben. Bei der Explosion war erheblicher Sachschaden entstanden, aber niemand verletzt worden. In einem Brief an eine französische Nachrichtenagentur bezeichneten die Terroristen die Hinrichtung des schwarzen südafrikanischen Dichters Benjamin Moloise als rassistisches Verbrechen.

Die linksextreme Untergrundorganisation „Kämpfende Kommunistische Zelle" (CCC) hat einen Sprengstoffanschlag zugegeben, der in der Nacht zum Samstag auf eine Informationsstelle der belgischen Streitkräfte in Namur verübt wurde. In einem fünfseitigen Brief der Organisation an die Redaktion der Rundfunk- und Fernsehanstalt RTBF in Lüttich hieß es, das Attentat richte sich gegen die für Sonntag in Brüssel vorgesehene Demonstration „kleinbürgerlicher Pazifisten". Zu der Kundgebung in der Hauptstadt haben belgische Rüstungsgegner aufgerufen, um gegen die Aufstellung amerikanischer Mittelstreckenwaffen in *Belgien zu protestieren. Das* Schreiben wird für authentisch gehalten. Dagegen ist die Polizei nicht davon überzeugt, daß die „CCC" tatsächlich die Urheber des Attentats sind, da der Sprengsatz keine Ähnlichkeit mit den bisher von der Organisation verwendeten Bomben hat.

Seit Anfang Oktober des vergangenen Jahres haben die „Kämpfenden Kommunistischen Zellen", *die nach* Ansicht der belgischen Polizei Verbindung zur „Rote Armee Fraktion" und zur „Action Directe" haben, insgesamt 17 Anschläge zugegeben.

Auf den Justizpalast in Luxemburg ist am Samstag abend ein Sprengstoffanschlag verübt worden. Es entstand erheblicher Sachschaden. Personen wurden nicht verletzt. Es handelt sich um den elften terroristischen Anschlag im Großherzogtum Luxemburg in einem Zeitraum von sechs Monaten. Bislang sind die Täter nicht bekannt.

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Sehen Sie sich vor

Von Carl Gustaf Ströhm

Etwa um die Zeit, da der Delegierte Polens auf dem Budapester KSZE-Kulturforum in gepflegtem Französisch über die großartigen kulturellen Errungenschaften der polnischen Volksrepublik parlierte, gedachten zwanzigtausend Demonstranten in Warschau des ersten Jahrestages der Ermordung des Priesters Jerzy Popieluszko. Der Pfarrer der Stanislaw-Kostka-Kirche in Warschau fand scharfe Worte für das in Polen herrschende System und sprach von einem „Überfall einer haßerfüllten Ideologie auf einen Gottesdiener". Lech Walesa erklärte in einem Brief, „Pater Jerzy" sei gestorben, „damit wir in Würde leben können".

Die jüngsten Demonstrationen haben nicht nur die Kluft zwischen Gesellschaft und politischer Macht in Polen weiter vertieft. Sie zeigten auch gewisse Unterschiede zwischen der niederen Geistlichkeit und der katholischen Hierarchie, verkörpert in Primas Glemp. Während Pfarrer Bogucki, der Geistliche der Stanislaw-Kostka-Kirche, einem „führenden Funktionär" (offenbar Jaruzelski) auf dessen Wort von der unaufhaltsamen „sozialistischen Entwicklung" Poens zu antworten: „Sehen Sie sich vor, mein lieber Herr", versuchte Glemp die Gemüter zu dämpfen. Aus Glemps Worten läßt sich herauslesen, daß die Kirchenleitung es mit einem gewissen Unbehagen betrachtet, wenn Popieluszkos einstige Pfarre zu einem nationalpolnischen Wallfahrtsort wird.

Alle diese Ereignisse beweisen allerdings, daß die Fiktion der Normalisierung, die durch die Abhaltung der Sejm-Wahlen verbreitet wurde, nicht einmal wenige Tage lang aufrechtzuerhalten ist. Der im Untergrund lebende „Solidaritäts"-Funktionär Bujak hat gegenüber westlichen Journalisten auch die amtlichen Ziffern über die Wahlbeteiligung bestritten. Nicht über 75 Prozent, wie offiziell behauptet, sondern höchstens bei 66 Prozent habe die Beteiligung gelegen, in Warschau und Danzig noch niedriger. Bujak äußerte sich auch in sehr interessanter und dezidierter Weise über westliche Politiker, als er erklärte, diese sollten bei Polen-Besuchen nicht immer nur von den polnischen Behörden „dienern". Er schloß mit einem Satz, der im Bonner Auswärtigen Amt mit Aufmerksamkeit registriert werden sollte: „Wir sind besonders neugierig auf den nächsten Besuch von Bundesaußenminister Genscher."

Ein Drama verdümpelt

Von August Graf Kageneck

Folgen wir der Spur eines ausgedienten Hochseeschleppers in den Weiten der Meere. Nur noch mit halber Kraft schleppt er sich einem rettenden Hafen entgegen. Auf seinen Flanken ein Wort, welches die Grande Nation sechzig Tage lang erbeben ließ: Greenpeace.

Das Flaggschiff der internationalen Umweltschützer oder auch Atomprotestler hat seine Position vor dem französischen Atomversuchsatoll Mururoa wegen einer Generator-Havarie aufgeben müssen. Es dümpelt nun, seiner Zusatzladung von sensationsbegierigen Fotografen und Pressemännern ledig, dem geschichtsträchtigen Hafen Auckland auf Neuseeland zu. Ende einer Dienstreise, Bluepeace im Ozean des Friedens.

Auckland? Das sagt uns doch etwas? Hier wurde ein Schiff versenkt. Es gab einen Vertuschungsskandal in Paris, der zwei Monate lang die Gazetten fütterte. Ein Minister mußte gehen, ein Staatspräsident und ein Regierungschef gerieten in den Ruch, die Nation betrogen zu haben. Geheimdienstoffiziere wurden verhaftet, weil sie geplappert hatten. Die französische Kriegsmarine mobilisierte eine Pazifikflotte und fünfzehnhundert Marineinfanteristen, um der Greenpeace-Bedrohung aus den Tiefen der Meere gewachsen zu sein...

Und nun das lendenlahme Schiff auf der Dünung des Pazifik. So schnell, wie er gekommen war, ist der Greenpeace-Spuk wieder verschwunden. Die Fotografen gingen von Bord, weil sie des wochenlangen Müslifutters der Greenpeaceler überdrüssig geworden waren und es auch sonst, beruflich, nichts zu beißen gab; das einzige dramatische Ereignis war das Heranbrausen eines französischen Kriegsschiffs gewesen, dessen Kapitän den Protestlern eine Kiste Champagner überreichen ließ.

Frankreich wird seine Atomversuche ungestört durchführen können. Es hielt einen Hammer bereit, um eine Fliege totzuschlagen, aber die Fliege verbrannte sich die Flügel. Die Weltöffentlichkeit könnte schmunzeln, hätte es bei dem Spektakel nicht einen Toten gegeben.

Etwas Geistiges bemerkt

Von Enno v. Loewenstern

Gerechtigkeit für den armen Fritz „Jott" Raddatz, wie ihn seine Freunde heute giftig nennen. Gewiß, die grimme Gräfin Dönhoff bescheinigte ihm im eigenen Blatt ob seines angeblichen Goethe-Zitats vom Frankfurter Bahnhof „Schludrigkeit" und sprach von einem „Feuilletonchef, der nicht richtig lesen kann ... die Zeitung ist blamiert, die Redaktion zornig."

Gewiß, jetzt auf einmal wissen sie alle, was Raddatz über die Jahre zusammengefischt und zusammengestammelt hat und fragen, was das für ein Literatur-Professor sein solle. Aber du lieber Literatenhimmel, wie ist mancher im Zuge der Bildungsreform Professor geworden? Wie ist speziell dieser von ihnen allen jahrelang als Präzeptor und selbsternannter „Moralist" geduldet und akzeptiert worden? Als Raddatz zur Buchmesse 1979 einen Artikel voller Denunziationen gegen wirkliche Schriftsteller in seinem Wochenblatt unterbrachte, tobte Marcel Reich-Ranicki: „Vermutlich hat kein Redakteur der ‚Zeit' das Manuskript gelesen." Jetzt flüstert uns Robert Gernhardt, Raddatzens Versuch über Goethe zur Buchmesse 1985 sei „von Chefredakteur Theo Sommer gegengelesen" worden.

Lesen können ... *Gleichzeitig mit Goethes Bahnhof* erschien ein schnaubender Artikel in der „Frankfurter Rundschau" über die „Politiker der ‚geistig-moralischen Wende'": „Hat einer je an ihnen etwas Geistiges bemerkt oder etwas Moralisches erlebt?" Will wieder einmal sagen: der Geist steht links, alle anderen sind dumm und böse.

Dieses Geistes haben wir nun, wieder einmal, einen Hauch verspürt.

Und Raddatz ist, war und bleibt sein geistig-moralischer Prophet. Bald wird er sich von neuem melden, vielleicht mit Schillers Zauberlehrling, vielleicht mit Goethes Lied von der Glocke. Jedenfalls hat er uns versprochen, daß er nicht kündigt, ob ihn auch seine Herausgeberin solcherart geohrfeigt hat. Was ein richtiger Moralist ist, der weiß: erst kommt der Sessel, dann kommt die Moral. Wir aber freuen uns schon auf den nächsten Artikel in der „Zeit", in dem über sesselklebende Politiker geklagt und gefragt wird, wieviele Skandale es wohl brauche, bis endlich einer von ihnen den Anstand hat, zu gehen.



ZEICHNUNG: BILL DAY/THE DETROIT FREE PRESS

Aktionismus

Von Günther Bading

Mehr als eine halbe Million Menschen hätten an der Aktionswoche des Gewerkschaftsbundes teilgenommen, meldet die DGB-Zentrale stolz. Das also war die „Mehrheit der Arbeitnehmer", die da eine „andere Politik" wollten. Es gibt 21 Millionen Arbeitnehmer in unserem Lande. Nur ein Drittel sind in Gewerkschaften organisiert. Die Beteiligung an der DGB-Agitation lag aufs Ganze bezogen bei etwas mehr als zwei Prozent; im Bereich der Inflationsrate etwa.

Dennoch heißt es wieder, daß die Demonstrationen die machtvolle Bekundung des Arbeitnehmerwillens gewesen sei. Es klingt etwas merkwürdig, wenn ein Verband für sich in Anspruch nimmt, für alle Arbeitnehmer des Landes zu sprechen, und sich dabei, wie der Stuttgarter Bezirksleiter, offen Sorgen macht, ob er denn sein Traumziel von hunderttausend Demonstrationsteilnehmern erreicht. Der DGB habe sich übernommen, hört man aus den Sozialausschüssen. Nicht mit der Organisation von Massenveranstaltungen – das können die Gewerkschaften: Busse mieten, Plakate und Transparente malen, Musterreden an die weniger sprachgewandten Funktionäre verteilen. Übernommen hat sich der DGB, weil er versucht, gegen einen positiven Trend in der öffentlichen Meinung zu agitieren.

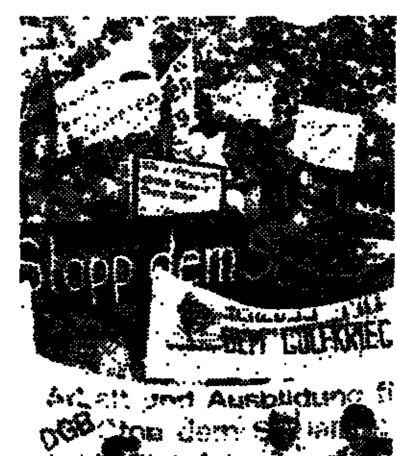
Das mag einige hunderttausend engagierter Gewerkschafter samt Familienangehörigen auf den Plan rufen. Aber die Republik ist durch die Protestwoche nicht erschüttert worden. Und es wird auch keine andere Politik geben, wie es der DGB mit seinem „Widerstand" – ein nicht sehr gut gewähltes Wort für den Aktionismus der Funktionäre – durchsetzen wollte. Die Regierung wird ihren Erfolgskurs nicht nur deshalb fortsetzen, weil das Herbstgutachten heute ihre bisherige Arbeit eindrucksvoll bestätigt, sondern auch deshalb, weil auf all den DBG-Veranstaltungen nicht ein einziger neuer Gedanke vorgetragen wurde, wie man der Massenarbeitslosigkeit in einer sich strukturell wandelnden modernen Industrienation begegnen kann.

Die alten Rezepte des DGB laufen allesamt auf das simple Muster hinaus, daß der Staat nur mehr Geld ausgeben müsse, dann würden die Menschen schon Arbeit haben. Sie werden davon nicht richtiger, daß man sie auf Großkundgebungen wiederholt.

Daß Beschäftigungsprogramme nur Strohfeuer sind, daß dadurch an den Ursachen der Arbeitslosigkeit auf Dauer nichts verändert, die notwendige Strukturanpassung gerade der kleinen und mittleren Betriebe sogar noch verzögert würde, all das nehmen die Funktionäre nicht zur Kenntnis. Wie sollen sie auch? Denn dann wäre die Frage nach Alternativen zu beantworten. Und hier bleibt der DGB seit Jahren die Antwort schuldig.

Man könnte mit der Feststellung zur Tagesordnung übergehen, daß diese DGB-Protestwoche eben ein Vorwahlkampf-Geplänkel der Spitzenfunktionäre mit dem SPD-Parteibuch gewesen sei – unterstützt von einigen CDU-Mitgliedern in der DGB-Spitze, die sich offenbar zur Überkompensation verpflichtet fühlen. Doch so einfach ist es nicht. Die Agitationswoche kann Folgen haben.

Zum einen könnten die sozialdemokratischen DGB-Funktionäre versucht sein, jeden Herbst eine solche Veranstaltungsreihe zu organisieren, zumindest, solange die falsche Partei regiert. Konkret hieße das im Herbst 1986 Wahlhilfe für die SPD. Das aber kann die ohnehin angeschlagene Idee der parteipolitisch ungebundenen Einheitsgewerkschaft kaum noch verkraften.



Transparente, aber keine brauchbaren Vorschläge: DGB-Veranstaltung am Wochenende FOTO: DPA

Zum anderen ist der DGB in Gefahr, sich durch parteiliche Polarisierung seiner Haltung immer weniger attraktiv für die Masse der nicht auf die SPD fixierten Arbeitnehmer zu machen. Schon jetzt sind die Angestellten – und es werden im Verhältnis zu den Arbeitern immer mehr – kaum ansprechbar für eine Mitgliedschaft. Schon heute bleibt dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften die Jugend weg, die wieder zu den alten Grundwerten wie der Leistungsbereitschaft zurückzufinden scheint.

An einer solchen Selbstisolierung durch parteipolitische Bindung des DGB an die SPD aber kann niemandem gelegen sein. Die Befürwortung starker Gewerkschaften, auch durch den Bundeskanzler, ist kein Lippenbekenntnis. Der Freiraum, den unser Grundgesetz der Tarifautonomie läßt, ist nur durch starke und dabei verantwortungsbewußte Tarifvertragsparteien auszufüllen.

Stärke, Macht, Dynamik zu beweisen, gerade dazu sollte ja die Aktionswoche dienen. Der Aktionismus aber hat sich aus parteipolitischen Gründen das falsche Objekt ausgesucht. Die größten Erfolge haben die deutschen Gewerkschaften immer dann erzielt, wenn sie auf Konsens, auf ein Miteinander mit Arbeitgebern und Regierung gesetzt haben. Das reicht von der gigantischen Leistung des Wiederaufbaus nach dem Kriege über die schrittweise Einführung des Achtstundentags bis zur Bewältigung der Strukturkrise im Kohlebergbau.

Das Problem der massenhaften Arbeitslosigkeit darf heute nicht, wie es der DGB gern tut, isoliert gesehen werden. Es ist nur zusammen mit der Bewältigung des technischen Wandels zu lösen. Diese neue industrielle Revolution, der gewaltige Umbau unserer Wirtschaft ist in der Dimension vergleichbar mit dem Aufbau nach dem Krieg. Hier aber haben die Gewerkschaften bisher nichts geboten außer dem Schlagwort, daß technologischer Wandel „sozial beherrschbar" bleiben müsse. Trügen sie hier nun ihr Teil bei, dann könnten sie damit rechnen, nicht einige zigtausend, sondern alle Arbeitnehmer hinter sich zu bekommen.

IM GESPRÄCH Hermann Fellner

Junger Obmann

Von Heinz Krieger



Fußball und Rechtswissenschaft: Fellner FOTO: DPA

Als Hermann Fellner 1980 in den Bundestag kam, war er mit damals 29 Jahren der Jüngste unter den Parlamentariern. Jetzt hat ihn, den niemand mehr als Neuling betrachtet, die CDU/CSU-Fraktion mit der schwierigen Aufgabe des Obmanns der Union im Spionage-Untersuchungsausschuß betraut. Der Vorsitz dieses zweiten Untersuchungsausschusses in dieser Legislaturperiode ging turnusgemäß an die SPD (Gerhard Jahn). Die beiden großen Parteien wechseln sich im Vorsitz von Untersuchungsausschüssen ab.

Bei aller äußeren Zurückhaltung, die dem CSU-Abgeordneten für den Wahlkreis 218, Amberg, eigen ist, hat Fellner schon von Beginn an sehr deutlich gemacht, daß er von dem Untersuchungsausschuß nichts hält, daß aus seiner Sicht hier nur parteipolitische Süppchen der SPD gekocht und am „Lack" des erfolgreichen Innenministers Zimmermann gekratzt werden soll. Dennoch oder vielmehr deshalb will er versuchen, die SPD zu stellen, ihre Widersprüche in der Diskussion um die Verantwortung in den jüngsten Spionagefällen offenzulegen. Daß Minister Zimmermann sich nichts vorzuwerfen hat, davon ist Fellner an Hand der schon vorliegenden Erkenntnisse im Innenausschuß und der Parlamentarischen Kontrollkommission überzeugt. Ebenso ist er aufrichtig, wenn er von einem „erfolgreichen" Innenminister spricht. Das rührt nicht zuletzt daher, daß er sich in den internen Beratungen der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag von Anfang an vehement in die von Zimmermann geforderte Einführung des abgasarmen Autos eingeschaltet hat. Hier sei er *zum ersten Mal „aufgefallen"*, erinnern sich Mitarbeiter. Positiv, versteht sich.

Der am 20. Dezember 1950 in Hirschau im Landkreis Amberg-Sulzbach geborene heutige Rechtsanwalt hat eine *bayerische Bilderbuch-Karriere* gemacht. Nach der Volksschule besuchte er bis zum Abitur 1971 ein humanistisches Gymnasium, studierte an der Universität Regensburg und machte 1976 dort das erste Staatsexamen. Fellner widerstand dem damaligen Trend der Nachwuchsjuristen, nur ja ins vielgepriesene München zu ziehen. Er absolvierte seine Referendarausbildung im heimatlichen Amberg und in Regensburg. 1979 legte er das zweite Staatsexamen ab und ist seither als Anwalt im Amberg tätig.

Politisch engagierte sich Fellner schon während der letzten Schuljahre. Er trat in die Junge Union und in die CSU ein. Während des Studiums war er im RCDS und weiter bei der Jungen Union in Amberg und Regensburg tätig. 1980 kandidierte er zum ersten Mal für den Bundestag, konnte 64,4 der Erst- und 63,6 der Zweitstimmen holen. 1983 steigerte er das Ergebnis auf 68,3 der Erst- und 65,2 Prozent der Zweitstimmen für die CSU.

Zur Popularität des Abgeordneten im Wahlkreis trägt sicherlich auch das Engagement im Volkssport bei. Fellner ist Präsident des örtlichen Fußballvereins 1. FC Amberg, dessen *Mannschaft allerdings*, anders als der Klub-Vorsitzende, in der Bundesliga (noch) keine Rolle spielt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN



Zur Moloise-Hinrichtung heißt es in der Massenzeitung:

Südafrika hätte den Schriftsteller Moloise niemals hinrichten dürfen. Gewiß, er selbst hat zugegeben, an dem Mordkomplott gegen einen Polizisten mitgewirkt zu haben. Aber in nahezu allen zivilisierten Ländern ist die Todesstrafe geächtet. Zudem ist gerade für die Regierung Südafrikas das Todesurteil politisch fatal. Moloise war keine Gefahr für das Land. Jetzt ist er ein Märtyrer. Sein Ende am Galgen kann der Anfang vom Ende des Apartheidregimes sein.

SÜDKURIER

Das Konstanzer Blatt meint zur Lage in Nordrhein-Westfalen:

Sechs Monate nach jener Wahl sehen die Dinge bereits wieder anders aus ... Mit der Wahl des 43jährigen Krefelder Oberbürgermeisters bewies die rheinische CDU ein neu erstarktes Selbstbewußtsein. Ein Anfang ist gemacht. Auf der anderen Seite hat das Bild des Wahlsiegers, von der SPD als Kanzlerkandidat vorgesehen, bereits die ersten Flecken bekommen.



NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Sie kommentiert Raus Rückzieher:

Der forsche und unhaltbare Spruch, mit dem politischen Gegnern soziale Willkür zu Lasten der Schwachen unterstellt werden sollte, wird den Bewerber um das hohe Amt noch 1987 verfolgen. Das ist auch gut so. Denn wer so leichtfertig wie Rau einem politischen Vabanquespiel das Wort redet, darf sich nicht wundern, wenn Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit bleiben.

Allgemeine Zeitung

Das Mainzer Blatt sieht Unsicherheiten in Hessen:

Schlimmer als die koalitionsinterne Instabilität aber ist die auf das Land und seine Wirtschaft ausstrahlende Unsicherheit. Den Grünen Joschka Fischer als Energie- und Umweltminister zu berufen, bedeutet für viele aufgeschreckte Unternehmer, daß der Bock zum Gärtner gemacht wird ... Nur in einem berechenbaren politischen Umfeld sind Investitionen in Forschung und in Arbeitsplätze mit der größtmöglichen Gewähr wirtschaftlichen Erfolges zu realisieren.

THE TIMES

Die britische Tageszeitung weist darauf hin, daß die Regierung Reagan ihre Verbindungen zum Widerstand in Afghanistan deutlich verstärkt:

Ein solcher Schritt ist willkommen, nachdem die Antwort des Westens seit 1979 so häufig unkoordiniert und unentschlossen war ... Andauernde Schwäche bei unserer Unterstützung für die Afghanen würde für Moskau den Eindruck erwecken, als akzeptiere der Westen Verletzungen der internationalen Prinzipien im Tausch für ein ruhiges Leben.

Nicaragua: Der Trick mit den Partnerschaften

Wie man Steuergelder für die Diktatur über Kommunen holt / Von Werner Thomas

Nürnberg kümmert sich um San Carlos, Freiburg um Wiwili. Bremen stützt Corinto, Dietzenbach (Hessen) Masaya. Bielefeld fördert Esteli und Mainz Diriamba. *Hamburg, die zweitgrößte Stadt* der Bundesrepublik, soll bald der zweitgrößten Stadt des hilfsbedürftigen Landes Nicaragua unter die Arme greifen, Leon. Städtepartnerschaften mit Nicaragua: Die Freunde der Comandantes haben einen neuen Trick gefunden, wie man den deutschen Steuerzahler für die sandinistische Revolution einspannen kann. Da die Regierung Kohl seit zwei Jahren keine Kapitalhilfe mehr gewährt, müßten auf kommunaler Ebene „Akte der Solidarität" geleistet werden, hieß es in einem Bielefelder Aufruf. Die Sympathisanten-Szene nennt das „Entwicklungshilfe von unten".

Die Idee stammt aus dem Netz der etwa hundert „Solidaritätskomitees", die in allen Teilen der Bundesrepublik den Comandantes Lobbydienste leisten. Viele Stadtverordnete ließen sich leicht vor diesen Karren spannen. Die Lobbyisten verbreiten das gängige Sandinistenklischee vom armen David, den der Riese Goliath bedroht. Typisch dafür ist, was Günter Grass bei einem Empfang in *Hamburg für den nicaraguanischen* Kulturminister Ernesto Cardenal sagte: Man müsse endlich „mit der Lüge von einem Bürgerkrieg in Nicaragua aufräumen". Es handle sich vielmehr um einen aggressiven Versuch der Großmacht USA, Geschichte zurückzupolen.

Warum aber liegen die Sandinisten im Clinch mit der Kirche, mit den unabhängigen Gewerkschaften, mit Christdemokraten und Sozialdemokraten – sind das alles Somoza-Anhänger? Warum leben die Comandantes in Luxusvillen und lassen im Diplomatengeschäft einkaufen, wo es westliche Konsumgüter gegen Dollars gibt, während die Slums in der Hauptstadt Managua wachsen und das Volk stundenlang Schlange nach Grundnahrungsmitteln stehen muß? Warum braucht die Revolution einen marxistischen Machterhaltungsapparat, so den von Ostberliner Experten beratenen Staatssicherheitsdienst, Blockwart-Verbände, politische Sondergerichte? Warum braucht eine Drei-Millionen-Nation eine Armee mit mehr als 120 000 *Soldaten?*

Solche Fragen werden kaum gestellt. Es wäre nie zu diesem neuen blutigen Nicaragua-Konflikt gekommen, wenn die Revolutionäre ihre Versprechungen gegenüber der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) eingehalten hätten, nämlich: demokratische Verhältnisse zu schaffen. Statt dessen gingen sie einen Weg, auf dem sich Sandinismus und Marxismus-Leninismus gegenseitig ergänzen – wie Verteidigungsminister Humberto Ortega es bereits 1980 sagte, ein Jahr nach der Machtübernahme.

Die Bonner Nicaragua-Gesellschaft, die den Marsch der Comandantes in eine sozialistische Zukunft kritisch verfolgt, erinnerte in einem Merkblatt zum Thema Partnerschaften daran, daß in dem mittelamerikanischen Staat keine gewählten kommunalen Körperschaften existieren. Alle Beamten und Funktionsträger seien Mitglieder oder Anhänger der offiziellen Partei Nationale Sandinistische Befreiungsfront (FSLN). Ergo: Eine unparteiische Verteilung finanzieller und sonstiger Hilfsgüter ist nicht gewährleistet. Michael Sommer, der Vorsitzende der Gesellschaft, warnt: „Die Kontakte laufen unvermeidlich auf eine Zusammenarbeit mit den von der FSLN dominierten Behörden hinaus." Er meint, daß diejenigen, die Solidarität mit diesem marxistisch-leninistischen System üben wollen, dies privat tun sollten.

Es ist kein Zufall, daß sich viele Frontstädte unter den nicaraguanischen Partnern befinden, Wiwili beispielsweise, San Rafael del Sur und San Carlos. Die Solidaritätskomitees kalkulieren, daß für diese von den antisandinistischen Kämpfern bedrohten Ortschaften leichter Spenden lockerzumachen seien. Aus ähnlichen Erwägungen wird auch weiter das Panikgerücht in die Welt gesetzt, die USA wollten militärisch intervenieren. Der sandinistische Staatschef Daniel Ortega hat bereits sechzehn Mal den bevorstehenden Einmarsch amerikanischer Truppen angekündigt.

Der prominenteste Propagandist der Comandantes in der Bundesrepublik ist nach wie vor Kulturminister Ernesto Cardenal, ein Poet und Priester, den einst „das Christentum zum Marxismus führte". Der in der sandinistischen Machtstruktur unbedeutende Mann, der durch seine Erscheinung auffällt (Baskenmütze, Bart, schulterlanges Haar, Jeans), rührte gerade wieder die Werbetrommel. In Hamburg hatte er seinen wichtigsten Auftritt. Der Senat würdigte den exotischen Gast mit einem Empfang im Kaisersaal des Rathauses. Der solidarische „Nicaragua-Verein" forcierte bei dieser Gelegenheit wieder den Partnerschaftsgedanken.

Wenn es zur Partnerschaft zwischen Hamburg und Leon kommt, würde diese Entscheidung einen bemerkenswerten Trend bestätigen: Ausgerechnet solche deutsche Kommunen opfern für den Sandinisten-Staat, die selbst in den roten Zahlen stecken.

Ein Großversuch geht zum Endspurt auf die Rolle

Die weltweit größte Schadstoff-Untersuchung ist in der Endphase. Obwohl die Tests auf den deutschen Autobahnen (etwa zwischen Köln und Frankfurt) seit Wochen abgeschlossen sind, stehen die Tempo-100-Schilder immer noch – sehr zum Zorn vieler Fahrer, die erst Anfang November wieder freie Fahrt bekommen. Mögliche Verzögerungen waren vorsorglich einkalkuliert ...

Von HEINZ HORRMANN

Das Finale des Großversuchs findet nur noch auf den Rollenprüfständen der Technischen Überwachungsvereine statt. Am 21. November soll die Flut von oft verwirrendem Material ausgewertet sein und erst am 31. Dezember wird der Abschlußbericht im Innenministerium vorliegen. Bis dahin gibt es weder Teilergebnisse noch Trendmeldungen. Wo sie auftauchen, sind sie frei erfunden. Würde auch nur der geringste Hinweis von den Beteiligten kommen, könnte das enorm teuer werden. Im 15-Millionen-Vertrag mit der Bundesregierung sind hohe Konventionalstrafen für diesen Fall vorgesehen.

Der TÜV teilte die umfassendste Schadstoffuntersuchung, die es je weltweit im Verkehrsbereich gab, in zwei Arbeitsabläufe ein: Zunächst wurden seit Januar dieses Jahres das Fahrverhalten und die Fahrgewohnheiten auf der Autobahn mit und ohne Geschwindigkeitsbeschränkung ermittelt. Täglich waren zu diesem Zweck 30 serienmäßige Testwagen auf den 20 ausgesuchten Teilstrecken unterwegs. Diese Autobahnabschnitte sollten repräsentativ für das ganze Netz in der Bundesrepublik sein. Flache Abschnitte wechselten mit hügeligen, kerzengeraden „Rennstrekken". Solche problemlosen Schnellstraßen wurden ebenso ausgewählt wie kurvige, schwer zu befahrene Teilstücke.

Repräsentativ war auch der Schnitt der Testfahrzeuge. Vom kleinsten Golf bis zum hubraumstarken Mercedes reichte die Flotte. In diesen Meßautos arbeiteten auf dem Beifahrersitz elektronische Aufzeichnungsgeräte, „Mods" genannt. Das ist die Abkürzung für „Mobiles Datenerfassungs- und Auswertungs-System". Die Computer registrierten Geschwindigkeit, Drehzahl, Benzinverbrauch, Beschleunigung, Verzögerung, aber ebenso Straßenverlauf, Wetter und Fahrbahnverhältnisse. Die Autos rollten Tag und Nacht, insgesamt 600 000 Kilometer.

Am Steuer saßen keine versierten Test- oder Sportfahrer, sondern TÜV-Mitarbeiter ohne spezielle Fahrerausbildung. Nach dem Programm ohne Geschwindigkeitsbegrenzung mit den Tempobereichen 110, 140, 170 und höher wurden die gleichen Teststrecken zum Ärger der Autofahrer mit Tempo 100 ausgeschildert. Nun rollten die TÜV-Autos noch einmal im Verkehrsstrom. Zuerst exakt mit 100 km/h, dann mit „Großzügigkeits-Rabatt", etwa mit 120 km/h. Die Fahrer beobachteten zusätzlich den Verkehrsfluß. Obwohl die Geschwindigkeitsbegrenzungen polizeilich überwacht wurden, hielt sich ein Drittel der Verkehrsteilnehmer überhaupt nicht daran und fuhr so schnell wie nur möglich. Ein Drittel drosselte die Geschwindigkeit und rollte im Bereich der Richtgeschwindigkeit und etwa jeder dritte Fahrer fuhr Tempo 100. Das war allerdings bei freier Fahrt auch nicht anders.

Zusätzlich zu den 30 Testwagen gab es noch zwei weitere TÜV-Aktionen zum Daten- und Wertesammeln. Zum einen gingen zwei neutrale Testwagen auf „Verfolgungsjagd". Ausgerüstet mit Abstandradar, suchten sie sich den ganz „normalen" Autofahrer auf der Fahrt von der Firma zum Kunden oder auf dem Weg in den Urlaub heraus und fuhren hinterher. Über Radar wurde dessen Fahrverhalten ständig festgehalten. Die dritte Meßreihe wurde von Induktionsschleifen geliefert. In allen Teststrekken wurden Sensoren aufgebaut, die Verkehrsaufkommen und Fahrzeugdichte sowie die durchschnittliche Geschwindigkeit maßen. Eine stationäre Meßstation lieferte schließlich die Werte, die die notwendigen Informationen abrundeten. Zwei Meßmaste rechts und links der Autobahn registrierten die Schadstoffmenge gleich neben der Fahrbahn.

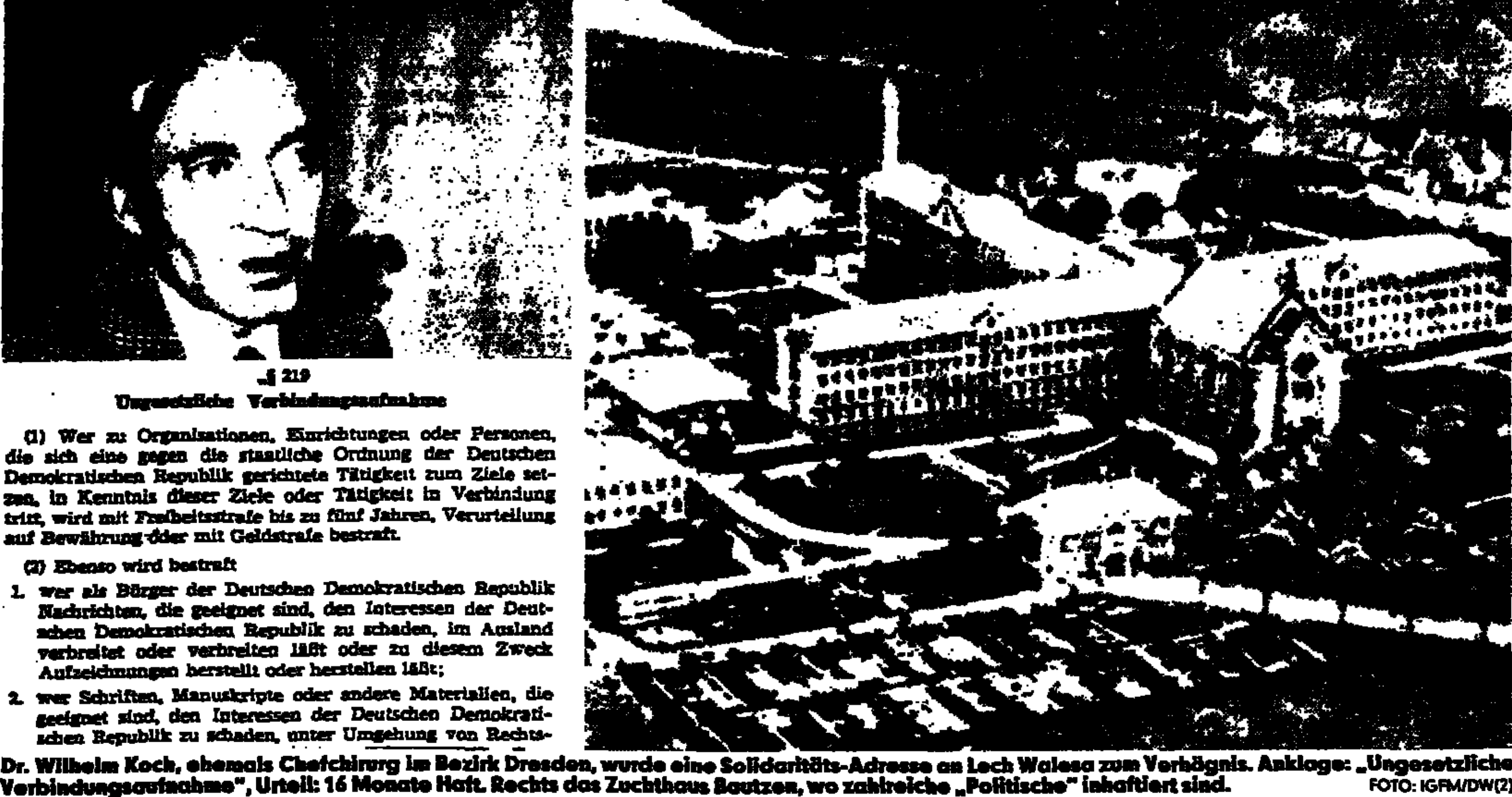
Bei Halbzeit lagen Daten-Pakete vor. Die zur Auswertung nötigen Vergleichszahlen werden in den TÜV-Labors ermittelt. Zum „Nachfahren" auf dem Prüfstand hat sich der TÜV 200 Fahrzeuge, die besonders häufig auf den Autobahnen anzutreffen sind, bei den Besitzern ausgeliehen. Diese Autos absolvieren nun auf der Rolle die ermittelten Fahrzyklen, und dabei werden die Schadstoffe gemessen. Wer sich aber eine komplizierte Experimentierwerkstatt vorstellt, liegt falsch. In dem Raum, groß wie eine Garage, steht ein Wagen wie auf dem Inspektionsstand beim Händler. Die Antriebsräder des Fahrzeugs drehen sich auf drei Meter langen Rollen, die die normale Vorwärtsbewegung mit kuppelbarer mechanischer Schwungmasse in Rotationsenergie umsetzen. Diese Rollen setzen entsprechend der Fahrgeschwindigkeit den Widerstand entgegen, der auch auf der Straße auftreten würde. Ein Monitor signalisiert neben dem Fahrfenster die nötigen Hinweise wie Gang, Geschwindigkeit, Leerlaufdrehzahl, Zündzeitpunkt mit grünen Zeichen in den Wagen. In einer Ecke pfeift die Klimaanlage. Dabei ist weniger an das Wohl der Testfahrer gedacht, sondern an die Versuche. Stets sollen gleiche Bedingungen herrschen.

Die Abgase werden in einem konstanten Verhältnis mit Raumluft vermischt, angesaugt und in einen Nebenraum geleitet. Dort analysiert ein automatisches Meßgerät die Schadstoffe. Neben dem Testfahrzeug sitzen Techniker wie Filmvorführer hinter einer Glaswand. Sie kontrollieren nochmals die Werte und den störungsfreien Ablauf. Die Testfahrt auf dem Prüfstand dauert mit Umbau, Justieren und dem ganzen Fahrprogramm knapp vier Tage pro Auto. Die Typen und die Namen der Fahrer, die die Autos zur Verfügung stellen, dürfen nicht bekanntgegeben werden.

Während in den abgeschirmten TÜV-Labors intensiv an der Schadstoffbilanz gearbeitet wird, gibt es mittlerweile bereits Fakten und neue Expertenaussagen, die das Ergebnis, wie es auch ausfallen mag, als unbedeutend abwerten können. Zum einen ist bereits jedes dritte in der Bundesrepublik neu bestellte Fahrzeug ein „sauberes" Auto, zum anderen halten sich weiterhin unter Wissenschaftlern Zweifel daran, daß gerade die Autoabgase dem Wald den Garaus machen.



200 Testfahrzeuge gehen je vier Tage lang auf den Abgas-Prüfstand des TÜV FOTO: MICHAEL ZIMMER





„§ 219

Ungesetzliche Verbindungsaufnahme

(1) Wer zu Organisationen, Einrichtungen oder Personen, die sich eine gegen die staatliche Ordnung der Deutschen Demokratischen Republik gerichtete Tätigkeit zum Ziele setzen, in Kenntnis dieser Ziele oder Tätigkeit in Verbindung tritt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren, Verurteilung auf Bewährung oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft

1. wer als Bürger der Deutschen Demokratischen Republik Nachrichten, die geeignet sind, den Interessen der Deutschen Demokratischen Republik zu schaden, im Ausland verbreitet oder verbreiten läßt oder zu diesem Zweck Aufzeichnungen herstellt oder herstellen läßt;
2. wer Schriften, Manuskripte oder andere Materialien, die geeignet sind, den Interessen der Deutschen Demokratischen Republik zu schaden, unter Umgehung von Rechts-

Dr. Wilhelm Koch, ehemals Chefchirurg im Bezirk Dresden, wurde eine Solidaritäts-Adresse an Lech Walesa zum Verhängnis. Anklage: „Ungesetzliche Verbindungsaufnahme", Urteil: 16 Monate Haft. Rechts das Zuchthaus Bautzen, wo zahlreiche „Politische" inhaftiert sind. FOTO: IGFM/DW(2)

Zur Strafe nackt in die „Kältezelle"

Ihre Zahl kann nur geschätzt werden, amtliche Angaben gibt es nicht: Fachleute sprechen von 4000 bis 5000 Menschen, die in der „DDR" aus politischen Gründen inhaftiert sind. Heute und an den zwei folgenden Tagen berichtet die WELT über bislang unveröffentlichte Aussagen ehemaliger Häftlinge vor dem „Ausschuß für die Beziehungen mit den europäischen Nichtmitgliedstaaten" der Parlamentarischen Versammlung des Europarats.

Von GERNOT FACIUS

Der Vernehmungsoffizier, Major der Hauptabteilung „Untersuchung" des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), kam schnell zur Sache. „Dort, wo Sie sitzen", bedeutete er dem Häftling, „sitzt ein Nichts, ein Garnichts; und hier, wo wir Vernehmungsoffiziere sitzen, dort sitzt der politische Wille, dort sitzt die politische Macht und damit automatisch das Recht. Mit Ihnen könnte geschehen, was wollte – es wäre immer nur Recht und nur Recht. Denn sozialistisches Recht entscheidet ganz einfach danach: Was nützt uns? Was schadet uns? Und deswegen können Sie mir auf meine Vorhalte hin mit Ihrem Menschen-, Ihrem Völker- und Ihrem Staatsrecht vom Leibe bleiben. Das können Sie unter die Füße nehmen, das ist nicht das Papier wert, auf dem es gedruckt ist."

Der Arzt Dr. Wilhelm Koch, ehemals ärztlicher Direktor und Chefchirurg einer großen Gesundheitseinrichtung im Bezirk Dresden, erinnert sich noch nach fünf Jahren genau an den ideologiefesten Vernehmer vom MfS. Kochs „Delikte", für die er seinerzeit zu 16 Monaten Haft verurteilt wurde: ein Angebot an Lech Walesa zur solidarischen Hilfeleistung für polnische Arbeiter im Jahre 1980. „Ungesetzliche Verbindungsaufnahme" lautete der Vorwurf. Verhaftung und Prozeß spielten sich unter strenger Geheimhaltung ab, wie es in solchen „politischen Fällen" üblich ist.

Koch: „Die Verhaftungen erfolgen morgens und abends im Dunkeln mit einer großen Sicherheitsabschirmung. Der Transport der Gefangenen erfolgt in zivil getarnten Nutzfahrzeugen. Da finden sich die Reklamen von Fisch und Margarine darauf. Während der Stasi-U-Haft ist es noch heute so, daß die Zellen nahezu völlig abgedunkelt sind. Große Sichtblenden verhindern den Eintritt des Tageslichts. Es ist oft ganztags eine künstliche Beleuchtung erforderlich. Der Gefangene wird sehr oft in sogenannter Einzelverwahrung gehalten. Zynisch lächelnd sagt man dann zu ihm: Sie sind nur aus organisatorischen Gründen in Einzelverwahrung."

Während der Untersuchungshaft soll psychologischer Druck auf den Gefangenen ausgeübt werden. Koch zitiert Äußerungen „seines" Vernehmungsoffiziers: „Sie können sich weigern, die Protokolle zu unterzeichnen, weil Ihnen das nicht gefällt, weil Sie glauben, sie sind gefälscht oder verdreht; aber es genügt das Zeugnis vom Staatsanwalt und Vernehmungsoffizier, daß diese Protokolle gültig sind, damit sie im Strafverfahren verwendet werden." Die Aussagen des angesehenen Mediziners vor dem Ausschuß der Parlamentarischen Versammlung des Europarats am 2. Juli 1985 in Hamburg zeigen, mit welchen Methoden Untersuchungshäftlinge „gefügig" gemacht werden sollen. „Was würden Sie denn sagen, wenn wir Ihre Frau auch hier hätten?" hörte Koch während der ersten Stasi-Haft. Oder: „Durch Ihre Intensität könnten Sie vielleicht einmal Ihr Ziel erreichen, aber Ihre Kinder, die wir sehr gut kennen, werden das physisch und psychisch niemals durchstehen können."

Der Zeuge Koch hat auch noch jene Äußerung im Ohr, die bei weniger standfesten Häftlingen zum „Erfolg" führen kann: „Wir könnten Sie jederzeit – also auch nach der ersten Haft – wieder dort hinbringen, wo wir Sie schon einmal hatten, und wir haben auch genügend strafrechtliche Handhaben, um gegen Ihre minderjährigen Kinder vorzugehen." Was das bedeutet, weiß jeder politische Gefangene. *Allein die Kontaktaufnahmen mit* Angehörigen, die in der Bundesrepublik Deutschland leben und die Mitteilung über das Schicksal der politischen Häftlinge kann durch das „DDR"-Strafrecht als Landesverrat und Spionage bewertet werden. Koch: „Es genügt also mitzuteilen: Unser Angehöriger ist dort und dort gefangen, er hat diese und jene Schwierigkeiten, wir bemühen uns, die Ausreise zu ermöglichen ... Solche Mitteilungen reichen aus, um sie unter diesen Strafrechtstatbestand zu stellen."

Das charakterisiert die Situation in der Untersuchungshaft beim MfS. Aber Strafprozeß und Strafvollzug verlaufen nach gleichen Mustern: Späte Zugänglichkeit zum „Verteidiger", Wortentzug vor Gericht, körperliche Gewalt in den Gefängnissen, Willkür im Postverkehr. Koch: „Bei mir war es sogar die Rechtsanwaltspost, die verlorenging. Mein Stasi-Vernehmungsoffizier sagte mir: ‚Ihre Post kommt immer an, und wenn es im Papierkorb meiner höheren Vorgesetzten ist.' So also vollzieht sich das insgesamt."

Seine Strafe verbüßte Koch in Cottbus und Bautzen, dort wurde der Arzt körperlich und seelisch mißhandelt. Im Dezember 1981 traten die politischen Gefangenen im Zuchthaus Cottbus in einen Hungerstreik als Zeichen der Verbundenheit mit den Polen, die von der Militärdiktatur General Jaruzelskis geknebelt wurden. Koch wurde der Rädelsführerschaft bezichtigt und ohne Gelegenheit der Rechtfertigung, selbst ohne die geforderte ärztliche Voruntersuchung in die Arrestabteilung gebracht. Die Zelle war kalt, das Fenster weit geöffnet, es herrschten Außentemperaturen bis zu 15 Grad minus. Koch: „Ich wurde völlig entkleidet, erhielt nur eine Decke und aus der Angst heraus zu erfrieren, mußte ich mich die ganze Nacht in körperlicher Bewegung halten." Eine Anzeige beim Haftstaatsanwalt wegen grausamer Behandlung hat erst nach zwei Tagen Erfolg: Koch durfte diese „Kältezelle" verlassen.

Die Erfahrungen, die Koch nach 25jähriger Arzttätigkeit mit der Medizin hinter Gefängnismauern machte, waren „einfach erschreckend". Denn die Haftmedizin in der „DDR" hat nur eine einzige Aufgabe, nämlich den Strafvollzug unter allen Bedingungen zu sichern. Koch: „Ich habe erlebt, wie selbst Gefangene, die absolut haftuntauglich waren, Gefangene mit Tumorleiden, operiert oder nicht operiert, nachbestrahlt oder nicht nachbestrahlt, im Strafvollzug blieben; alte, gebrechliche Gefangene, die in lebensbedrohlichen Situationen waren, Herzschrittmacher-Träger mit Versagen des Schrittmachers ... Ich habe erlebt wie offen Tuberkulöse in ganz normalem Strafvollzug behandelt wurden. Ich habe auch mehrfach glatte medizinische Fehlleistungen erleben können, und durch das negativ ausgelesene medizinische Personal insbesondere wird der politische Gefangene ebenfalls unter sehr harten Bedingungen dieser medizinischen Versorgung unterzogen. Er hat einen erschwerten Zugang zu dieser medizinischen Versorgung. Notwendige, dringliche Operationen werden bei ihm nicht oder nur sehr spät ausgeführt und nur in den Haftkrankenhäusern." Ganz selten gelingt es dem politischen Gefangenen – das ist eine ganz große Ausnahme – in einer qualifizierten, zivilen Einrichtung des Gesundheitsdienstes versorgt zu werden."

Sein Leben lang wird der Arzt Koch die Erinnerung an eine erschütternde medizinische Fehlleistung nicht los werden: Als er den Tod eines Infarktpatienten vor dem verschlossenen Gitter des Haftkrankenhauses erlebte und das Personal gar nicht in der Lage war, durch das Gitter hindurch den Mann zu versorgen.

(Wird fortgesetzt)

Saar-CDU fürchtet um Hauptschule

UR. Bonn

Nach der FDP drängt nun auch die saarländische CDU die SPD-Landesregierung, „Klarheit" über ihre bildungspolitischen Absichten zu schaffen. In einem Beschlußantrag der CDU, über den der Landtag am Mittwoch befinden soll, *heißt* es, daß die „vorgesehenen großen Umwälzungen im Schulwesen durch eine Erweiterung des Gesamtschulangebots eine erhebliche Gefährdung der bestehenden bewährten Schulen zur Folge hätten".

In einem Gespräch mit der WELT kündigte der stellvertretende CDU-Vorsitzende Gerhard Meyer an, die CDU-Fraktion werde verfassungsrechtliche Schritte prüfen, falls die Landesregierung *nicht* bereit wäre, eine Bestandsgarantie für den Hauptschulbildungsgang zu geben. CDU und FDP nehmen auch daran Anstoß, daß Breitenbach „ohne Rechtsgrundlagen und ohne regionale Planung" Standortzusagen für neue Gesamtschulen in Saarbrücken, Gersheim und Wadgassen gegeben habe.

Nach Verjüngungskur will CDU Rheinland neues Gesicht zeigen

WILM HERLYN, Düsseldorf

Die CDU Rheinland, mit 138 000 Mitgliedern stärkster Verband im Bundesgebiet, hat sich selbst eine *Radikalkur verschrieben. An drei* äußeren Zeichen ist der schon beginnende Heilungsprozeß festzumachen: Die Delegierten des Landesparteitages *wählten am Wochenende* den Krefelder Oberbürgermeister Dieter Pützhofen mit einem Quorum von knapp 82 Prozent und statteten den politischen Senkrechtstarter mit einem hohen Vertrauensvorschuß aus. Um ihn gruppierten sie ein total verjüngtes Führungsgremium, darunter zwei Frauen: Die Staatssekretärin Irmgard Karwatzki, die Landtagsabgeordnete Ruth Hieronymi, der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Horst Waffenschmidt und der Landtagsabgeordnete Helmut Linssen. Waffenschmidt war in diesem Gremium früher mit 52 Jahren der Jüngste, jetzt ist er das älteste Mitglied.

Und zum dritten wiesen die Delegierten den Leitantrag des alten Landesvorstandes rundweg ab. Das Strukturpapier wurde mit nur einer Gegenstimme an den neuen Vorstand zurückgegeben mit der Aufforderung, es zur Basis programmatischer Aussagen zu machen.

Das ist in dieser Partei ein einmaliger Vorgang. Pützhofen schaffte sich damit den notwendigen Freiraum, das neue Gesicht der CDU Rheinland zu profilieren und ohne Rücksichten auf Altlasten eine eigenständige Programmatik zu entwickeln.

In einer fast beiläufigen Bemerkung gegenüber Journalisten wurden auch zum ersten Mal seine persönlichen Zukunftsvorstellungen deutlich. Auf die Frage, ob er sich vorstellen könnte, daß der Vorsitzende der rheinischen Wirtschaftsvereinigung, Peter Jungen, einmal sein Wirtschaftsminister sein könnte, reagierte Pützhofen spontan so: „Das entscheide ich erst im Mai 1990." Damit ist klar, daß er sich als Spitzenkandidat seiner Partei für die nächste Landtagswahl sieht.

Das kommt allerdings noch nicht einer Bewerbung um den Vorsitz der fusionierten CDU von Rheinland und Westfalen-Lippe gleich. In dieser Frage taktiert Pützhofen sehr sensibel. Er sagt, er müsse jetzt in seine Aufgabe als Chef des mitgliederstärksten CDU-Landesverbandes hineinwachsen und sieht durchaus die Schwierigkeiten, von Krefeld aus führen zu müssen, während die Politik in Düsseldorf gemacht wird.

Zudem ist er weder Mitglied der Landtagsfraktion noch des Bundespräsidiums der CDU. Er will aber an allen Sitzungen der Fraktion teilnehmen und hofft auf Aufnahme als koadaptiertes Mitglied des Führungsgremiums der Bundespartei. Entsprechende Verabredungen seien schon mit Generalsekretär Heiner Geißler getroffen worden. Ob er sich bei der Wahl des ersten Vorsitzenden einer NRW-CDU eine „personelle Auseinandersetzung mit Kurt Biedenkopf" erlaube, wisse er heute noch nicht.

97 Prozent der Delegierten stimmten für den Zusammenschluß mit den Westfalen, eine „historische Chance" für die Union, formulierten der scheidende Bernhard Worms und der Chef der Westfalen, Kurt Biedenkopf, übereinstimmend. Es ist der fünfte Anlauf der beiden Verbände zu einer Einheit. Wenn es dieses Mal ohne Machtkämpfe und Streitereien über die Organisation im Detail abläuft, soll die Vereinigung im kommenden März auf einem gemeinsamen Parteitag in Düsseldorf vollzogen werden.

Ohne Umschweife setzte Pützhofen in seiner Grundsatzrede die Eckpfeiler der künftigen Arbeit: Kontroverse Diskussionen seien „dabei kein lästiges Übel, sondern das Lebenselexier der Partei". Er rief zur Offenheit auf – eine Eigenschaft, die den Rheinländern in der Vergangenheit offensichtlich abhanden gekommen war. Die CDU habe keinen Bedarf an neuen Programmen, sondern an einer Aktualisierung der grundsätzlichen Positionen. Arbeit und Arbeitslosigkeit nannte Pützhofen die vordringlichen Themen der Zukunft, in der die CDU wieder stärker konkrete und verständliche Antworten geben müsse.

Von Bonn erwarte er eine wesentlich stärkere Präsenz und erklärte gleichzeitig seine Bereitschaft zu einem fairen Dialog, auch „gegebenenfalls unpopuläre Maßnahmen politisch *mitzutragen*". Zusammen mit Biedenkopf rief er die Partei auf zu einer „Frühbekämpfung" des designierten SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau und einer „inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem zu erwartenden „politisch entleerten Wahlkampf" des NRW-Ministerpräsidenten auf.

Auf dem Parteitag bewies Pützhofen seine Fähigkeiten zur Integration. Seinen Vorgänger Worms, der Oppositionsführer im Landtag bleibt, nannte er ausdrücklich den „besten Mann zur Führung der CDU-Fraktion". Er werde auf dessen Erfahrungen gerne zurückgreifen. Ein Streiflicht machte aber auch deutlich, wie scharf er selbst seine Chancen einschätzt und dabei auch Mut hat. Als bekannt wurde, daß der Parteitag seinem Wunsch folgte, zwei Frauen als seine Stellvertreterinnen zu wählen und damit Beschlüsse auch einmal in die Tat umzusetzen, rief er spontan und erleichtert bei der Bekanntgabe des knappen Wahlergebnisses: „Es ist geschafft. Risiko lohnt sich doch!"

Franke warnt vor Illusionen

AP, Osnabrück

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, hat den Vorwurf der Arbeitgeber zurückgewiesen, er beurteile die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zu pessimistisch. In einem Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung" sagte Franke, eine Erwerbslosenzahl deutlich unter zwei Millionen lasse sich unter den erwarteten Bedingungen erst in den 90er Jahren erreichen. „Ich warne davor, den Bürgern etwas vorzumachen. Es ist besser, der Bevölkerung die reine Wahrheit zu sagen, als ihr etwas vorzugaukeln. Die Enttäuschung ist sonst nur umso größer" sagte er.

Nur wenn die ökonomische Entwicklung weit besser verlaufe und das reale Wachstum drei Prozent überschreite, werde sich die Arbeitslosigkeit stärker abbauen lassen. Die Grundvoraussetzungen dafür seien gegeben. Franke nannte die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen „so günstig wie seit über 15 Jahren nicht mehr".

Erschüttert nehmen wir Abschied von

Ursula Bikafalvi Máthé
geb. Stepper

der Mitunternehmerin unserer Firmen.

Bis zuletzt hat ihr waches Interesse der Entwicklung unserer Unternehmen und dem Wohle seiner Mitarbeiter gegolten. Wir alle werden ihr für immer ein liebevolles und ehrendes Gedenken bewahren.

Geschäftsleitungen und Mitarbeiter
der Firmen
Deutsche Zähler-Gesellschaft
Nachf. A. Stepper & Co.
und
Hamburger Elektronik Gesellschaft mbH

Hamburg, den 17. Oktober 1985

Ursula von Máthé von Bikafalvi
geb. Stepper

In tiefer Trauer
Annaserna von Rudkowski
geb. von Máthé von Bikafalvi
Dr. Anton von Rudkowski
Georg von Máthé von Bikafalvi
Ingeborg Marchesa Caselli
geb. Stepper
Dr. Giorgio Marchese Caselli

Wilhelm-Metzger-Straße 10, 2000 Hamburg 60

Beerdigung am Montag, 28. 10. 1985, um 11.00 Uhr in der Kapelle Nr. 6, Friedhof Ohlsdorf in Hamburg.

Herausgeber:
Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure:
Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur:
Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99,
Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11–13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

„Mit Demonstrationen ist kein einziger neuer Arbeitsplatz zu schaffen“

WELT-Interview mit dem Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe in Bonn, Theo Waigel

Die DGB-Aktionswoche ist abgelaufen. Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe in Bonn, Theo Waigel, zieht eine erste Bilanz. Mit Waigel sprach Manfred Schell.

WELT: Welche Konsequenzen müssen DGB und Politik aus dieser Aktionswoche ziehen?

Waigel: Das Konzept des DGB für diese Aktionswoche ging nicht auf. Der Mehrzahl der DGB-Funktionäre geht es nach eigenem Bekunden um eine Änderung der gesellschaftspolitischen Machtverhältnisse und offensichtlich nur vordergründig um die wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Mit Demonstrationen und Kundgebungen ist kein einziger neuer Arbeitsplatz zu schaffen. Das wissen auch die Arbeitnehmer, wie ihre Reaktionen vor den Werkstoren eindrucksvoll bewiesen.

In einer Marktwirtschaft kann der Staat die gesamtwirtschaftlichen Voraussetzungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen begünstigen, die entscheidenden Anstrengungen müssen jedoch vom privaten Sektor selbst ausgehen. Die Arbeitslosigkeit ist nur auf der Grundlage eines dauerhaften wirtschaftlichen Wachstumsprozesses zu bekämpfen. Dazu gehört auch eine vernünftige Tarifpolitik. Darüber hinaus kann der DGB nicht an einem Tag die Beschäftigungspolitik der Bundesregierung kritisieren und am anderen um Verständnis für den Abbau von Arbeitsplätzen bei der gewerkschaftseigenen Neuen Heimat werben. In der Bundestagsdebatte der letzten Woche haben wir nicht nur dem DGB und der SPD, sondern vor allem auch den Bürgern unsere aktive Arbeitsmarktpolitik und sozialen Leistungen im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit und für ältere Arbeitslose darlegen können.

Nach dieser Woche sollten wir zur Tagesordnung zurückkehren und auf sachlicher Grundlage zusammen mit allen politischen und gesellschaftlichen Gruppen Anstrengungen zur Lösung des Arbeitsmarktproblems unternehmen.

WELT: Dennoch bleibt die Arbeitslosigkeit ein vorrangiges Thema. Sie haben die Arbeitslosenstatistiken angezweifelt. Warum?

Waigel: Wir wollen nicht die Arbeitslosenstatistik bekämpfen, sondern die Arbeitslosigkeit. Es muß jedoch die Frage nach einer differenzierteren und aussagekräftigeren Betrachtung des Geschehens auf dem Arbeitsmarkt erlaubt sein. Dabei wollen wir keine Zahlen beschönigen oder gar Statistiken fälschen. Aber bei dem allmonatlichen Starren auf die Arbeitslosenzahlen geht die Beschäftigungsstatistik völlig unter:

– Die Kurzarbeiterzahlen gehen seit längerer Zeit kräftig zurück.

– Die Beschäftigtenzahlen steigen seit Ende 1984 wieder kräftig an: Im Dienstleistungsbereich waren z. B. im zweiten Quartal 1985 über 190 000 Arbeitnehmer mehr beschäftigt als vor einem Jahr. In der Industrie gab es im Juli 1985 schon 120 000 mehr Arbeitnehmer als im gleichen Vorjahreszeitraum.

– Die Arbeitslosenzahlen sind nicht statisch. Täglich gibt es Tausende von Vermittlungen in neue Arbeitsverhältnisse. So haben in diesem Jahr bereits über 1,4 Millionen Arbeitsvermittlungen stattgefunden.

– Es geht aber auch völlig unter, welch enorme regionale Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt bestehen: Im Großraum Stuttgart gibt es nicht nur einen Mangel an Facharbeitern, die Unternehmen sehen sich nicht einmal mehr in der Lage, ihren Bedarf an Hilfsarbeitern zu decken.

Darüber hinaus sollte die Arbeitsvermittlung effizienter gestaltet werden: Kleinere und mittlere Unternehmen wenden sich massiv an die Politiker mit dem Vorwurf, die jeweils zuständigen Arbeitsämter seien trotz örtlicher Arbeitslosenquoten von 10 Prozent und mehr nicht in der Lage, Arbeitskräfte zu vermitteln.

Im Blick auf die Arbeitslosenstatistik darf auch nicht unberücksichtigt bleiben: Die Meldung auf dem Arbeitsamt ist vielfach Voraussetzung für den Bezug bestimmter Transferleistungen. So müssen sich Personen arbeitslos melden, um etwa in der Rentenversicherung Ausfallzeiten angerechnet zu bekommen. In der Sozialhilfe benötigen arbeitslose Sozialhilfeempfänger, die keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben, eine Bestätigung des Arbeitsamtes für ihre Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus schlägt sich die demographische Entwicklung allein in diesem Jahr mit ca. 130 000 Erwerbssuchenden nieder.

WELT: Nach der Debatte im Bundestag drängt sich der Gedanke auf, die Union betrachte das umstrittene Interview von Johannes Rau als Glücksfall ...

Waigel: Johannes Rau hat inzwischen selbst zugegeben, daß seine Aussagen von letzter Woche ihn bis zur Bundestagswahl 1987 beschäftigen werden. Darauf kann er sich verlassen. Die vermeintliche Interview-„Panne“ zeigt aber die wahre Einstellung der SPD und ihres Kanzlerkandidaten zu den politischen Herausforderungen. Unternehmer in Nordrhein-Westfalen sind ob der desolaten finanziellen Situation, die bekanntlich Finanzminister Posser mit der von Brasilien, Mexiko oder gar Polen verglichen hat, bereits in tiefer Unruhe. Der Wegzug der Gute-Hoffnungs-Hütte und das verstärkte Engagement von Nixdorf im Raum München sind ein Beweis dafür, wie die SPD und die von Rau geführte Landesregierung von NRW das einstmals reichste Land der Bundesrepublik heruntergewirtschaftet haben. Wer als Ministerpräsident nicht in der Lage ist, die Probleme seines eigenen Landes zu meistern, für finanzielle Ordnung und wirtschaftlichen Aufschwung zu sorgen, dem fehlt die Qualifikation zum Amt des Kanzlers.

WELT: Wie wird sich die Union auf diesen Kanzlerkandidaten einstellen?

Waigel: Wir werden ihn permanent zu den drängenden Problemen unserer Zeit stellen. Dafür muß er eigene Vorschläge und Alternativen zu unserer Politik bieten, auch vor dem Deutschen Bundestag. Wir werden es ihm nicht gestatten, nur von Interview zu Interview zu hüpfen. Den desolaten Zustand der SPD werden wir jetzt und im Wahlkampf jeden Tag anprangern. Er zeigt sich auch bereits in der Bundestagsfraktion, wo aufrechte Sozialdemokraten wie Löffler und Ehrenberg dem Fraktionsvorsitzenden Vogel im Vorstand ihre Gefolgschaft verweigern. Die Mahnung von Altbundeskanzler Helmut Schmidt an seine Genossen im Südwesten, mit „ideologischem Sauerteig“ lasse sich keine Partei backen, die vorgibt, vorrangig für Arbeitnehmerinteressen zu kämpfen, ist ein Beweis für den Niedergang einer Arbeiterpartei.

Die erhoffte Beteiligung blieb aus

UWE BAHNSEN, Hamburg

Der Demonstrationszug und die Kundgebung, die am Sonnabend den Abschluß der DGB-Aktionswoche gegen die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der Bundesregierung in Hamburg bildeten, hatte nicht die von den Veranstaltern erhoffte Beteiligung gefunden. Zwar bezifferte der DGB die Zahl der Teilnehmer auf rund 40 000, doch die von der Polizei genannten Zahlen lagen erheblich darunter – bei 20 000 Demonstranten, die durch die Innenstadt zur Kundgebung vor dem DGB-Haus am Besenbinderhof gezogen waren: Gewerkschafter, Betriebsgruppen und Mitglieder von Friedensinitiativen auch aus Schleswig-Holstein und dem nördlichen Niedersachsen. Zu Zwischenfällen kam es nicht.

Die prominenteste Rednerin der Abschlußkundgebung war Ilse Brusis, Mitglied des DGB-Bundesvorstandes. Sie wies den Vorwurf zurück, die Aktionswoche sei ein Bestandteil des schon jetzt beginnenden Bundestagswahlkampfes der SPD, und meinte, die Gewerkschaften würden ihre eigenen Forderungen verraten, wenn sie jetzt darauf verzichteten, angesichts der „dramatischen beschäftigungs- und sozialpolitischen *Mißstände*“ *von der Bundesregierung* einen politischen Kurswechsel zu verlangen.

Der Gradmesser für Stabilität und Fortschritt seien für die Gewerkschaften in erster Linie der Beschäftigungsgrad, die Arbeitnehmereinkommen und die Sozialleistungen, nicht aber „Exportrekorde und Gewinnexplosionen“. Der Preis für die gegenwärtige Politik sei „dauerhafte Massenarbeitslosigkeit“, und diesen Preis seien die Gewerkschaften nicht länger bereit zu zahlen.

Die Regierung in Bonn solle „endlich“ etwas gegen die Massenarbeitslosigkeit unternehmen: „Wir wollen Taten sehen“. Die DGB-Spitzenfunktionärin vermied es jedoch, den Arbeitsplatzabbau in den gewerkschaftseigenen Unternehmen, insbesondere bei der Neuen Heimat und der coop, zu erwähnen.

Ebenfalls ruhig, aber auch sachlich, war während der Aktionswoche ein Besuch des IG-Metall-Vorsitzenden Hans Mayr bei dem Luft- und Raumfahrtsunternehmen MBB in Hamburg-Finkenwerder verlaufen.

Johannes Rau, Gewerkschafter und Protest-Polonäse durch ein Kaufhaus

WALTER H. RUEB, Dortmund

Aggressiv und mit großem Stimmaufwand schleuderte Dieter Mahlberg bei der zentralen Großkundgebung des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen in Dortmund Anklagen und Angriffe gegen die Bundesregierung in das Meer von Menschen, roten Luftballons, mehrsprachigen Transparenten und turmartigen Hochsitzen von Rundfunk- und Fernsehteams. Die Bundesregierung in Bonn sei die Interessenvertretung der Reichen und Superreichen, der versprochene Aufschwung habe nur in den Brieftaschen der Arbeitgeber stattgefunden, und statt das Ruder herumzureißen und endlich aktive Beschäftigungspolitik zu betreiben, setzten Kohl und Strauß auf die Manipulation der Arbeitslosenstatistik, behauptete Mahlberg.

Es bedurfte einiger Anstrengungen Umstehender und erdrutschartiger Bewegung unter den Fotografen rund um den DGB-Landesbezirksvorsitzenden, bis er begriff, warum ihn zuvor immer wieder Beifall an Stellen unterbrochen hatte, der Applaus nicht rechtfertigte: Johannes Rau hatte überraschend das Rednerpodium geentert.

Rüge für Fotografen

Für Sekunden kam Mahlberg aus dem Konzept. Eine Tonstufe moderater begrüßte er schließlich den NRW-Ministerpräsidenten und designierten Kanzlerkandidaten, derweil dieser seine Hand Friedhelm Farthmann, dem SPD-Fraktionsvorsitzenden im Düsseldorfer Landtag, mit säuerlicher Miene entgegenstreckte.

Raus Gespür für Wichtigkeit und Wirksamkeit eines Auftritts bei dieser Veranstaltung hatte ihn nicht getäuscht. Das zunächst ernste und angespannte Gesicht drückte bald Zufriedenheit und Freude aus. Am meisten bei Mahlbergs folgendem Ausruf: „Der Protest der Taten hat begonnen. Wir brauchen keine Milliarden für den Krieg der Sterne, wir brauchen Geld für Arbeitsplätze ... Sonst wird es bei der Bundestagswahl 1987 heißen: Wir fordern nicht nur eine bessere Politik, wir fordern auch eine bessere Regierung.“

Raus Anwesenheit brachte den Fotografen eine öffentliche Rüge und Pfiffe wegen ihres undisziplinierten Verhaltens ein und stahl mehreren Rednern die Schau. Cornelia Hanisch, Fechtweltmeisterin und „Sportlerin des Friedens“, kam darob ins Stottern, der Betriebsratsvorsitzende eines stillgelegten Betriebs in Hattingen, eine ÖTV-Funktionärin und ein Arbeitsloser machten jedoch an ihren vorbereiteten Reden keine Abstriche.

Raus Zeit aber war knapp. Nach weniger als einstündigem Aufenthalt stieg er während der ersten Sätze des IG-Metall-Vorsitzenden Hans Mayr vom Podium, bahnte sich mit Hilfe seiner Begleiter eine Gasse durch die Menschenmenge, ungerührt von Enttäuschung und Pfiffen vieler Anhänger.

In über 1000 Bussen und zahlreichen Sonderzügen waren 130 000 Menschen aus allen Teilen von Nordrhein-Westfalen zur Großkundgebung gekommen. Sie verlief friedlich. Es flogen weder Steine noch Molotow-Cocktails, nirgends gab es Glasbruch, Vermummte oder in schwarzes Leder gekleidete Chaoten, und Sirenengeheul und Blaulicht kündeten jeweils nur vom Abtransport „harmloser Fälle“ durch DRK und Malteser Hilfsdienst.

Dortmunds Belagerung begann schon früh. In mehreren Marschzügen rückten die Gewerkschafter von den Parkplätzen bei der Westfalenhalle zum Hansaplatz im Herzen der Stadt vor. Zwei Stunden vor Beginn der Abschlußkundgebung waren Straßen, Plätze und Lokale rund um die Reinoldi Kirche voll wie ein Bierzelt beim Münchner Oktoberfest.

„Müll der Nation“

Die Luft war bei sonnigem Herbstwetter erfüllt mit Gerüchen von Speis und Trank. Würstchenbrater, Getränkestände und Alternative mit Kaffee und Kuchen machten glänzende Geschäfte, aber auch Buchdrucker in historischen Kostümen, Frauentheater, Gruselkabinett, Kabarett, Satire, Zauberer, Feuerschlucker, Birnenweitwurf-Maschine, Schau-Boxkämpfe um die „letzte Lehrer-Planstelle“ sowie Hindernisläufe „gegen Sozialabbau und Hochrüstung“ fanden ihr Publikum. Selbst für Kulturprogramme, Infostände, Ausstellungen, Dia-Serien und Filme aus dem Arbeitsleben sowie sozialer und karitativer Organisationen gab es Interessenten.

Es wurde agitiert, demonstriert, informiert, persifliert. In blaues Plastik drapierte Areitslose – der „Müll der Nation“ – suchten jedoch stundenlang einen Freiwilligen zur Darstellung eines bösen Arbeitgebers, da wurden Unterschriften für ein umweltschützerisches Postulat, dort gegen die Schließung des Kaufhauses Hertie gesammelt.

Tisch-Blockade

An den Eingängen zum Kaufhaus, in dem durch eine Schließung 400 Arbeitsplätze bedroht sind, waren Gewerkschafter aufgezogen, um Genossinnen und Genossen aufzuklären. „In Dortmund gibt es bereits 45 000 Arbeitslose, darunter 4000 Warenkaufleute“, erklärte ein Funktionär von der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen. „Soll die Arbeitslosenquote von 17,9 Prozent in Dortmund noch steigen? Sie ist jetzt schon die höchste der Bundesrepublik.“

Im Innern des Kaufhauses hielten Fernseh-Teams verunsicherte Verkäuferinnen von der Arbeit ab und im Restaurant besetzten Genossinnen und Genossen stundenlang die Mehrzahl der Tische – ohne etwas zu konsumieren. Hunderte von Demonstranten zogen derweil in langen Polonäsen durch das Haus und verschreckten Kunden und Geschäftsführung.

Mit Härte ging auch Hans Mayr vor. Er behauptete, Bonn betreibe eine Politik der Gegensätze: sozialer Demontage stehe militärischer Aufrüstung gegenüber, und die Regierung beschwöre verbal Solidarität mit den Arbeitslosen, betreibe aber Kumpanei mit dem Kapital. Die Arbeitgeber wollten Rache nehmen für ihre Niederlage im Kampf um die Arbeitszeit, sagte Mayr weiter.

Am meisten Beifall gab es, als Mayr ausrief: „Wir sind nicht die Kampftruppe der Opposition. Wir sind aber auch nicht der Sozialpartner der Arbeitgeber und der Junior-Partner der Regierung ... Wir stellen der Macht des großen Geldes die Macht der großen Zahl entgegen. Wir wollen zusammen dafür sorgen, daß es zu einer anderen Regierungspolitik in Bonn kommt.“

Hannover: Die SPD will allein regieren

MICHAEL JACH, Hannover

Eindeutigkeit über die Absichten des niedersächsischen SPD-Spitzenkandidaten mit den Grünen nach der Landtagswahl 1986 hat auch der gestrige Parteitag von Gerhard Schröders SPD-„Hausbezirk" Hannover nicht erbracht. Entsprechende Erwartungen – zumal angesichts des grün-roten Koalitionsschlusses in Hessen – wurden enttäuscht. In seinem Rechenschaftsbericht als Bezirksvorsitzender fand Schröder nur die blassen Worte: „In Hessen gab es keine ernsthafte Alternative" – ganz anders als nach *Meinung* des Kandidaten für die Niedersachsen-SPD. Seiner Landespartei gab er abermals das „nicht unrealistische" Plansoll einer Alleinregierung auf.

Die sparsame Stellungnahme zu Hessen spiegelte ebenso wie die Aussprache der Delegierten die Probleme der Partei mit dem lästigen Reizthema wider. Noch Anfang voriger Woche hatte Schröder sein nicht ganz hundertprozentiges Nein zu einer grün-roten Koalition in Hannover vernehmlich bekräftigt. Und nach *Wiesbaden den Vorwurf adressiert*, das Hin und Her dort werde zur Belastung für seinen Wahlkampfstart hier. Mit Börners Jawort hatte er ernsthaft offenbar kaum noch gerechnet. Um so größer die Schadenfreude bei den hiesigen Grünen.

Die Irritation unter den Genossen erscheint nicht geringer. Ein Sprecher der Jungsozialisten faßte es gestern in Ironie: Schröder „windet sich wie ein Aal auf Grund" bei der Frage, „welche hessische Erfahrung mit den Grünen denn nun zählt". So werde es gewiß nicht gelingen, „Menschen, die irgendwann grün gewählt haben" (Schröder), zur SPD zu ziehen.

Welchen Preis dies aber kosten könnte, malte der SPD-Bundestagsabgeordnete und IG-Chemie-Vorsitzende Hermann Rappe dem Bezirksparteitag aus. Die SPD müsse nun klarstellen, daß auf Bundesebene jedenfalls mit den Grünen nichts gehe. „Sonst fallen Investitionsentscheidungen künftig nicht zwischen Hessen und Bayern, sondern zwischen Deutschland und dem Ausland."

Rappes Warnung zielte auf Johannes Rau, der zuvor als Hauptredner seine Vorstellungen dargelegt hatte. Er forderte die Genossen in Hannover auf, einen Wahlkampf mit dem Ziel der Alleinregierung zu führen. „Wir kämpfen nicht darum, Komplementäre in irgendeiner Gesellschaft zu werden mit ein paar Kommanditisten, welche Farbe sie auch immer haben. Wir wollen eine sozialdemokratische Regierung." Vom Einsatz des SPD-Kanzlerkandidaten hatte man in Hannover sich Zündfunken für die Landespartei versprochen. Kampfgeist allerdings vermochte Raus Plauderton kaum zu vermitteln. Für das Rezeptbuch der niedersächsischen Sozialdemokraten hinterließ er den Rat, ihren „Zuwachs in der Mitte zu suchen."

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Shamir: Hussein muß sich von der PLO lossagen

Für Verhandlungen nötig / Gegen internationales Forum

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

„*Jordanien* muß das Abkommen mit der PLO kündigen und die PLO von jordanischem Boden vertreiben, um mit Israel über ein Friedensabkommen zu verhandeln." Dies sagte Israels Außenminister Itzhak Shamir in einem Gespräch mit der WELT. „Das Abkommen sieht vor, daß König Hussein ohne die Genehmigung der PLO keinen Schritt in Richtung Frieden unternehmen kann ... Richtige Verhandlungen sind undenkbar, ohne daß sich Jordanien von der PLO völlig trennt." In dieser Hinsicht seien Ministerpräsident Peres und er einer Meinung.

Auf Ägypten eingehend, meinte Shamir, es gebe aufgrund der jüngsten Ereignisse „besorgniserregende Tendenzen in den ägyptischen Medien. Wir finden, daß diese auch den eigenen Interessen Ägyptens zuwiderlaufen. Wir würden gerne ein amerikanisches Engagement sehen, um dieser negativen Entwicklung vorzubeugen."

WELT: Eine kuwaitische Zeitung hat berichtet, Mubaraks Kabinettschef, Osama el Bas, habe erklärt, Ägypten wäre für eine jährliche Subvention von 4 Millionen Dollar bereit, die diplomatischen Beziehungen mit Israel abzubrechen.

Shamir: Wir haben das gelesen ..., aber wir haben keine Aufklärung darüber angefordert.

WELT: Wenn die PLO ausgeschlossen wird, mit welchen Palästinensern würden Sie dann verhandeln?

Shamir: Darüber sind wir doch in Camp David übereingekommen, daß *wir Verhandlungen mit Jordanien* und Ägypten führen. Außerdem sollen Vertreter der palästinensischen Araber teilnehmen, die wir akzeptieren. PLO-Mitglieder oder -Sympathisanten lehnen wir ab.

Nachdrücklich sprach sich Shamir auch gegen ein internationales Forum für Friedensverhandlungen aus. „Dieser Gedanke wurde im Hussein-Arafat-Abkommen geboren. Wenn das Abkommen gekündigt wird, ergibt sich daraus auch ein Widerruf dieser Forderung. Diese internationale Konferenz ist ja als Alternative für direkte Verhandlungen mit Israel gedacht. Im Wortlaut des Hussein-Arafat-Abkommens wird nur von ‚Friedensverhandlungen' gesprochen. Das Wort ‚Israel' taucht dort überhaupt nicht auf, damit Hussein den anderen arabischen Staaten sagen kann, er führe keine direkten Verhandlungen mit Israel. Wir hingegen sprechen von direkten Verhandlungen – ohne Umschweife, ohne Tricks. Eine internationale Konferenz wäre kein Verhandlungsforum, sondern ein Tribunal, bei dem wir mit unserer einen Stimme ständig überstimmt werden würden."

Shamir fliegt heute nach Luxemburg, um die Außenminister der EG zu treffen. Dabei sollen Zollnachlässe für israelische Agrarprodukte aus Anlaß *des Beitritts Spaniens zur* Sprache kommen. Italien wollte dieses Treffen wegen des israelischen Angriffs auf das PLO-Lager in Tunesien verhindern. Shamir sagte, vor allem Bundesaußenminister Genscher habe sich besonders dafür eingesetzt, *daß es dennoch stattfinde.* (SAD)

Weißbuch über die PLO

Terror gegen Israel verstärkt / Kommandos aus Tunesien

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Nach ihrer Vertreibung aus Beirut im August 1982 und aus Tripoli im Dezember 1983 hat die PLO ihre militärischen Kommandostellen nach Tunesien, Jordanien und Nordjemen verlegt, heißt es in einem „Weißbuch über die Terrortätigkeit der PLO", das in Jerusalem vor der Veröffentlichung steht.

In Tunesien hat sich die PLO in drei Gebieten festgesetzt:

1. In Hammam esch-Schatt, ungefähr 19 Kilometer östlich von Tunis, befinden sich Befehlsstelle und Wohnung von PLO-Führer Yassir Arafat sowie die „Militärische Abteilung der PLO" mit den Untergliederungen für Rekrutenwerbung, Nachschub und Finanzen. Außerdem ist dort das Hauptquartier der „Gruppe 17", die das Attentat auf die drei israelischen Zivilisten auf Zypern ausführte. Abul Abbas, der die Kaperung des Kreuzfahrtschiffes „Achille Lauro" plante, ist der Kommandant dieser Gruppe.

2. In Tunis selbst wohnen hochrangige PLO-Mitglieder aus dem politischen Bereich sowie Mitglieder der „Sektion West". Dies ist eine Unterabteilung der Fatah, die sich mit Terroranschlägen gegen Israel befaßt.

3. In einem tunesischen Militärlager neun Kilometer südlich von Tunis werden 500 Fatah-Leute ausgebildet. Als sich Ende 1984 Jordanien und PLO immer stärker annäherten, begann Arafat, Befehlsstellen und Stützpunkte nach Jordanien zu verlegen. Dort sind inzwischen vier PLO-Ableger untergebracht: Der „Sektor West", zuständig für Rekrutenwerbung und -ausbildung in Jordanien; er befaßt sich außerdem mit dem Schmuggel von Waffen und Sprengstoffen nach Israel.

In dem jordanischen Militärlager Haw in der Nähe von Zerka werden 600 Fatah-Leute unter dem Befehl von Oberst Nasser Yussef ausgebildet. *Eine weitere Gruppe ist die* „Bader-Truppe", die 1500 Palästinenser zählt und formell unter dem Befehl der jordanischen Armee steht.

Seit Anfang 1985 besteht schließlich zusätzlich zum „Sektor West" eine neue Organisation für Terroranschläge gegen Israel. Sie steht unter dem Befehl von Abu Tayeb.

Nachdem Arafat und König Hussein ein Abkommen über eine Zusammenarbeit geschlossen hatten, empfing Abu Tayeb in Amman Terroragenten aus Westjordanien und übergab ihnen Geld und Waffen. Im April begann eine Serie von Terroranschlägen gegen Israel.

Es zeigt sich also, daß Arafat ein Abkommen mit Hussein über eine Friedenslösung mit Israel unterzeichnete und zur gleichen Zeit eine neue Organisation zur Verstärkung des Terrors gegen Israel ins Leben rief. (SAD)

EG-Reformen kommen nur mühsam voran

WILHELM HADLER, Brüssel

Neue Horizonte eröffnen wollten Frankreich und die Bundesrepublik der europäischen Zusammenarbeit, als sie auf dem Mailänder EG-Gipfel die Einberufung einer Regierungskonferenz zur Revision der Römischen Verträge durchsetzten.

Der Zwischenbericht, den der Luxemburger *Diplomat Jean Dondelinger* heute den Außenministern unterbreiten wird, läßt allerdings wenig Hoffnung auf grundlegende Reformansätze zu. Die Vorschläge über eine Stärkung und Demokratisierung der Entscheidungsverfahren in der Gemeinschaft gehen noch immer weit auseinander.

Fürs erste konzentrieren sich die Verhandlungen auf die Schaffung eines echten europäischen Binnenmarktes und den Ausbau der Mitwirkungs- und Entscheidungsrechte des Straßburger Europa-Parlaments. Dagegen ist die geplante vertragliche Absicherung der in der Praxis bereits üblichen außenpolitischen Abstimmung unter den EG-Partnern nicht mehr sehr strittig.

Die Schaffung eines wirklichen „Wirtschaftsraumes ohne Grenzen", in dem Menschen, Waren und Kapital unter den gleichen Bedingungen zirkulieren können wie innerhalb eines Mitgliedslandes, kann nach Meinung der EG-Kommission nur durch einen „globalen Ansatz" verwirklicht werden. Die Beseitigung der bestehenden Hindernisse für den Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr sei nur durchzusetzen, wenn es gelinge, ein Minimum an wirtschaftlicher „Kohärenz" zu sichern und das strukturelle wirtschaftliche Gefälle zwischen den EG-Regierungen zu mildern.

Unerläßlich sei aber auch die Erleichterung der Beschlußfassung durch den Übergang zu Mehrheitsbeschlüssen im Ministerrat. Die EG-Behörde fordert deshalb, daß künftig bei Entscheidungen zum Binnenmarkt oder zur Forschungs- und Technologiepolitik über Grundsatzprogramme jeweils einstimmig, über die daraus abgeleiteten Einzelmaßnahmen jedoch mit qualifizierter Mehrheit abgestimmt wird.

So strebt sie eine Reihe von Vertragsänderungen (vor allem im Bereich der Niederlassungsfreiheit sowie der Rechts- und Steuerharmonisierung) an.

Die Bundesregierung machte freilich *schon zu Beginn der Verhandlungen* deutlich, daß sie auch künftig nicht bereit ist, sich in Fragen der Steuerharmonisierung überstimmen oder bei Umwelt- und Gesundheitsstandards auf ein niedrigeres Niveau zwingen zu lassen. Sie lehnte auch Vertragsbestimmungen über einen Ausbau der „Solidarität" der EG-Partner ab, die vor allem auf die deutschen Finanzen zielen würden.

Frankreich dagegen reiht sich erneut in die Gruppe der Mitgliedstaaten ein, die der Ausweitung der Rechte des EG-Parlaments kritisch gegenüberstehen (Großbritannien, Dänemark und Griechenland).

Die EG-Präsidentschaft ist mit den meisten anderen Regierungen der Meinung, daß Vertragsänderungen zur Beschleunigung des Binnenmarktes nur eine Chance haben, wenn auch die Entscheidungsrechte der Straßburger Versammlung bedeutend aufgewertet werden.

UdSSR und China: Mehr Handel, besseres Klima

In der Politik bleibt Distanz durch die „drei Hindernisse"

JOCHEN HEHN, Hongkong

Die 7. Runde der chinesischen-sowjetischen Gespräche zur Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen hat in Peking keine substantiellen Ergebnisse gebracht. Lediglich eine leichte Klimaverbesserung war festzustellen.

Gleichzeitig mit der vom stellvertretenden sowjetischen Außenminister Leonid Iljichew angeführten Delegation weilte auch eine Abordnung von sowjetischen Parlamentariern in Peking und wurde sogar vom chinesischen Staatspräsidenten Li Xiannian empfangen. Li ist damit der ranghöchste chinesische Politiker, der seit dem Bruch der sowjetisch-chinesischen Beziehungen im Jahre 1960 mit einer offiziellen Delegation aus der Sowjetunion zusammengetroffen ist.

Annäherung im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich auf der einen Seite, aber keine zählbaren Fortschritte in den grundlegenden politischen Fragen auf der anderen – dies ist symptomatisch für die Entwicklung des chinesisch-sowjetischen Verhältnisses seit Aufnahme der Gespräche im Oktober 1982, die danach halbjährlich abwechselnd in Peking und Moskau stattgefunden haben. Chinesen und Sowjets verkehren auf staatlicher Ebene wieder miteinander, sie treiben Handel und fördern den kulturellen Austausch.

Doch haben die Sowjets noch keine Anstalten unternommen, der von Peking erhobenen Forderung nach Beseitigung der „drei Hindernisse" nachzukommen: 1. die Besetzung Afghanistans durch sowjetische Truppen; 2. die Unterstützung Moskaus für das in Kambodscha kriegführende Vietnam; 3. die Stationierung starker sojwetischer Truppenverbände entlang der chinesischen Grenzen. Aber auch die Anerkennung der Prinzipien von der „Unab*hängigkeit, Gleich*berechtigung, gegenseitigen Achtung und gegenseitigen Nichteinmischung in innere Angelegenheiten", die Peking von Moskau vor einer Wiederaufnahme der Kontakte auf Parteiebene verlangt hatte, steht immer noch aus.

Moskau und Peking haben ganz offensichtlich zu einem Modus vivendi gefunden, der problemlosen Beziehungen schon sehr nahe kommt. Das gilt selbst für den strittigen Grenzverlauf an den Flüssen Amur und Ussuri und auch für den Grenzabschnitt in der strategisch wichtigen Provinz Sinkiang. Die Grenzposten stehen sich heute nicht mehr bis an die Zähne bewaffnet gegenüber, sondern statten sich Höflichkeitsbesuche ab.

Und dies alles war möglich, auch ohne zuvor die politischen Hauptprobleme zu lösen. Dabei fällt auf, daß die Wiederaufnahme der zwischenstaatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte exakt den Vor*schlägen entsprechen, die der frühere* sowjetische KP-Chef Leonid Breschnew 1979 den Chinesen unterbreitete. Damals und erneut 1982 hatte Breschnew in seiner vielbeachteten Rede in Taschkent China aufgefordert, „ohne Vorbedingungen" Schritte zur Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen zu unternehmen. Die chinesische Regierung hat in den sieben Gesprächsrunden seit 1982 ihre politischen Forderungen von den sowjetischen Unterhändlern immer wieder eingeklagt, doch ohne sichtbaren Erfolg.

Was bleibt, ist die Erkenntnis, daß die chinesisch-sowjetischen Beziehungen – abgekoppelt von den „unabdingbaren Voraussetzungen" Pekings – eine rasante Eigendynamik entwickelt haben, die so möglicherweise von der chinesischen Führung nicht beabsichtigt oder vorausgesehen worden war.

Hier wird dann auch die Enttäuschung von Deng Xiaoping verständlich, die er kürzlich beim Besuch des bayerischen *Ministerpräsidenten* Franz Josef Strauß in Peking über die Entwicklung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen geäußert hatte.

Energie-Notstand: Minister entlassen

AP, Bukarest

In Rumänien hat, offenbar im Zusammenhang mit der akuten Energie*versorgungskrise im Land*, ein weiterer Minister seinen Sessel räumen müssen. Wie die kommunistische Parteizeitung „Scinteia" meldete, wurde nach dem für die Energiewirtschaft zuständigen stellvertretenden Ministerpräsidenten Ion Avram und dem Minister für Elektroenergie, Nicolae Busui, auch der Bergbauminister Marin Stefanache entlassen. An seine Stelle soll der frühere Ministerpräsident Ilie Verdet getreten sein, der bisher als Sekretär des Zentralkomitees für den Wirtschaftsbereich zuständig gewesen ist. Am Freitag war in Rumänien der Energienotstand verkündet und das Militär mit der Überwachung der Elektrizitätswerke beauftragt worden. Die Maßnahme wurde begründet mit „schweren Mängeln" in der Elektrizitätswirtschaft. Westliche Diplomaten in Bukarest berichteten, daß im Energiebereich seit etwa eineinhalb Jahren „katastrophale Zustände" herrschten.

Gemayel akzeptiert Friedensplan Assads

AP, Damaskus

Der libanesische Staatspräsident Amin Gemayel und der syrische Staatschef Hafis el Assad haben am Samstag ihre Gespräche in Damaskus beendet, bei denen es darum gegangen war, wie der Bürgerkrieg in Libanon beendet werden könnte. Libanesischen und syrischen Zeitungen zufolge habe Assad noch einmal bestätigt, daß Syrien bei der Suche nach einem dauerhaften Frieden in Libanon helfen wolle.

Mitarbeiter Gemayels sagten, der Staatspräsident stehe hinter dem von Führern libanesischer Milizen unter syrischer Schirmherrschaft am Dienstag abgeschlossenen Abkommen, das einen Waffenstillstand und Reformen am Regierungssystem Libanons vorsieht.

Nach der letzten Verhandlungsrunde mit Assad verließ Gemayel die syrische Hauptstadt, um nach New York zu fliegen. Er wird dort vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen sprechen.

Scargill wehrt sich gegen neue Gewerkschaft

RAINER GATERMANN, London

Der Bruch in der britischen Bergarbeitergewerkschaft (NUM) ist vollzogen. Die Grubenbezirke Nottinghamshire und Süd Derbyshire stimmten bereits für die Bildung der „Union of Democratic Mineworker" (UDM). Heute wird Durham wahrscheinlich den gleichen Beschluß fassen.

Die Abspaltung ist eine direkte Folge des einjährigen Bergarbeiterstreikes, dem sich Nottinghamshire von Anbeginn widersetzte, weil er von NUM-Führer Arthur Scargill ohne vorherige Urabstimmung ausgerufen worden war. Deswegen schlossen sich die dort beschäftigten rund 27 000 Bergleute dem Arbeitskampf auch nicht an, was dessen Wirkung erheblich verringerte.

Rocy Link, der vermutlich zum Generalsekretär der UDM gewählt wird, nannte das Abstimmungsresultat „einen Sieg für die Demokratie" und als Beweis, daß die Bergleute in der Lage sind, vernünftige Beschlüsse zu fassen. Er prophezeit, daß die UDM in etwa drei Jahren die größte Bergarbeitergewerkschaft sein werde.

Dies ist eine außerordentlich optimistische Prognose, wenn man berücksichtigt, daß die NUM vor der Spaltung etwa 208 000 Mitglieder hatte, jetzt im mittelenglischen Nottinghamshire zwar bei einer rekordhohen Wahlbeteiligung von 90 Prozent 72 Prozent für den Ausbruch plädierten, in Süd Derbyshire jedoch bei 2546 abgegebenen Stimmen lediglich eine Mehrheit von 26 erzielt wurde.

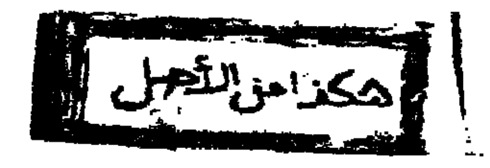
Dennoch ist die Bildung der UDM nicht nur eine schwere Schlappe für die NUM und ihren auf Lebenszeit bestellten Präsidenten Arthur Scargill, sondern auch für den Gewerkschaftsdachverband TUC und die Labour Party, der die Arbeitnehmerorganisationen kollektiv angeschlossen sind.

So überrascht es nicht, daß Scargill den TUC und die Partei zum Boykott der neuen Gewerkschaft aufforderte. Er wird zudem versuchen, in den abtrünnigen Bezirken eine NUM-Organisation aufrechtzuerhalten, während Roy Link hofft, daß sich die Scargill-Anhänger dem Mehrheitsbeschluß beugen. Das knappe Ergebnis von Derbyshire läßt diesen Wunsch ziemlich unrealistisch erscheinen.

Die Bildung der UDM schafft jedoch dem TUC und der Labour Party Probleme. Innerhalb des Gewerk*schaftsbundes hat auch die UDM* Anhänger, da es bereits in anderen Bereichen Unstimmigkeiten gibt, könnte der Bruch der NUM, die schlimmste Gewerkschaftskrise seit dem Generalstreik 1926, nun auch im Zentralverband weitere Kreise ziehen.

Die UDM strebt die Anerkennung durch die Labour Party an. Dort lautet jedoch die Regel, daß dafür die TUC-Mitgliedschaft Voraussetzung ist. Andererseits haben bisher die Nottinghamshire-Kumpel den dortigen Labour-Unterhausabgeordneten finanziell und moralisch unterstützt. David Basnett, TUC-Präsidiumsmitglied, hat als letzten Rettungsversuch die Bildung eines „Versöhnungsausschusses" vorgeschlagen, der versuchen soll, „den Bruch zu heilen".

Mit Genugtuung wurde die UDM-Gründung von der staatlichen Grubengesellschaft NCB begrüßt. Sie führt mit ihr bereits Tarifverhandlungen.



Sie beherrschte alle Finessen der Liebesdiplomatie: „La belle Otéro"

Eine schöne Kurtisane mit viel Grips

Sie starb, sechsundneunzigjährig, 1965 in Nizza, in einem kleinen heruntergekommenen Hotel. Sie kochte gerade ein Kaninchen-Ragout, als der Tod kam, und man möchte schwören, daß es ein köstliches Ragout war. „La belle Otéro" hatte immer von vielem etwas verstanden und oft mehr, als vom Singen und Tanzen. Wahrscheinlich gehörte auch das Kochen dazu.

Dabei hat sie nicht gerade als Köchin Karriere gemacht; wenn man davon absieht, daß sie die Liebe am Kochen hielt – und zu allem Überfluß auf vielen Kochstellen immer zugleich. Die prüfenden Herren vom Michelin hätten, bei ihr kostend, ihr sicher die volle Zahl ihrer Sterne verliehen: die dreifache Venus, versteht sich. Nur ließ Otéro sich nicht einfach vernaschen. Sie hielt auf Stil. Und Stil zu haben in der Liebe, war schon immer recht teuer. Zumindest für jenen, der zahlt.

Otéro war mehr fürs Kassieren. Aber auch fürs Verschwenden. Man hat ausgerechnet, daß sie in den ersten fünfzig Jahren ihres Lebens in Monte Carlo, ihrem Lieblings-Casino, zwanzig Millionen Dollar verlor, von denen sie keinen einzigen Dollar ererbt, jeden einzelnen im Gegenteil sich verdient hatte. Möglicherweise auf redliche Weise sogar. Es fragt sich nur, wie dehnbar der Begriff Redlichkeit ist.

Kurz und gut: Otéro (oder „La belle Otéro", wie man sie in Frankreich nannte) war eine Kurtisane. Aber was für eine! Mit dem jämmerlichen Begriff „Freudenmädchen" oder gar „Hure" mochten sie vielleicht keifende Ehefrauen der Haute Bourgeoisie belegen. Königinnen dagegen keifen bekanntlich nicht. Und mit denen hatte es Otéro, natürlich auf dem Umweg über deren gekrönte Männer, in erster Linie zu tun. Da war Leopold von Belgien, den allerdings Otéros Rivalin Cléo de Mérode alsbald zum vielbelachten „Cléopold" machte.

Da war Albert I. von Monaco, dessen Fürstin Alice (übrigens Heinrich Heines Familie entstammend) der Spanierin den Zutritt bei Hofe verbot. Da war Großfürst Nicolai von Rußland, der sie beim Zaren einführte oder sie ihm zuführte. Auch die Liebesdiplomatie kennt ihre sprachlichen Finessen wie sonst nur die Politik bei ihren eisenhaltigsten Vertragsabschlüssen.

Natürlich war der Prinz of Wales, Queen Victorias Sohn, mit von der Liebespartie. Man sagt sogar, selbst der Kaiser ... Immerhin – Otéro war regelmäßig auch in Berlin zu Gast, im „Wintergarten" in der Friedrichstraße, dem sagenhaften Varieté der Reichshauptstadt. Mischte sich schon einmal etwas Bürgerlicheres in den Liebesreigen (eine Kostverächterin war Otéro offenbar nicht), dann war es sicherlich wenigstens einer der Vanderbilts. Der Amerikaner warf flugs sich und die Perlen, die Napoleon III. einst Kaiserin Eugénie verehrt hatte, an Otéros schönen spanischen Hals.

Das Schönste an der schönen Otéro: Sie war wirklich belle und zwar bis ins höchste Alter hinauf. Nicht nur als junges Mädchen schien sie auf ihre feurige Art bezaubernd. Noch in ihre Altersfotos kann man sich ohne Umschweif verlieben: diese pfiffige Großäugigkeit, die von allem anderen als Dummheit zeugt. Otéro war offensichtlich eine Schöne mit Grips.

Die schöne Otéro – ARD, 20.15 Uhr

Deshalb wußte sie wohl auch, daß sie gar nicht besonders gut tanzte und auch gar nicht besonders gut sang. Zu frühem Erfolg in Paris kam sie durch Gaston Calmette, den Großmogul des „Figaro". Schon damals waren die Medien beim Kampf ums Dabeisein von nicht zu unterschätzendem Wert.

Begonnen hatte alles natürlich mit der Geburt. Als Augustina Carasson kam Carolina Otéro 1868, Tochter einer Zigeunerin und eines griechischen Kaufmanns, zur Welt. Kaum daß sie richtig laufen konnte, brannte sie durch mit einem zwanzigjährigen Jungen. Heiraten tat sie indes einen anderen – den aber leider auch schon mit fünfzehn. Zeit zu verlieren, hat Otéro offenbar niemals gelernt.

Sie tingelte durch Amerika und Europa. Sie trat in den feinsten Häusern auf. Die Compagnien, die sie auf der Bühne umgaben, waren meist besser als sie. Dafür war sie einzig. Das zählte mehr, und es zahlte sich aus.

Sie klebte nicht an ihren Liebhabern, erzog ihnen in der kurzen Zeit des Zusammenseins Generosität an und profitierte angemessen davon. Ihre Schäfchen im Trockenen, wie heutzutage jeder bessere Halsabschneider, hatte sie indes nie. Ihr sprudelte Geld wie Leben munter unter den Fingern fort. Daß bislang keine Champagnerfirma sich ihren Namen zum Markenzeichen erkor, ist im Grunde eine unverständliche Unterlassungssünde der Kribbelbranche.

KLAUS GEITEL



In ihrer Jugend von gekrönten Häuptern umworben, im Alter vergessen: die schöne Otéro. FOTO: PAUL POPPER

STUDIO

Zufrieden zeigten sich die Verantwortlichen der Live-Übertragung vom DFB-Pokalspiel bei SAT 1, das die Begegnung zwischen dem 1. FC Saarbrücken und Bayern München am Samstagabend sendete. „Etwa 500 000 der 1,2 Millionen Zuschauer, die unser Programm empfangen können, haben die Übertragung gesehen", schätzt Roman Köster, Sportchef bei dem Privatsender. „Erste Reaktionen haben uns gezeigt, daß unsere neue Art der Fußball-Reportage gut ankommt." Die Sportjournalisten hatten dem Publikum neue Perspektiven eröffnet: Man war schon beim Aufwärmtraining dabei, konnte einen Blick in die Kabine werfen, als der Schiedsrichter die Mannschaften zum Spielbeginn „zusammenpfiff", und erlebte hautnah mit der „steady cam" – einer Kamera, mit der auch im Laufen erschütterungsfreie Bilder übertragen werden können – den Weg des verletzten Helmut Winkelhofers vom Spielfeld zur Ambulanz. Saarbrücken steht auch für gute Zusammenarbeit zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehmachern. Fußball und Kulenkampffs „Einer wird gewinnen" traten in punkto Sendezeit zwar gegeneinander an, warfen sich aber immer wieder die Bälle zu. So flimmerten die Tore aus dem Ludwigspark-Stadion in der Show über die Bildschirme. Und das SAT-1-Team brachte Kulis Tip – 3:1 für die Bayern, völlig korrekt übrigens.

Sportfans können mit weiteren SAT-Fußballabenden rechnen. „Bayern München hat uns angeboten, das Spiel gegen Bremen im November zu übertragen. Das dürfen wir aber nicht, weil die öffentlich-rechtlichen Anstalten bei Bundesligaspielen Vorrang haben", erklärte Köster. „Für uns wird die dritte Hauptrunde im Pokal wichtig. Wir würden gern die Partie Aachen gegen Schalke übertragen. Außerdem ist interessant, wer aus dem Nachholspiel Bochum – Düsseldorf als Sieger hervorgeht. Sollte das Bochum sein, so muß der VFL zuhause gegen Bayern antreten. Diese 'Knallpartie' würde uns schon sehr reizen. Die Verhandlungen beginnen in Kürze." Dabei sind dann auch wieder Paul Breitner und Reporter Peter Glauche. Beide wollen künftig auch verstärkt über den italienischen Fußball berichten. Der Grund dafür: „Wahrscheinlich werden noch einige Bundesligaspieler nach Italien gehen", erklärte Glauche.

M. Sch.







SAT 1

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Ungebändigt
Amerikanischer Spielfilm (1959)
11.40 Umschau
12.10 Bilder aus Amerika
Dieter Kronzucker berichtet
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Sarah wird 18
Ein englischer Sommer
16.55 Mode
Italiens Textilfabrikanten
17.20 Die Märchenbraut
8. Teil: Hänsel und Gretel
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die schöne Otéro (1)
Karriere einer spanischen Tänzerin
Fünfteilige spanische Fernsehserie von Enrico Medioli, Lucia Drudi Demby
Mit Angela Molina, Nina Morillas, Lina Sastri u. a.
Regie: Jose Maria Sanchez
21.15 Kontraste
Aids in Osteuropa – Aufklärung oder Beschwichtigung / Sozialistischer Pillenknick – Rekrutierungsprobleme der Nationalen Volksarmee / Besatzer oder Besetzte – Die alliierten Truppen im Meinungsbild der West-Berliner / Wir dürfen nicht anti-deutsch sein – Gespräch mit dem polnischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski
Moderation: Jürgen Engert
22.00 Sketchup
Mit Iris Berben und Diether Krebs
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Der Verrückte
Schweizerischer Spielfilm (1970)
Mit François Simon, Camille Fournier, Pierre Walker u. a.
Regie: Claude Goretta
0.25 Tagesschau
0.30 Nachtgedanken
Mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Die Zukunft im Visier
Rüdiger Proske im Gespräch mit Professor Karl Heinz Beckurts Vorstandsmitglied der Siemens AG
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Im Reich der wilden Tiere
Wo die Winde geboren werden
Mit Marlin Perkins
Der Inselbogen der Aleuten, von Alaska bis zur Beringsee, sind der heutige Schauplatz. Dort leben riesige Seelöwenherden, denen das unfreundliche Klima nichts auszumachen scheint. Außerdem beschäftigt sich die Dokumentation mit den Wanderzügen von Krebs-Männchen, für deren Beobachtung Forschungsschiffe im Einsatz waren.
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Verlieben verboten!
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Inzest
Über sexuelle Gewalt an Töchtern berichtet Helga Dierichs
20.15 Sie tanzte nur einen Sommer
Schwedischer Spielfilm (1951)
Mit Ulla Jacobsson u. a.
Regie: Arne Mattsson
21.42 Mach mit – der Umwelt zuliebe
21.45 heute-journal
22.05 Das plastische Werk Picassos
Film von Claus Hermans
22.50 Der Friede von Locarno
Eine szenische Reportage von Peter Adler
Mit Hans Korte u. a.
Regie: Eberhard Itzenplitz
0.25 heute

SAT 1

15.00 Muggsy
15.30 Musicbox
16.30 Bill Cosby
17.00 Ufo
18.00 Westlich von Santa Fé
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Ned Kelly – Rebell wider Willen
20.30 WM – Das Wirtschaftsmagazin
Subventionsabbau – das Versagen der Politiker / 150 Jahre Wohlklang – Portrait der Firma Grotrian-Steinweg
21.00 Galerie Buecher
22.15 Kehr zurück, kleine Sheba
23.50 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Löwenzahn
19.00 heute
19.30 Sportreport
– aus Österreich
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 cinema international
Entscheidung in der Sierra
23.20 Kennwort: Kino
23.35 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Hallo RTL
18.53 7 vor 7 – Newsshow
19.22 Karlchen
19.30 Knight Rider
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Seine Majestät, der Bulle
21.57 RTL-Spiel
22.00 Das Kind im Manne
22.25 Open-End
23.15 Wetter
23.18 Horoskop
23.25 Betthupferl

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Sport-Platz
Marathon in Duisburg
21.00 Aktuelle Dokumentation
Requiem für Jerzy Popieluszko
21.45 Landesspiegel
Olympia fürs Revier
Von Rolf Buttler und Hans-Joachim Nolte
22.30 Die WDF-Spielproduktion
Die Nacht ist vorbei
Szenen aus dem Dunkel einer Großstadt
Film von Richard Claus, Gerd Weiss
23.55 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
19.15 Vater Rhein
20.00 Tagesschau
20.15 Die eigene Geschichte
Späte Heimkehr
21.00 Das Montagsthema
22.00 Die Nacht hat tausend Augen
Amerikanischer Spielfilm (1948)
23.15 Cornell Woolrich
Lieblingsfarbe Schwarz (3)
23.50 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Kinder dieser Welt (5)
Karate und wilde Tänze
18.55 Das Lied von der Kröte
19.05 Drei – D
20.00 Trends
20.45 Die Sprechstunde
Die Herzstunde
21.30 Drei aktuell
21.45 Magnum
22.30 Wege zum Menschen

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.15 Sowjetische Kulturtage in Mannheim
21.00 Flash Gordons Flug zum Mars
21.20 Rückblende
Vor 40 Jahren:
„Die Neue Zeitung"
21.35 Das letzte Heim
Über Menschenwürde und Geborgenheit im Alter
22.20 Jazz am Montagabend
23.05 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Das neue Maschinenzeitalter im Zeichen des Computers
Maschinenbau – Deutsche Spitzentechnologie im Umbruch
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
22.50 Camp 020
Aus „Spinage"
23.40 Rundschau

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Nervös, Herr Schmude?

„Geht es wirklich um die Wiedervereinigung?" WELT vom 15. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

weil CDU-Generalsekretär Dr. Geißler angekündigt hat, die Deutschlandpolitik samt Wiedervereinigungsanspruch zum Wahlkampfthema zu erheben, werden Herr Schmude und die SPD nervös. Das schlechte Gewissen scheint sie zu plagen, die Furcht, vor den Wählern Rechenschaft ablegen zu müssen. Herr Schmude fühlt sich plötzlich „mißverstanden", so hätte er das alles doch gar nicht gemeint.

Aber im Bewußtsein der deutschen Bevölkerung sind seine forschen Forderungen nach Abschaffung der Präambel des Grundgesetzes, nach Anerkennung der „DDR"-Staatsbürgerschaft, nach Änderung der Elb-Grenze zum Nachteil der Bundesrepublik Deutschland und nach Auflösung der Überwachungsstelle Salzgitter noch höchst lebendig. Er behauptet wider besseres Wissen, das Grundgesetz verwende den Begriff „Wiedervereinigung" gar nicht; den letzten Satz der Präambel zum Grundgesetz unterschlägt er dabei wohlweislich. Für ihn gibt es diesen Satz sicherlich nicht mehr. Am Grundvertragsurteil des BVG übt er unverhohlen Urteilsschelte und zweifelt „an der Weisheit" des Gerichts – ein noch nie dagewesener Vorgang.

Die deutsche Wiedervereinigung steht gewiß noch in weiter Ferne, das sollte aber kein Grund für einen endgültigen Trennungsstrich sein. Wenn wir alle die Wiedervereinigung wollen, werden wir sie eines Tages auch erreichen, weil Unrechtsregime schon immer von der Geschichte rigoros weggefegt worden sind. Auf die Unterstützung anderer Völker können wir uns dabei nicht verlassen. Herr Dr. Geißler hat das richtige Wahlkampfthema erwählt. Daran sollte er beherzt festhalten.

Mit freundlichen Grüßen
Victor Hölterling,
Ludwigsburg

„Modisch aufgepeppt"

„Autotelefon: Leichtes Spiel für Lauscher"; WELT vom 4. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich mußte den Artikel gleich mehrmals lesen, bis ich herausfand, was mich an ihm so faszinierte. – Es waren die vollmundigen Marketing-geprägten Aussagen, die man zwischenzeitlich vermehrt aus der gleichen Ecke Deutschlands – auch zu anderen Produkten – zu hören und zu sehen bekommt.

Für jeden allerdings, der sich ein bißchen in der Materie auskennt, ist ersichtlich, daß hier nicht der Stein der Weisen gefunden wurde, sondern alte Hüte modisch aufgepeppt mit digitalem Schleifchen versehen, dem deutschen Michel für viele Steuer- und Förderungsgelder als Weltneuheit präsentiert werden. Das böse Erwachen kommt aber erst noch, da man auf Dauer in der vielzitierten und gelobten freien Marktwirtschaft mit solchen Methoden am Weltmarkt nicht bestehen kann. Wo die innovativen Kräfte und technischen Möglichkeiten eines Unternehmens nicht mehr ausreichen, müssen offensichtlich in Deutschland nunmehr vermehrt Sprüche und der Geldtropf zur künstlichen Ernährung herhalten.

Während in Deutschland mit viel Tamtam das C-Netz (450 MHz) eingeführt wird, ist in anderen Ländern – getrieben von hoch-innovativen und auf extrem freien nicht-subventionierten Märkten operierenden Unternehmen – die nächste Generation mit 900 MHz Realität und im ersten Wirkbetrieb.

Wie man wissen sollte, ist in Skandinavien ein 450-MHz-Netz (NMT) an der Kapazitätsgrenze angelangt. Schon 1981 im Wirkbetrieb, waren 1983 bereits über 41 000 Mobiltelefone angeschlossen, wobei das System für rund 200 000 Teilnehmer, für einen projektierten Zehnjahreszeitraum, vorgesehen war. Das Wachstum war also viel rasanter als geplant, und dies in einem um den Faktor zehn bevölkerungsärmeren Land. C-Netz mit gebremstem Schaum?!

Schade, daß Deutschland und Frankreich nicht den Mut aufgebracht haben, gemeinsam diesen „Zwischenschritt" mit 450 MHz zu unterlassen und gleich – weil wirtschaftlich vernünftiger – das vorgeschlagene 900-MHz-Netz zu implementieren. Hierbei einem innovativen Konzept folgend, das die durchgängige Digitalisierung bis zum Endgerät als Projektphase mit einschloß.

Mit Subventionen und Aufträgen für den Papierkorb – verschämt als Technologieförderung bemäntelt – und vergeben an von Haus aus kapitalstarke deutsche Unternehmen, sichert man keine Arbeitsplätze auf Dauer. Man blockiert allerdings hiermit Kooperationen und innovative Kräfte, die angetreten waren/sind, um in und für Deutschland High-Tech-Produkte zeitecht, weltmarktgerecht und paneuropäisch verfügbar zu machen.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Roblick,
Ratingen 5

Wort des Tages

» Alles Gute, was geschieht, wirkt nicht einzeln! Seiner Natur nach setzt es sogleich das Nächste in Bewegung. «

Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832)

Elzer Berg

„Elzer Berg: Radar zum Schröpfen oder Retten?"; WELT vom 11. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine der berüchtigsten Radarfallen auf deutschen Autobahnen ist der Elzer Berg nicht. Es gibt meines Wissens keine zweite Stelle auf deutschen Autobahnen – ich kenne das Netz zu ca. 90 Prozent – wo so frühzeitig und unübersehbar auf die Geschwindigkeitsbegrenzung hingewiesen wird und es hat sich seit über zwölf Jahren bundesweit herumgesprochen, daß dort automatisch geblitzt wird, so daß eigentlich nur hoffnungslos unbelehrbare Raser sich nicht an die 100 km/h halten. Auch die in dem Aufsatz aufgeführten Vertreter der Prominenz des Show-Geschäftes nehme ich von dieser Einstufung nicht aus.

Die auf 100 km/h begrenzte Strecke dürfte maximal ca. 10 Kilometer lang sein. Eine Geschwindigkeit von 150 km/h statt der vorgeschriebenen 100 km/h verkürzt die Fahrtzeit um ganze zwei Minuten. Was bringt das schon auf der Strecke Köln–Frankfurt ein? Doch nur das Risiko eines Unfalls! Baustellen bedingen erheblich höhere Zeitverluste, oder soll etwa auch dort die Geschwindigkeitsbegrenzung aufgehoben werden?

Es ist unverständlich, daß der Vorsitzende des ADAC Gau Mittelrhein angesichts der erwiesenen Verminderung tödlicher Unfälle diese Radaranlage als „Autofahrer-Schröpfstelle Nummer eins" bezeichnet, anstatt sich für die Beibehaltung dieser sinnvollen Geschwindigkeitsbegrenzung einzusetzen.

Die Mehrzahl der Kraftfahrer hält sich ja daran, man sollte die Unbelehrbaren allenfalls noch mehr zur Kasse bitten.

Es ist unbestritten, daß es auf den Autobahnen Geschwindigkeitsbegrenzungen gibt, die unverständlich sind, die sollte man überprüfen, nicht aber die Entschärfung des Elzer Berg wieder aufheben.

Mit freundlichen Grüßen
Bernhard Hawliczek,
Düsseldorf 1

Aktionswoche

„Kanzler kontert DGB-Vorwürfe: Wirtschaft wächst, Preise stabil"; WELT vom 15. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Pauken und Trompeten wird vom DGB eine Aktionswoche verkündet, werden Horrorvisionen von Armut, Unzufriedenheit, Sozialdemontage und einer Ellenbogengesellschaft aufgezeichnet und der Bevölkerung in der typischen Klassenkampfrhetorik suggeriert, die Bundesregierung sei an alledem schuld. Vor nicht allzu langer Zeit wurde jedoch eben diese Regierung mit ihrem Sparprogramm vom Wähler klar bestätigt, nicht zuletzt auch deshalb, war man doch von der Notwendigkeit einer politischen Umkehr oder Wende, wie immer man dies artikulieren mag, überzeugt.

Mit der SPD und ihren Genossen ging natürlich auch der DGB in die Opposition, ein Schock, von dem sich beide nur langsam und schwer zu erholen scheinen. Es muß schon eine Menge von Dreistheit und überzogenem Selbstverständnis dazu gehören, gepaart mit einer gehörigen Portion gewerkschaftlicher Arroganz, eine Aktionswoche solch billigen Stils abzuziehen. Geht es hier um Imagepflege oder um die Arbeitslosen? Wenn Herr Breit oder Herr Steinkühler ihre Profilneurosen einmal ablegen könnten und ihrer Gefolgschaft die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit der Bundesregierung sachlich erklären, würde dies unserem Land doch mehr einbringen als verstaubte Klassenkampfparolen.

Es ist immer ganz amüsant, wenn man die Herren Funktionäre über soziale Gerechtigkeit reden hört, verbergen sich doch hinter ihren Floskeln fürstliche Gehälter und Pöstchen in mehreren Aufsichtsräten. Links reden – rechts leben!

Mit freundlichen Grüßen
Gerhard Siepe,
Attendorn

Personalien

GEBURTSTAGE

Der frühere Finanzminister in Niedersachsen (1970 bis 1974), Professor **Siegfried Heinke**, feiert heute in Hannover seinen 75. Geburtstag. Heinke, in Sachsenburg in Sachsen geboren, studierte in Berlin Staats- und Wirtschaftswissenschaften und promovierte zum Dr. jur. Nach dem Zweiten Weltkrieg war er bis zu seiner Ernennung zum niedersächsischen Finanzminister in verschiedenen Funktionen auf kommunaler Ebene und als Staatsbeamter tätig. Neben seiner Tätigkeit in synodalen und karitativen Gremien der Evangelisch-Lutherische Landeskirche ist Heinke seit 1975 Präsident des DRK in Niedersachsen und seit 1976 Bundesschatzmeister bei dem DRK.

*

Karl Walz, früherer Bundestagsabgeordneter der CDU, feiert morgen in Saarbrücken sein 85. Lebensjahr. 1929 war der gebürtige Ludwigshafener und gelernte Telegrafenbetriebsarbeiter als Sekretär der Christlichen Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner an die Saar gekommen. Hier zählte er auch 1945 zu den Mitbegründern der Christlichen Gewerkschaft, für die er als stellvertretender Generalsekretär tätig war. Aus der von ihm ebenfalls mitgegründeten Christlichen Volkspartei wurde er wegen seines Kampfes gegen Autonomiebestrebungen ausgeschlossen. Als er 1953 einen sicheren Platz auf der rheinland-pfälzischen CDU-Landesliste für den Bundestag erhielt, erfolgte die Ausweisung aus dem damals autonomen Saargebiet – mit der Begründung, als saarländischer Staatsbürger dürfe Walz nicht für ein „ausländisches" Parlament kandidieren. Neben **Ludwig Knobloch** zählte Walz zu den beiden Mitgliedern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die gegen das zwischen **Adenauer** und **Mendès-France** ausgehandelte Saar-Abkommen stimmten. Walz sprach sich auch im Plenum des Bundestages gegen dieses Abkommen aus.

AUSZEICHNUNGEN

Der Große Preis der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendliteratur 1985 geht zu gleichen Teilen an die Germanisten Dr. **Ludwig Denecke** aus Hannoversch-Münden und Professor Dr. **Heinz Rölleke** aus Wuppertal für ihre grundlegenden wissenschaftlichen Arbeiten im Rahmen der Brüder-Grimm-Forschung. Zugleich verleiht die Akademie ihre Medaille „Volkacher Taler" an Professor Dr. **Karl Ernst Maier** aus Regensburg, für seine jahrzehntelangen verdienstvollen literarpädagogischen Arbeiten. Die Preisverleihung findet am 19. November im Schelfenhaus in Volkach statt.

*

Nach fünf Jahren unermüdlichem Kampf gegen den Baumtod in den Alpen ist der 63jährige Biologe **Karl Partsch** jetzt mit einem Umweltschutzpreis ausgezeichnet worden. Staatssekretär **Karl-Dieter Spranger** überbrachte dem „in hohem Maße engagierten Umweltschützer" Glückwünsche von Bundesinnenminister **Friedrich Zimmermann**. Die Preisträgerin des vorigen Jahres **Loki Schmidt** hob in ihrer Laudatio besonders hervor, daß der „Schützer der Alpen" auch viele jungen Menschen für freiwillige Einsätze motiviert habe. Mit deren Hilfe hat Partsch bereits mehr als 30 000 tiefwurzelnde, schnellwüchsige Büsche zwischen absterbende Bäume gepflanzt, die deren nachlassende Schutzfunktion übernehmen. Der von der „Neuen Revue" gestiftete Preis ist mit 5000 Mark dotiert. Staatliche Unterstützung ist dem parteilosen Alpenbiologen bisher versagt geblieben, obwohl seine genial einfache Methode weltweite Anerkennung gefunden hat.

*

Der Gerhard-Hauptmann-Preis des Vereins der Freien Volksbühne Berlin wird in diesem Jahr an den 24jährigen Autor **Stefan Dähnert** vergeben. Er erhält die mit 10 000 Mark dotierte Auszeichnung für sein erstes, noch nicht aufgeführtes Theaterstück „Erbe um Erbe". Die Übergabe des Preises, der der Förderung junger Dramatiker im deutschen Sprachraum dient und alle zwei Jahre verliehen wird, findet am 11. November im Theater der Freien Volksbühne in Berlin statt.

WAHL

Der Rundfunkrat des Westdeutschen Rundfunks (WDR) hat den früheren Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens, **Heinz Kühn** (SPD), zum Vorsitzenden seines Programmausschusses gewählt, der die Aufgaben des bisherigen Programmbeirats übernimmt. Der neugebildete Ausschuß für Fragen der Rundfunkentwicklung wird von **Jürgen Büssow** geleitet.

AUSWÄRTIGES AMT

Deutscher Botschafter in Venezuela wird **Hans-Werner Loeck**. Zuletzt war der Diplomat Leiter der Unterabteilung für Außenwirtschaftspolitik in der Wirtschaftsabteilung des Auswärtigen Amtes. Loeck, Jahrgang 1925, in Heide, Holstein, geboren, ist Jurist. Seit 1956 gehört er dem Auswärtigen Dienst an. In den Jahren 1975 bis 1978 leitete er die Gruppe Außenpolitik im Bundeskanzleramt und ging anschließend bis 1982 als Botschafter nach Lima.

EHRUNG

Der Fachbereich Chemie der Universität Marburg hat dem Würzburger Chemiker Professor Dr. **Max Schmidt** in Anerkennung seiner besonderen Verdienste um die Erforschung der Schwefel-Chemie und dabei insbesondere die Rauchgasentschwefelung mit der Ehrendoktorwürde ausgezeichnet. Der 60jährige Wissenschaftler, der von 1962 bis 1965 erster Inhaber des Lehrstuhls für Anorganische Chemie an der Universität Marburg gewesen ist und seitdem in Würzburg tätig ist, wurde besonders durch ein zweibändiges Lehrbuch über die Anorganische Chemie bekannt.

UNIVERSITÄT

Die Kölner Universität mit ihren rund 45 000 Studenten hat einen neuen Rektor. Der Direktor des Instituts für Rechtsmedizin, Professor **Michael Staak**, übernahm als 511. Rektor der Hochschule das Amt von seinem Vorgänger, dem Volkswirtschafts-Professor **Gernot Gutmann**.

*

Der Lektor für Niederländisch am Institut für Germanistische Sprachwissenschaft der Philipps-Universität Marburg, Dr. **Amand Berteloot**, ist zum Vorstandsmitglied der Internationalen Vereinigung für Niederlandistik gewählt worden. In der Vereinigung sind rund 230 Hochschullehrer aus aller Welt zusammengeschlossen.

Hugo Decker, Mitglied des 1. Deutschen Bundestages, ist im Alter von 86 Jahren in Bernau am Chiemsee verstorben. Der gelernte Ingenieur gehörte der Bayernpartei an. Als diese sich im Dezember 1951 mit der Deutschen Zentrumspartei zur „Föderalistischen Union" (FU) zusammenschloß, amtierte Decker bis zum Ende der Legislaturperiode als erster Fraktionsvorsitzender. In seinen letzten Lebensjahren betätigte er sich noch als ehrenamtlicher Kreisheimatpfleger.

Reagan spricht Craxi das Vertrauen aus

● Fortsetzung von Seite 1

Zeitung die Ereignisse der vergangenen 48 Stunden charakterisierte, vor einem schnelleren Abschluß als erwartet zu stehen. Allgemein wird jetzt damit gerechnet, daß Staatspräsident Cossiga heute den zurückgetretenen sozialistischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi wieder mit der Kabinettsbildung beauftragt und daß dieser dann keine unüberwindlichen Schwierigkeiten haben wird, die alte Koalition aus Christdemokraten, Sozialisten und Republikanern, Sozialdemokraten und Liberalen zu reaktivieren.

Das erste dieser „Wunder" hatte offensichtlich seinen Ursprung im politischen Kalkül des christdemokratischen Parteisekretärs De Mita. Er verzichtete darauf, für seine Partei das Amt des Ministerpräsidenten zurückzufordern, da er zunächst die von ihm eingeleitete Regeneration der Democrazia Cristiana – unter anderem durch Abschaffung der organisierten Parteiströmungen – in Ruhe zu Ende führen möchte. Angesichts der Gefahr, daß ein „entthronter" Craxi auf die vorzeitige Parlamentsauflösung im kommenden Frühjahr hinarbeiten und der DC damit mitten in ihrem Erneuerungsprozeß unvorbereitet einen Wahlkampf aufzwingen könnte, plädiert De Mita für die Wiedereinsetzung der zurückgetretenen Regierung.

Das zweite „Wunder" war die Reaktion der italienischen Öffentlichkeit auf die Amerika-kritische Rechtfertigungsrede, mit der Craxi unmittelbar vor seinem Rücktritt in der Abgeordnetenkammer als Verteidiger der verletzten nationalen Würde Italiens aufgetreten war. Daß sich Craxi nicht scheute, objektive Verletzungen der italienischen Souveränität durch die Amerikaner im Rahmen der militärischen Aktion gegen die „Achille Lauro"-Entführer offen anzuprangern, hat dem Ministerpräsidenten die Anerkennung der großen Mehrheit in der Bevölkerung eingetragen.

Unter dem Eindruck dieser „Wunder" ließ auch der bisherige Verteidigungsminister Spadolini, dessen republikanische Partei die jetzige Krise ausgelöst hatte, eine gewisse Bereitschaft zum Einlenken erkennen.

SPD verbucht für 1984 Millionen-Überschuß

Grüne drittreichste Partei / CDU-Spenden fast halbiert

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Regierungsparteien haben im Gegensatz zur Opposition das vergangene Jahr mit finanziellen Verlusten abschließen müssen. Das geht aus den Rechenschaftsberichten hervor, die nach dem neuen Parteienfinanzierungsgesetz erstmals auch Ausgaben enthalten. Damit sollen die Finanzen der Parteien transparenter werden.

Nach den Berichten kam die CDU 1984 bei Gesamteinnahmen von 217,5 und Gesamtausgaben von 221 Millionen Mark auf ein Minus von 3,5 Millionen Mark. Die CSU (43,4 Millionen Mark Einnahmen und 53,5 Millionen Mark Ausgaben) machte einen Verlust von 10,1 Millionen Mark, die FDP (Einnahmen 29,9 und Ausgaben 39,2 Millionen Mark) von 9,3 Millionen Mark. Dagegen konnten die SPD bei Gesamteinnahmen in Höhe von 209,6 und Ausgaben von 197,5 Millionen Mark ein Plus von zwölf Millionen Mark verzeichnen. Die Grünen kamen mit Einnahmen von 43,3 und Ausgaben von 26,3 Millionen Mark auf ein Plus von 17 Millionen Mark.

Reichste Partei ist die SPD mit einem Reinvermögen von 147 Millionen Mark. Die CDU beziffert ihren Vermögensstand auf 106 Millionen Mark. Mit 27,5 Millionen Mark liegen die Grünen noch klar vor der CSU, die auf 19,4 Millionen Mark kommt. Schlußlicht ist die FDP mit gerade einer Million Mark Reinvermögen.

SPD: Spenden stiegen an

Auch beim Beitragsaufkommen steht die SPD mit 98,9 Millionen Mark vor der CDU (83,3 Millionen Mark). Bei beiden Parteien haben hier Zahlungen der Mandatsträger einen großen Anteil. Die CSU erhielt an Beiträgen 15, die FDP 7,9 und die Grünen 3,6 Millionen Mark.

Positiv schnitt im Vergleich zu 1983 die Opposition auch bei den Spenden ab. So verzeichnet die SPD eine Steigerung um fünf Millionen auf 16,2 Millionen Mark. Unter ihren acht Großspendern ist auch der unter allen Parteispendern insgesamt größte Gönner: Von der Bank für Gemeinwirtschaft kamen 201 500 Mark. Die Grünen verdoppelten ihre Spenden auf 5,5 Millionen Mark. Allein 37 Abgeordnete gaben 1,4 Millionen Mark.

Dagegen verringerten sich die Spenden für die CDU von 40,3 auf 24 Millionen Mark. Unter ihren 21 Großspendern liegt das Institut für niedersächsische Wirtschaft mit 120 000 Mark vorn. Die Spenden für die CSU sanken um fünf auf zwölf Millionen Mark. Sie erhielt nur vier Spenden von mehr als 20 000 Mark, wobei der größte Betrag (50 000 Mark) von einer Einzelhandelskette kam. Die FDP blieb ohne die aufsehenerregenden sechs Millionen Mark des ehemaligen Kaufhaus-Königs Helmut Horten mit 8,7 Millionen Mark annähernd bei dem Ergebnis von 1983. Unter ihren 18 Großspendern ist eine Privatbank, die ihr und der CDU je 100 000 Mark gab. Diese Negativentwicklung geht offensichtlich auf die Verunsicherung durch die Spendenaffären zurück.

CDU bekam Ausgleich

Als Bumerang für die SPD erwies sich der auf ihr Drängen eingeführte Chancenausgleich, durch den bei Spenden angeblich benachteiligte Parteien zusätzliche öffentliche Mittel erhalten. Sie und die Grünen gingen aufgrund ihrer Kassenlage leer aus. Dagegen kamen die CDU auf 2,8, die CSU auf 1,9 und die FDP auf 1,6 Millionen Mark. Nicht auszuschließen ist, daß sich das Bundesverfassungsgericht erneut mit dem Thema Chancenausgleich befassen muß.

Mit Ausnahme der FDP können die anderen Parteizentralen mit der Kostenerstattung für die Europawahlen im letzten Jahr zufrieden sein, die ungeachtet der Leistungen ihrer Unterorganisationen und Verbände ihnen allein zusteht. Allerdings hat der Bericht hier den Mangel, daß die Zahlen global für alle Parteigliederungen und über die gesamte Legislaturperiode hinweg zusammengezogen werden. Nach Abzug ihrer Ausgaben kommen die SPD-Zentrale auf ein Plus von 70 und die der CDU von 53 Millionen Mark. Die CSU erhielt fünf Millionen Mark, während das Thomas-Dehler-Haus ohne Gewinn blieb. Die gesamte FDP machte einen Verlust von acht, die SPD von fünf, die CDU von drei und die CSU von einer Million Mark. Die Grünen wollen ihre sieben Millionen Mark Überschuß im Verhältnis 80:20 mit den Landesverbänden teilen.

Frau Schoppe sieht die Grünen in ernster Krise

DW. Köln

Die Grünen sind nach Auffassung ihrer ehemaligen Fraktionssprecherin im Bundestag, Waltraud Schoppe, in einer ernst zu nehmenden Krise, die durch „ideologisches Linien-Hickhack" ausgelöst worden sei. Auf der ersten Bundeskonferenz der Grünen-Frauen äußerte Frau Schoppe in Köln die Befürchtung, daß es mit der Partei zu Ende gehen werde, „wenn wir es weiter an dem Willen zu kritischer Solidarität fehlen lassen". Zugleich warf sie der Bundesregierung vor, eine frauenfeindliche Politik zu betreiben. Der Bonner Regierung müsse „von der Frauenseite der Kampf angesagt werden".

In dieser ersten Bundesfrauenkonferenz der Grünen ging es allerdings auch darum, gegen Widerstände in der eigenen Partei anzukämpfen: „Häufig genug führen Männer das große Wort, während Frauen eher bei der politischen Kleinarbeit an der Basis anzutreffen sind", klagten etliche Sprecherinnen der Grünen. So war Thema dieser Konferenz eine „gemeinsame Strategie der Grünen-Frauen" gegen „frauenfeindliche Strukturen" in der eigenen Partei und in der Gesellschaft.

Die sich anbahnende rot-grüne Koalition in Hessen – bei den Grünen stark umstritten – ist nach Auffassung von Frau Schoppe richtig, auch wenn das bisherige Koalitionsresultat ihr „zu mager ist". Sie forderte die Kritikerinnen dieses Bündnisses auf zu erläutern, wo durch Intervention der Grünen mehr für die Frauen erreicht worden sei als in Hessen.

Einer rot-grünen Koalition in Wiesbaden gibt der FDP-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Mischnick, kein Jahr Überlebensdauer. Im Hessischen Rundfunk sagte Mischnick gestern, die Sozialdemokraten, die in einem solchen Weg „das Allheilmittel für die Zukunft" sähen, müßten bald feststellen, daß sie auf das falsche Pferd gesetzt hätten. Er bedauerte die hessische Entwicklung aus grundsätzlichen Überlegungen. Zugleich sagte Mischnick, parteitaktisch biete das rot-grüne Bündnis aber einen Vorteil: Es zeige sich, welche Unterschiede zwischen den Erklärungen des designierten SPD-Kanzlerkandidaten Rau und dem Handeln des hessischen Ministerpräsidenten Börner vorhanden seien.

Botha lehnt Gespräche ab. Die Proteste halten an

Der Papst: Hoffnung an die Stelle von Bitterkeit setzen

DW. Johannesburg

Der südafrikanische Präsident Pieter Botha hat gestern bekanntgegeben, daß seit dem 1. September 1984 insgesamt 760 Menschen bei Rassenunruhen ums Leben kamen. Unter ihnen befänden sich 232 Schwarze, die von anderen Schwarzen umgebracht worden seien, und 504 Opfer bei Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften. Dem verbotenen afrikanischen Nationalkongress ANC warf Botha Unterstützung von Gewaltmaßnahmen, marxistische Ideologie sowie Verbindungen zur Südafrikanischen Kommunistischen Partei vor und lehnte Verhandlungen mit der Untergrundorganisation kategorisch ab. Er werde sich seiner Pflicht, kommunistische Revolutionäre zu bekämpfen, nicht entziehen. Die Vollstreckung des Todesurteils gegen Moloise und die zahlreichen Proteste der internationalen Öffentlichkeit hingegen erwähnte Botha nicht.

Papst Paul II. zeigte sich während einer Messe in Cagliari auf Sardinien vor 100 000 Menschen von der Welle der Gewalt sichtlich erschüttert. Der Schmerz und die Bitterkeit, die die Südafrikaner erführen, würden, so bete er, die Barmherzigkeit oder die Hoffnung in Südafrika nicht auslöschen. „Die Vollstreckung eines Todesurteils löst immer Erregung und Unruhe im Fühlen der Allgemeinheit aus", fuhr das Kirchenoberhaupt fort. „In diesem Fall aber kommt die Sorge über das Fortdauern einer Situation objektiver Ungerechtigkeit hinzu, die weiterhin Trauer, Gewalttaten und Leiden hervorbringt."

Versuch zum Kompromiß

Unterdessen bemühten sich die Regierungschefs von Kanada, Indien und Australien am Wochenende dem Vernehmen nach, während der Gipfelkonferenz des Commonwealth auf den Bahamas einen Kompromiß zwischen boykottwilligen afrikanischen und asiatischen Mitgliedern sowie der britischen Regierung zustande zu bringen. Auch die USA entsandten einen Beobachter. Die amerikanische Bürgerrechts-Organisation NAACP kündigte für kommende Woche einen Boykottaufruf gegen US-Firmen mit Geschäftsverbindungen nach Südafrika an. Die Teilnehmer der Konferenz der Europäischen Demokratischen Union (EDU) aus Christdemokraten, Konservativen und Liberalen verurteilten auf ihrer Tagung in Lissabon die Apartheidpolitik. In der Bundesrepublik wandten sich der Verband Deutscher Schriftsteller und die Bischöfe der Vereinigten Evangelisch-lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) gegen die Apartheidpolitik.

In Athlone, einem Mischlingsvorort von Kapstadt, verfolgten Tausende Teilnehmer die Begräbnisfeierlichkeiten dreier in der vergangenen Woche umgekommener Schulkinder und eines von der Polizei erschossenen Moslems, der allerdings selbst auf Polizisten gefeuert hatte. Kerzentragende Schüler begleiteten die Särge der Schüler. Polizei und Sicherheitskräfte hielten sich während beider Feierlichkeiten im Hintergrund.

Gewehre gegen Steine

Im Gegensatz zu den durch einen herabgeschleuderten Geranientopf ausgelösten Hetzjagden auf Weiße im Johannesburger Stadtzentrum am vergangenen Freitag blieben Gewalttaten in beiden Fällen aus. Der sogenannte „Polizei-Hinterhalt" auf der Straße vom Flughafen Kapstadt in die Innenstadt blieb allerdings Gegenstand zahlreicher Proteste und Gegenproteste. In immer größerem Ausmaß steinigten entlang dieser Route Banden zwischen 200 und 400 Jugendliche vorbeifahrende Autos. Daraufhin ließ die südafrikanische Bahnpolizei ein eigenes Fahrzeug die Route befahren. Aus ihm heraus eröffneten Sicherheitskräfte, als die ersten Steine fielen, das Feuer. Drei Menschen kamen ums Leben. Die Polizei erklärte später, die Überfälle seien wohlvorbereitet gewesen, geschützte Polizeifahrzeuge stets verschont worden.

Besonders die Ausschreitungen in Johannesburg haben unter der weißen Bevölkerung Südafrikas Beunruhigung, ja Bestürzung ausgelöst. Es gilt als nicht ausgeschlossen, daß bei fünf wichtigen Nachwahlen in der kommenden Woche die Anhänger des derzeitigen Reformkurses eine Bewährungsprobe zu bestehen haben werden.

BDI-Präsident: Arbeitsplätze sind gefährdet

dpa, Bonn

Die größeren Konzerne werden nach Ansicht des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hansjoachim Langmann, angesichts eines rot-grünen Bündnisses in Hessen mit ihren Investitionen wahrscheinlich in andere Bundesländer ausweichen. In einem Interview der „Bild"-Zeitung meinte Langmann auf die Bemerkung, daß der Chemiekonzern Hoechst eine Investitionsverlagerung erwäge: „Ein erschreckendes Alarmsignal. Die Verunsicherung der Wirtschaft durch das Chaos in Wiesbaden ist sehr groß." Er fürchte, daß kleine und mittlere Betriebe mit weiteren Investitionen vorsichtig seien und sie hinausschöben, bis die politischen Verhältnisse wieder kalkulierbar seien. Viele tausend neue Arbeitsplätze würden durch das „arbeitnehmerfeindliche Bündnis" der SPD mit den Grünen in Hessen gefährdet.

Dissens über Entschließung

DW. Bonn

Über das Schicksal der umstrittenen gemeinsamen Entschließung des Bundestages zur Deutschlandpolitik gibt es innerhalb der Bundesregierung Meinungsverschiedenheiten. Während Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble (CDU) für die geplante Resolution keinen Bedarf sieht, erklärte Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP), es müsse jede Anstrengung unternommen werden, einen gemeinsamen Grundkonsens sichtbar zu machen. Er könne dem vorliegenden Text so zustimmen. Schäuble sagte in einem Interview des Süddeutschen Rundfunks, die SPD entferne sich von den Gemeinsamkeiten der Deutschlandpolitik. Deswegen sei es die Frage, „ob wir jetzt zu einer gemeinsamen Entschließung in der Lage sind". Der Minister betonte: „Wir haben keinen Bedarf, alle vier Wochen festzustellen, das, was eben die gemeinsame Politik gewesen ist, die wir ja erfolgreich fortsetzen." Genscher dagegen meinte im Gespräch mit dem Zweiten Deutschen Fernsehen, man sollte sich bemühen, einen gemeinsamen Grundkonsens sichtbar zu machen.

Gutes Fundament

fu (London) – Seit gut zehn Tagen läßt an der Londoner Börse ein Index-Hoch das andere ab. Der Financial-Times-Index hat seit dem 25. Juli mit dem Jahrestief von 911 Punkten um knapp 140 Punkte auf den Rekordstand von 1050,9 zugelegt.

An sich wäre daran nichts sonderlich Aufregendes, denn auch an den deutschen Börsen jagen sich die Rekorde. Doch während diese Entwicklung mit der übereinstimmenden Ansicht einhergeht, daß sich die Wirtschaft in einer äußerst gesunden Phase befindet, nehmen in Großbritannien Wirtschafts-Pessimismus und Kritik an der Thatcher-Politik eher zu denn ab.

So wurde jetzt ein Bericht von einem Sonderausschuß des Oberhauses veröffentlicht, der sich sehr pessimistisch über die Aussichten der verarbeitenden Industrie äußert. Für die Autoren ist der Produktivitäts- und Technologie-Vorsprung der ausländischen Konkurrenz ohne die Bereitstellung von Sonderhilfen uneinholbar.

Doch tatsächlich nimmt die übergroße Mehrheit der Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe an einem Konjunkturaufschwung teil, der dem Land im Durchschnitt der letzten drei Jahre ein Wirtschaftswachstum von drei Prozent gebracht hat. Seit dem letzten Konjunkturtief 1981 ist die Produktion in der verarbeitenden Industrie um elf Prozent gestiegen, haben die Investitionen um knapp 40 Prozent zugenommen und sind die Gewinne um mehr als 30 Prozent geklettert. Die jüngste Hausse kommt also nicht von ungefähr.

Schlüsselrolle

Stü. – Mit der Reform des Insolvenzrechts will die Bundesregierung die Sanierung von Unternehmen erleichtern. Ins Schlingern geratene Firmen sollen in einem Reorganisationsverfahren wieder auf Kurs gebracht werden. Dabei kommt nach den Vorschlägen der Sachverständigen-Kommission dem Insolvenzverwalter eine Schlüsselrolle zu. Er hat zunächst in einem Vorverfahren auszuloten, ob das Unternehmen sanierungsfähig ist, bevor dann die Entscheidung Reorganisation oder Liquidation fällt. Seine Aufgabe ist nicht nur, den Gläubigern einen Forderungsverzicht abzuhandeln. Er muß den Reorganisationsplan ausarbeiten, in dem der Weg aus der Krise festgelegt wird. Daß es dazu mehr bedarf als guter juristischer Kenntnisse, versteht sich von selbst. Dennoch ist, wenn es um das neue Insolvenzrecht geht, von der Qualifikation des Insolvenzverwalters viel zu selten die Rede. Minister Engelhard wurde jetzt in einer Diskussion mit Zweifeln an den unternehmerischen Fähigkeiten der Konkursverwalter konfrontiert. Zitat: „Die können vor allem eines: liquidieren."

ENTWICKLUNGSHILFE / Gutachten gibt eher gute Noten für die DEG-Arbeit

„Vielfach falsche Wirtschaftspolitik in der Dritten Welt festzustellen"

HEINZ HECK, Bonn

Ungeachtet der Bonner Kritik an der Geschäftspolitik der Deutschen Entwicklungsgesellschaft (DEG) erhält das Bundesunternehmen, das mit der Privatwirtschaft seit über 20 Jahren Investitionen in der Dritten Welt tätigt, in einem Gutachten eher gute Noten. Vielmehr sei der Auftrag des Bundes an die DEG zum Teil von zu optimistischen Annahmen ausgegangen, zum Teil unrealistisch.

Die Bonner Kritik lautet im Kern, die Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern GmbH (wie die DEG mit ausführlichem Titel heißt) sei ihrem Geschäftsauftrag, Investitionen vor allem der mittelständischen Wirtschaft zu fördern, nicht im erforderlichen Umfang nachgekommen. Das vom Bonner Entwicklungsministerium (BMZ) angeregte Gutachten des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE), Berlin, greift diese Kritik direkt auf.

Der Verfasser, Wolfgang Hillebrand, nennt mehrere Gründe dafür, warum der Auftraggeber, also der Bund, Anfang der sechziger Jahre „von zu optimistischen Annahmen" ausgegangen sei:

In den letzten zehn Jahren sei es „besonders schwierig" gewesen, die deutsche mittelständische Wirtschaft für Investitionen in Entwicklungsländern zu gewinnen. „Seit Mitte der 70er Jahre sind die industriepolitischen Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern erheblichen Belastungen ausgesetzt gewesen, nicht zuletzt aufgrund des Versuchs der Entwicklungsländer, eine 'Neue Weltwirtschaftsordnung' durchzusetzen und die Industriepotentiale zwischen Nord und Süd nach planwirtschaftlichen Methoden neu zu verteilen."

Zudem hätten sich durch die zweite Ölpreissteigerung 1979, die etwa gleichzeitig einsetzende Hochzinsphase und die ab 1982 virulent werdende Verschuldungskrise die objektiven Investitionsbedingungen in den meisten Entwicklungsländern „erheblich verschlechtert". Hinzu komme „die vielfach falsche Wirtschaftspolitik" in diesen Ländern, so lange und so stark auf die Entwicklung von Großunternehmen sowie eines öffentlichen Unternehmenssektors zu setzen.

Die „klassische Form" des Engagements des Mittelstands im Ausland sei unverändert der Direktexport. Dagegen habe die Produktion vor Ort „eine insgesamt nur untergeordnete Rolle" gespielt: Von den rund 1850 deutschen Tochtergesellschaften in der Dritten Welt (Stand 1983) dürften nur wenige Hundert auf mittelständische Unternehmen mit bis zu 1000 Beschäftigen entfallen: „Direktinvestitionen in Entwicklungsländern waren und sind eine Domäne der größeren Unternehmen".

Zwar hätten viele Entwicklungsländer inzwischen erkannt, daß sie die Privatinitiative durch eine mittelstandorientierte Wirtschaftspolitik fördern müßten. Doch erwartet der Verfasser, daß sich der deutsche Mittelstand auch in Zukunft „nur sehr selektiv" als Investor dort betätigen werde. Die Bonner Vorgabe, wonach sich die DEG vor allem in Ländern und Regionen mit bisher geringer deutscher Investitionstätigkeit um Projekte bemühen soll, sei daher „unrealistisch". Die DEG sollte vielmehr in Zukunft die Länder unterstützen, „die interessiert sind, unproduktive Staatsbetriebe umzustrukturieren und in privatwirtschaftlich organisierte Trägergesellschaften umzuwandeln".

Um den Mittelstand verstärkt für Investitionen zu mobilisieren, bedürfe es „einer gezielten Ansprache" durch die DEG. Zugleich warnt das Gutachten jedoch davor, bei Beratung und Betreuung des Guten zuviel zu tun. Hillebrand sieht die Gefahr, daß sich dann Unternehmen, die nicht über Erfahrung im Auslandsgeschäft verfügen, auf Formen der internationalen Kooperation „einlassen, die sie unternehmerisch und risikomässig überfordern". Sein Fazit: „Die primäre Verantwortung für die Projektplanung muß bei den mittelständischen Unternehmen verbleiben." Die DEG sollte sich auf Fragen wie Projektfinanzierung, Vertragsgestaltung und Investitionsgenehmigung konzentrieren.

AUTOMOBILINDUSTRIE

Der Export übertrifft den Rekord des letzten Jahres

INGE ADHAM, Frankfurt

Nach der Feriendelle wieder auf „Normalniveau" sieht der Verband der Automobilindustrie (VDA) die Kraftwagenproduktion im September. Mit insgesamt 392 300 Fahrzeugen (darunter 368 000 Pkw/Kombi) wurde die Produktion des entsprechenden Vorjahresmonats um drei Prozent übertroffen. In den ersten neun Monaten zusammengenommen übersteigt die Produktion mit 3 098 800 Pkw/Kombi den Vorjahresstand um 15 Prozent, bei den Nutzfahrzeugen macht das Plus gut zwölf Prozent aus.

Das auch unter Berücksichtigung der Streiksituation des Vorjahres kräftige Produktionsplus verdankt die Branche nicht der neu erwachten Autofreude der Bundesbürger. Die Zulassungszahlen in der Bundesrepublik liegen nach den ersten neun Monaten um 2,7 Prozent unter dem Vorjahresstand. Erfolge verbuchten die deutschen Autobauer vor allem im Export, der nach den ersten drei Quartalen dieses Jahres bei den Pkw mit 1 908 100 Fahrzeugen fast ein Viertel über den Vorjahreszahlen liegt, bei den Nutzkraftwagen macht das Plus gut 17 Prozent aus (auf 128 800 Einheiten).

Im September allein waren die Autoexporte um fünf Prozent höher als im September 1984. Insgesamt verkaufte die Branche in diesem Jahr bisher rund 62 Prozent – im bisherigen Export-„Rekordjahr" 1984 waren es rund 59 Prozent – ihrer Produktion ins Ausland. Zwar sieht der Verband in seinem jüngsten Produktionsbericht eine „Abschwächung der ungewöhnlich lebhaften Exportentwicklung der zurückliegenden Monate". Aus den Automobilunternehmen ist jedoch von ungebrochen lebhaftem Auslandsgeschäft zu hören.

So rechnet VW, die in den USA mit der dortigen Golfproduktion nach wie vor Schwierigkeiten haben, gleichwohl mit einem „Rekordjahr". Gemeint ist damit vor allem das Geschäft auf den europäischen Märkten, das mit einem Plus von 27 Prozent (bis September) in diesem Jahr erstmals höhere Auslieferungszahlen als das Inland erreichen wird. Sehr zufrieden ist man bei VW auch mit dem Export in die USA, der in den ersten neun Monaten um 41 Prozent geklettert ist.

Nach wie vor positiv wird das USA- und das übrige Auslandsgeschäft auch bei den anderen deutschen Autoherstellern bewertet, deren Zuwachsraten eher Kapazitätsgrenzen bei der Produktion als durch die Nachfrage bestimmt werden. Besonders deutlich sind diese Kapazitätsprobleme derzeit bei Mercedes, die längst nicht alle Bestellungen so schnell erfüllen können, wie gewünscht. In die USA wird Mercedes bis zum Jahresende rund 85 000 Wagen geliefert haben und damit deutlich mehr als im Vorjahr, aber weniger als Konkurrent BMW, der in diesem Jahr mit den US-Zulassungen Mercedes überrunden wird.

Teure Agrar-Überschüsse

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Die EG-Agrarpolitik treibt solche Blüten, daß es jedem liberalen Handelspolitiker Angst und Bange werden muß. Wenn sich die Gemeinschaft in diesem Bereich nicht bewegt, dann dürften wichtige Entwicklungsländer kaum bereit sein, ihre Vorbehalte gegen eine neue Liberalisierungsrunde für den Welthandel aufzugeben. Dieses hat sich in der vergangenen Woche noch einmal in Genf gezeigt, als die Gruppe hoher Beamter erstmals zusammenkam, um das Vorfeld so zu bereiten, daß Ende November die Mitgliedsstaaten des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) offiziell die Vorbereitung einer solchen Handelsrunde beschließen könnten.

Deutlich wird dieses auch an Angaben, die jetzt vom Bonner Landwirtschaftsministerium veröffentlicht wurden. Danach betragen die Kosten für die Einlagerung, Lagerung, Finanzierung für die Auslagerung von einem Kilogramm Butter, das 18 Monate in den Kühlhäusern liegt, „nach den derzeitigen Sätzen" 1,39 Mark. Just zu diesem Preis erhielt die Sowjetunion die Butter vor einem Jahr. Angekauft wurde die Butter, wie man den Informationen des Landwirtschaftsministerium entnehmen kann, vor 18 Monate zu dem damaligen Interventionspreis von rund 9,10 Mark je Kilogramm. Diese können bei diesem Geschäft in den Schornstein geschrieben werden.

Und auch bei dem Rindfleisch-Kontrakt, der gegenwärtig mit der Sowjetunion abgewickelt wird, wobei Moskau für das Kilo weniger als 1,30 Mark im Durchschnitt zahlen muß, werden dadurch auch gerade die Aufwendungen gedeckt, die im Zusammenahng mit der Lagerei entstanden sind. Gekauft wurde das Kilo Rindfleisch von den staatlichen Vorratsstellen nach Angaben aus dem Landwirtschaftsministerium für acht bis neun Mark.

Hätte sich also ein Abnehmer für die Butter oder für das Rindfleisch gefunden, der die Ware von der Molkerei oder der Schlachterei gleich nach der Produktion kostenlos übernommen hätte, dann hätte dies finanziell für die Gemeinschaft keinen Unterschied gemacht. Ein solches Ergebnis muß schrecken. Allein dieses sagt doch schon einiges über die Reformbedürftigkeit der gemeinsamen Agrarpolitik aus. Würde die Butter oder das Rindfleisch innerhalb der EG verschenkt werden, so würden diese Mengen zum Teil den normalen Absatz verdrängen. Dies würde für die EG unter dem Strich teurer.

Die Ursache liegt darin, daß die Agrarmarkordnungen mit ihren staatlichen Aufkaufsverpflichtungen und dem hohen Außenschutz konzipiert wurden, als die Gemeinschaft mehr von diesen Erzeugnissen importierte als sie exportierte. Damals war dieses für die Finanzminister eine angenehme Sache, sie waren kaum gefragt. Die Last der hohen Preise, den Treibsatz für die Erzeugung, trugen die Verbraucher. Mit der Überschußproduktion sind die Kosten jedoch explodiert. Mehr als 45 Milliarden Mark bereits in diesem Jahr.

Getroffen wurden aber auch die traditionellen Liferanten der EG. Fleisch beispielsweise kommt selbst aus Südamerika heute nur noch im Rahmen schmaler Kontingente in die Gemeinschaft. Stand zunächst der Aspekt der Verdrängung vom EG-Markt im Vordergrund, so haben die Lieferanten sich inzwischen bereits resignierend damit abgefunden, daß sie hier auch in Zukunft keine Chanchen mehr haben werden, obwohl sie günstiger anbieten könnten. Ihnen geht es jetzt daran, daß die EG sie nicht auch noch von anderen Absatzmärkten verdrängt. Um welche Subventionen es dabei geht, das zeigen die Beispiele.

Selbst wenn die USA einmal Exportsubventionen zum EG-Marktordnungssystem gehörend anerkannt haben, so sind auch sie nicht bereit, sie länger hinzunehmen. Sie reagieren in ähnlicher Weise. Nutznießer des Subventionswettlaufs sind die Abnehmer, wofür die Steuerzahler kein Verständnis aufbringen.

Mildern ließe sich das Problem, wenn die Produktion auf die Höhe des Verbrauchs beschränkt wurde. Bei Milch wurde der Versuch gemacht, wobei der Dirigismus vor jedem weiteren Versuch eigentlich abschrecken müßte. Sinnvoll erscheint eine zurückhaltende Preispolitik, die sozial flankiert wird. Gerade die Industriestaaten in der EG müßten sich im Interesse ihrer Exportwirtschaft dafür einsetzen. Wenn der Protektionismus nicht eingedämmt wird, leiden sie am meisten darunter.

AUF EIN WORT



„Die Umfunktionierung der Umweltdiskussion zum politischen Glaubenskrieg und das Geschäft mit der Angst sind genau das Gegenteil von Umweltschutz."

Prof. Dr. Heinz-Gerhard Franck, Präsident des Verbands der Chemischen Industrie, Frankfurt FOTO: DIE WELT

Bau: Verschärftes Nord-Süd-Gefälle

AP, Bonn

In der Bauwirtschaft verschärft sich das Nord-Süd-Gefälle. Nach Angaben des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie hat sich der Auftragseingang zum Sommer hin verbessert. Von Januar bis Juli waren die Auftragseingänge mit 38,0 Mrd. Mark aber noch um 3,7 Prozent geringer als vor einem Jahr. Einem Minus von nur 0,7 Prozent in den süddeutschen Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland stand in den norddeutschen Ländern Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen ein Rückgang um 7,6 Prozent gegenüber.

INSOLVENZRECHT

Minister Engelhard hat mit der Reform keine große Eile

HEINZ STÜWE, Bonn

Die geplante Reform des Insolvenzrechts darf nach Ansicht von Bundesjustizminister Hans Engelhard nicht zum Ergebnis haben, daß lebensunfähige Unternehmen künstlich am Leben gehalten werden und so den Strukturwandel behindern. Es gehe vielmehr darum, einen „funktionierenden Rechtsrahmen für ein effektives Management der Insolvenz" zu schaffen, erklärte der FDP-Politiker auf einer Tagung des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft in Bonn.

Daß heute in fast 80 Prozent der Fälle ein Konkursverfahren mangels Masse nicht eröffnet werden könne und das Vergleichsverfahren bedeutungslos geworden sei, führt Engelhard vor allem auf die gesunkene Eigenkapitalquote der Unternehmen zurück. Über das Wie der Reform und die Empfehlungen der Kommission für Insolvenzrecht hat sich die Bundesregierung nach Engelhards Worten noch keine Meinung gebildet. Einen eigenen Entwurf werde sie erst nach ausführlicher Anhörung aller interessierten Organisationen vorlegen. Die Umsetzung in dieser Legislaturperiode sei nie vorgesehen gewesen.

Mit Blick auf die harte Kritik aus der Wirtschaft räumte Engelhard ein, daß man über die von der Kommission vorgeschlagenen Einschränkungen der Mobiliarsicherheiten wie Eigentumsvorbehalt, Sicherungsübereignung und Sicherungszession geteilter Auffassung sein könne. Eingriffe in die Gläubigerrechte hält Engelhard jedoch für unumgänglich: „Ohne eine Einpassung der Mobiliarsicherheiten in das Verfahren, ohne einen Abbau der Vorrechte und ohne eine Eingrenzung des Sozialplans wäre eine Insolvenzrechtsreform von vornherein zum Scheitern verurteilt."

US-AKTIENMÄRKTE

Dow-Jones-Index erreicht einen neuen Höchststand

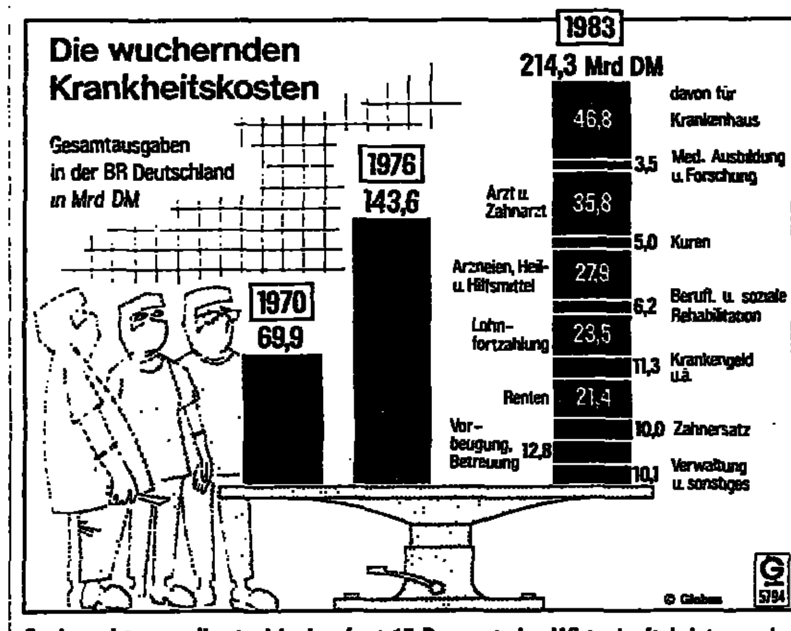
AP/VWD, Frankfurt

In der letzten Woche stand das Geschehen an den meisten internationalen Aktienmärkten im Zeichen steigender Kurse. Das galt vor allem auch für die Wall Street, wo gute Konjunkturdaten und als befriedigend empfundene Quartalsergebnisse zu teils überraschenden Kursbefestigungen führten. Der Dow-Jones-Index für 30 Industrietitel überschritt seine am 19. Juli erzielte Rekordhöhe von 1.359,54 Punkten und schloß im Wochenverlauf um 28,9 Punkte höher bei 1.368,84. Am Freitag allerdings hatte der Index um 0,45 Punkte nachgegeben. Zum Wochenschluß stand die Wall Street völlig unter dem Eindruck der Übernahmegerüchte von Union Carbide. Die Aktie zog um 2,625 auf 60 Dollar an.

Der allgemeine Börsenindex (NYSE) zog um 1,59 auf 108,15 Punkte an. Er blieb damit allerdings unter seinem Höchststand vom 17. Juli. Das Auseinanderklaffen des Dow-Jones-Index und des breiter gestreuten NYSE-Index wird von Börsianern als kein gutes Zeichen gewertet. Umgesetzt wurden im Tagesdurchschnitt 110,77 Mill. Stück, verglichen mit 95,83 Mill. in der Vorwoche.

Mit einer leichten Verlangsamung des Wirtschaftswachstums im vierten Quartal rechnet Henry Kaufman, der Chefvolkswirt von Salomon Brothers. Allerdings sei im kommenden Jahr eine Zunahme der wirtschaftlichen Aktivitäten zu erwarten. Für die nahe Zukunft prophezeit der Zinspapst der Wall Street nur geringfügige Zinsveränderungen. Im Zuge der Konjunkturbelebung 1986 sei vor allem bei den kurzen Fristen ein Anstieg der Zinsen wahrscheinlich.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Jede achte verdiente Mark – fast 13 Prozent der Wirtschaftsleistung der Bundesrepublik – wird heute durch Krankheiten, Unfälle und deren Folgekosten verschlungen. Für das Jahr 1983 kam dabei nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes die gewaltige Summe von 214,3 Milliarden Mark heraus; 1970 waren es erst 69,9 Milliarden. QUELLE: GLOBUS

Subventionsvorwurf zurückgewiesen

Madrid (AP) – Der Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors, hat die von US-Präsident Ronald Reagan gegen die Gemeinschaft erhobenen Vorwürfe zurückgewiesen, sie subventioniere auf unlautere Weise ihre Weizenexporte. Delors, der sich zu einem Besuch in Spanien aufhielt, sagte: „Wir haben nicht die Absicht, uns Strafpredigten anderer Großmächte anzuhören, die selbst kein Hehl daraus machen, daß sie ihre eigenen Exporte subventionieren." Es komme nicht in Frage, daß die EG sich dem Druck anderer Staaten beuge und sich der Möglichkeiten begebe, eine Agrarmacht mit Exportkapazitäten zu sein, sagte der EG-Kommissions-Präsident.

Londoner Kassapreise

	18.10.	11.10.
Kupfer(£/t)	974,5	976,5
Blei(£/t)	276,5	283
Zink(£/t)	446,5	449
Zinn(£/t)	8537,5	8807,5
Gold($/Unze)	326,25	326
Silber(p/Unze)	431,75	440,5
Kakao[1](£/t)	1751,5	1774,5
Kaffee[2](£/t)	1709	1657,5
Zucker(£/t)	126,5	128
Kautschuk(p/kg)	58	59
Wolle(p/kg)	415	422
Baumwolle[3](cts/lb)	–	48,75

[1])Abladung März; [2])Abladung Januar; [3])A-Index-Preis Liverpool

Tilgung wird gestreckt

Paris (dpa/VWD) – Marokko wird ein Abkommen mit seinen westlichen Gläubigerbanken unterzeichnen, mit dem die Schuldentilgung in Höhe von 1,5 Mrd. Dollar auf sieben Jahre gestreckt wird. Es handelt sich um noch unbezahlte Raten aus den Jahren 1983 und 1984. Für die 1985 und 1986 fälligen Zinsen und Tilgungen wird, wie am Samstag in Paris aus Bankkreisen bekannt wurde, mit einer Regelung erst für Anfang nächsten Jahres gerechnet.

Anti-Dumping-Zoll bleibt

Luxemburg (dpa/VWD) – Die Einfuhren von elektronischen Schreibmaschinen aus Japan in die EG werden weiterhin mit einem Anti-Dumping-Zoll belegt. Der Europäische Gerichtshof (EGH) in Luxemburg wies einen Antrag mehrerer japanischer Hersteller auf Aussetzung des Zolls zurück. Der EGH folgte nicht den japanischen Argumenten, daß mit dem Sonderzoll ein schwerer und irreparabler Schaden entstehe. Im übrigen müßten auch die Interessen der europäischen Hersteller in Betracht gezogen werden. Bei Aussetzung der Anti-Dumping-Zölle bestehe die Gefahr eines Untergangs von Teilen der europäischen Industrie, heißt es in der Begründung (Az.: RS 260/85 R).

Beteiligung an Kanaltunnel

London (fu) – Der vor einem Jahr privatisierte Fernmeldekonzern British Telecom wird sich an dem britisch-französischen Kanaltunnel-Konsortium „Euroroute" beteiligen. Wie es in der Londoner City heißt, dürfte die Beteiligung anfangs bei zehn Prozent liegen. „Euroroute" schlägt eine Brücken-Tunnel-Kombination für Schiene und Straße zwischen Dover und Calais vor. Die Projektkosten werden auf 4,7 Mrd. Pfund (17,7 Mrd. DM) veranschlagt.

Markt im Umbruch

Hamburg (dpa/VWD) – Der Immobilienmarkt in der Bundesrepublik, insbesondere der Wohnungsmarkt, befindet sich derzeit in seiner vermutlich wichtigsten Umbruchsphase. Mittelfristig werden jährlich nur noch 300 000 neue Wohnungen gebaut werden, statt – wie bisher – 400 000. Dies folgert das Münchner Institut für Regional- und Wirtschaftsforschung aus einer Untersuchung über die Entwicklung des Immobilienmarktes in der zweiten Hälfte der 80er Jahre. Das Institut beziffert den künftigen Markt für Wohnimmobilien auf 80 000 bis 100 000 Mietwohnungen, 50 000 bis 70 000 Eigentumswohnungen und 120 000 bis 150 000 Eigenheime. Hinzu kämen noch 150 000 bis 200 000 Erwerbsvorgänge im Altbau.

Wochenausweis

	15.10.	7.10.	15.9.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	63,6	64,6	64,6
Kredite an Banken	100,2	95,6	99,9
Wertpapiere	4,0	3,3	3,4
Bargeldumlauf	108,7	110,6	109,7
Einl. v. Banken	54,5	48,5	52,7
Einlagen v. öffentl. Haushalten	4,8	2,5	5,3

HAUSHALT 1986

Für die Grundlagenforschung steigen die Ansätze kräftig

HEINZ HECK, Bonn

Der Bonner Forschungsetat 1986 liegt mit 7,45 Milliarden um 253 Millionen Mark oder 3,6 Prozent über dem Ansatz 1985. Dies erscheint dem zuständigen Berichterstatter der CDU im Haushaltsausschuß, Dietrich Austermann, nicht zuletzt deshalb bemerkenswert, weil die Ausgaben für Reaktorentwicklung gegenüber 1985 um 345 Millionen Mark zurückgehen.

Der Haushaltsausschuß hat in seinen Beratungen der letzten Woche, so Austermann, auf Intiative der Koalition von Union und FDP Umschichtungen in der Größenordnung vom 50 Millionen Mark vorgenommen, „die sich im wesentlichen zugunsten der norddeuschen Länder auswirken".

Der Etat des Forschungsministers (BMFT) finanziere etwa 70 Prozent der zivilen Forschungsausgaben des Bundes und rund 13 Prozent der deutschen Forschungsausgaben insgesamt. Mit den Entscheidungen der letzten Jahre, unter anderem auf den Gebieten der Umwelt, Informationstechnik, Materialforschung und Biologie, seien neue Schwerpunkte gesetzt worden.

Die große Bedeutung, die Bonn der Grundlagenforschung beimesse, komme nicht zuletzt in dem gegenüber 1982 gestiegenen Anteil von 27,4 auf 36 Prozent zum Ausdruck. Für staatliche Langzeitprogramme seien im nächsten Jahr 1,3 Milliarden Mark vorgesehen, davon allein 967 Millionen für Weltraumforschung- und -technik. Der Anteil der nuklearen Energieforschung gehe gebenüber 1985 von 21,8 auf 16,8 Prozent zurück. Austermann kritisiert die immer noch hohen Ausgaben an die deutschen Großunternehmen.

LUDWIG-ERHARD-STIFTUNG / Symposium „Jugend und Soziale Marktwirtschaft"

Politik vermittelt zu wenig Leitbilder

SABINE SCHUCHART, Bonn

Negative Einstellungen Heranwachsender zum System der sozialen Marktwirtschaft, die sich nicht von vornherein als „Schnellzug zur heilen Welt" anpreise, können auch als Ergebnis eines „Marketingmangels auf dem politischen Markt" interpretiert werden, meinte Prof. Dietmar Krafft von der Universität Münster auf einem Symposium der Ludwig-Erhard-Stiftung zum Thema „Jugend und Soziale Marktwirtschaft".

Wie beurteilt die Jugend in der Bundesrepublik ihre Lage und ihr Verhältnis zu Wirtschaft und Sozialordnung? Welche Entfaltungsmöglichkeiten bieten sich für sie in Wirtschaft und Gesellschaft? Antworten auf diese Fragen sollte das Symposium in Bonn geben.

Hartmut Hentschel vom Institut für Demoskopie Allensbach verwies in seinem Einführungsreferat auf die in dieser Altersgruppe verstärkt vorhandene Unkenntnis wirtschaftspolitischer Schlüsselbegriffe. Dieses Nichtwissen sei um so problematischer, je mehr es sich auch in die Kernbereiche des gesellschaftlichen Lebens verlängere, erklärte Hentschel. Zentrale Personengruppen und Institutionen dieser Wirtschaftsordnung würden mehr als früher generell abgelehnt, wie die unter Jugendlichen sehr häufig anzutreffende Charakterisierung des Unternehmers als „rücksichtsloser Ausbeuter" zeige.

Diese Haltung sei jedoch nicht mit einer „übertriebenen systemkritischen" Einstellung der Jugendlichen zu verwechseln, warnte Hentschel. Problem sei vielmehr das zunehmende Desinteresse junger Menschen an wirtschaftspolitischen Zusammenhängen, das die Gefahr der Orientierungslosigkeit und einer rein emotionalen Hinwendung zu anderen Wirtschaftssystemen berge.

Eine wesentliche Ursache dieser Entwicklung, so klang in fast allen Vorträgen an, sei in der unzulänglichen Verdeutlichung wirtschaftlicher Abläufe gegenüber den Heranwachsenden und dem Fehlen von Orientierungshilfen und Leitbildern zu sehen. So vertrat Prof. Krafft die Auffassung, daß die Bildungspolitik der vergangenen Jahre zu einer völlig unzureichenden und von sozial-romantischen Utopien überlagerten Ausbildung von Schülern wie Lehrern im wirtschaftlichen Bereich geführt habe.

Daß Freiräume und Chancen marktwirtschaftlicher Ordnung für den Jugendlichen gleichzeitig auch praktisch erfahrbar sein müßten, darauf verwies Christoph Bülow (Universität Hamburg). Denn wo heute bürokratische Verteilungsmechanismen wie der Numerus clausus an die Stelle des Wettbewerbs treten, verändere sich auch die Erfahrungswelt der Jugendlichen.

GRIECHENLAND

Lohnstopp für zwei Jahre

E. ANTONAROS, Athen

Die Maßnahmen der sozialistischen Regierung Athens zur Sanierung der desolaten Wirtschaftslage kommen Schlag auf Schlag: Mit einem Sonderdekret, das bereits am Wochenende im Staatsanzeiger veröffentlicht wurde, verfügte das Kabinett Papandreou einen generellen Lohn- und Gehaltsstopp, der bis Ende 1987 in Kraft bleiben wird.

Das Dekret verbietet ausdrücklich die Gewährung von Gehaltserhöhungen in der Privatwirtschaft und dem Staatssektor, die über den bereits vorletzte Woche stark reduzierten und nunmehr von der Regierung reglementierten Inflationsausgleich hinausgehen. Weil in ihrer neuen Form die Lohnindexierung die jährliche Teuerungsrate (Prognose für 1985: mindestens 19 Prozent) nicht mehr ausgleicht, werden die griechischen Arbeitnehmer in den nächsten Jahren mit gewaltigen Kaufkrafteinbußen leben müssen.

Verstöße gegen diese Regelung werden mit drakonischen Geldstrafen geahndet. Firmen, die das Verbot ignorieren und ihren Angestellten Sonderzuwendungen gewähren sollten, können mit bis zu fünf Prozent ihrer jährlichen Bruttogewinne bestraft werden.

Während die Athener Wirtschaftsplaner mit dem ersten Teil ihres Sparpakets (Abwertung, Importrestriktionen) in erster Linie die Verringerung des Leistungsbilanzdefizits im Visier hatten, zielt die äußerst restriktive Einkommenspolitik auf eine Bekämpfung der immer spürbarer werdenden inflationären Tendenzen.

Papandreous Gehaltsstopp wurde am Vorabend des Beginns einer für Griechenland ungewöhnlichen Streikwelle verkündet. Zweifellos wollen die Athener Sozialisten ihre Entschlossenheit demonstrieren, hart zu bleiben und dem öffentlichen Druck unter keinen Umständen nachzugeben. Aber auch die Gewerkschaftsführer, von denen zahlreiche der regierenden Pasok-Partei angehören, sind unnachgiebig. Sie spüren bereits den Druck ihrer Mitglieder.

Vor diesem Hintergrund beginnt heute die erste Streikwelle, die wichtige Wirtschaftsbereiche tagelang lahmlegen wird. Taxi- und Busfahrer, Fluglotsen und Piloten, Bauarbeiter und Verkäufer, Büro- und Bankangestellte, Apotheker und Metzger wollen ihre Arbeit niederlegen. (SAD)

ITALIEN / Regierungskrise gefährdet die Haushaltssanierung – Finanzgesetz sollte am 1. Januar in Kraft treten

Die Mailänder Börse reagiert mit Kurseinbruch

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die jüngste italienische Regierungskrise beschwört die Gefahr herauf, daß der von der Regierung Craxi fristgerecht am 30. September dem Parlament vorgelegte Entwurf zu dem Finanzgesetz 1986 nicht rechtzeitig verabschiedet wird, um am 1. Januar in Kraft treten zu können. Damit drohen die Bemühungen um die Stabilisierung des Haushalts zumindest verzögert zu werden. Das Finanzgesetz stellt einen Kompromiß dar zwischen den auf stärkeres Wachstum *gerichteten Vorstellungen, insbesondere* der Sozialisten und den ausgesprochen stabilitätsorientierten der Republikaner. Unter anderem sieht das Gesetz vor, daß das Staatsdefizit, das in diesem Jahr 15,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreichen wird, im kommenden Jahr auf 14,8 Prozent zurückgeht. Damit hoffte die Regierung Craxi die Inflationsrate von beinahe neun Prozent im laufenden auf sechs Prozent im nächsten Jahr senken zu können.

Zieht sich die Regierungskrise über Wochen hin, besteht die Gefahr, daß die geplanten haushaltspolitischen Maßnahmen ihre Wirkung später entfalten, als ursprünglich vorgesehen. Das betrifft unter anderem auch die beabsichtigte Reform der Einkommenbesteuerung, mit der die Progressionskurve neu gestaltet werden sollte. Ebenfalls in Frage gestellt ist die Neuordnung des Rentenwesens und des staatlichen Gesundheitsdienstes, zwei der grundlegenden Reformen, die auf der Ausgabenseite dem Staatshaushalt Entlastung bringen sollen.

In Zeitdruck könnte jetzt auch die Lesung des Reformgesetzes geraten, mit dem die wirtschaftliche Förderung der süditalienischen Entwicklungsregionen neu geregelt werden soll. Das entsprechende Gesetz liegt schon lange vor dem Parlament. Auf eine baldige Verabschiedung wartet vor allem die Privatindustrie, die ohne Fördermittel des Staates in Südita*lien nicht zu* investieren bereit ist.

Auf die lange Bank geschoben zu werden droht jetzt auch wieder die Abkühlung der Lohn- und Lohnkostendynamik, mit der die Regierung Craxi den Sozialpartnern in der privaten Wirtschaft ein Beispiel geben wollte. Das bezieht sich vor allem auf den Gesetzentwurf, mit dem in der öffentlichen Verwaltung die automatische Anpassung von Löhnen und Gehältern an die vorangegangenen Preiserhöhungen, die sogenannte gleitende Lohnskala, von jetzt quartalsweise auf nur noch halbjährliche Bewegungen umgestellt werden soll. Kommt es in dieser Hinsicht zu Verzögerungen, könnten auch die Verhandlungen über die Reform der Lohn- und Lohnkostenstruktur leiden, die vor wenigen Tagen zwischen den Sozialpartnern in der privaten Industrie begonnen haben.

Daß die Wirtschaft in diesem Augenblick nichts weniger brauchte als eine neue Regierungskrise, beweist sehr deutlich die negative Reaktion der Börse. In diesem Fall kommt die Krise besonders ungelegen, weil sie den schon mit den vorausgegangenen Geschehnissen im Ausland entstandenen Eindruck Italiens als eines unsicheren Kantonisten noch weiter verstärken könnte.

Das könnte sich als fatal herausstellen, vor allem im Hinblick auf die US-Investoren, die den italienischen Kapitalmarkt eben erst „entdeckt" haben und von deren Einsatz Mailänder Börsenexperten in den kommenden Monaten eine Fortsetzung des Aktienbooms erwartet hatten. Diese Zusammenhänge vor Augen, kann jetzt nur gehofft werden, daß die fünf Koalitionsparteien, die die jüngste Mittelmeerkrise so ungeschickt gemanagt haben, in der neuesten innenpolitischen Krise mehr Verantwortungsbewußtsein gegenüber den Außenbindungen Italiens zeigen. Das betrifft hier vor allem die außenwirtschaftlichen Beziehungen, allen voran die zu den anderen Partnern der Europäischen Gemeinschaft. Jedes Versäumnis, jede Verzögerung in der Stabilisierungspolitik, die so mühselig in dem Finanzgesetz ihren Niederschlag gefunden hat, setzt die wirtschaftspolitische Harmonisierung mit den Partnern aufs Spiel und stellt den Abbau der Inflation in Frage, mit der Italien den anderen Gemeinschaftsländern nach wie vor vorauseilt.

BRASILIEN / Wirtschaft auf dem Weg der Besserung – Außenhandelsüberschuß von 13 Milliarden Dollar möglich

Harte IWF-Auflagen behindern Umschuldung

KAREN SÖHLER, Bonn

Brasilien – so groß wie Europa – hat keine schlechten Aussichten, wirtschaftlich wieder auf den grünen Zweig zu kommen. Die wirtschaftliche Struktur hat sich verbessert. Brasiliens Ausfuhr hängt längst nicht mehr nur vom Kaffee ab. Die braunen Bohnen sind nur noch mit zehn Prozent am Export beteiligt. Leichten Optimismus begründen zudem diese Zahlen: Der Export übertraf den Import im ersten Halbjahr um 5,5 Mrd. Dollar; damit könnte der Außenhandelsüberschuß des vergangenen Jahres – *13 Mrd. Dollar* – beinahe wieder erreicht werden. Das Bruttosozialprodukt wird voraussichtlich um vier Prozent wachsen; 1984 waren es 4,5 Prozent. Die durchschnittliche Inflationsrate auf Jahresbasis verharrt bei 210 Prozent.

Belastet wird die Konjunktur von einem Loch in der Staatskasse, das rund 20 Mrd. Dollar ausmacht. Um es zu stopfen, bemüht sich der noch neue Staatspräsident José Sarney, die Staatsausgaben einzuschränken. Doch das wirkt sich negativ auf die Wirtschaftstätigkeit aus.

Ein weiterer Hemmschuh sind die Auslandsverbindlichkeiten von 108 Mrd. Dollar. Die Umschuldungsverhandlungen stocken seit Monaten. Denn bislang hat Brasilien sich geweigert, die Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) hinzunehmen. Sie seien zu hart und unrealistisch, argumentierte die Regierung. Viele Gläubiger räumten ein, daß ein Abkommen, das nicht eingehalten werden kann, keinem nützt. Andererseits lehnen die internationalen Banken es ab, ohne die Überwachung des Fonds umzuschulden. Sie sehen die Gefahr, daß die Wirtschaftspolitik ohne ein wachsames Auge Straffheit verliert. Inzwischen hat die Regierung in Brasilia dem IWF einen Plan nach eigenen Vorstellungen vorgelegt. Akzeptiert der Fonds nicht, werden die Verhandlungen mit den rund 850 Gläubigern auch in Zukunft keine Fortschritte machen.

Das wäre allerdings nicht in Brasiliens Interesse, weil die schwebenden Verhandlungen Unsicherheit verbreiten. Solche Stimmung wirkt sich auf den Handel ebenso wie auf die Investitionsbereitschaft der Ausländer aus. Wenn die Deutsch-Brasilianische Gesellschaft diese Woche in Bonn ihr 25jähriges Bestehen feiert, mit zahlreichen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Veranstaltungen, ist dies auch eine willkommene Public Relations für das Land am Amazonas.

Die Bundesrepublik unterhält zwar seit über 150 Jahren gute wirtschaftliche Beziehungen zu Brasilien: 1827 schloß Hamburg einen Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Pedro I. von Brasilien. 1869 dampften die ersten Schiffe auf Südamerika-Kurs. 1871 wurde die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft gegründet. 1984 lag Brasilien mit über sieben Milliarden Mark deutscher Direktinvestitionen von etwa 450 Unternehmen in Lateinamerika an der Spitze. Dennoch darf nicht übersehen werden, daß die Investitionen in den vergangenen beiden Jahren zurückgegangen sind.

Auch der Handel hat Intensität verloren. Die Brasilianer konnten ihre Ausfuhren in die Bundesrepublik von 1,6 Mrd. Dollar 1980 auf 1,95 Mrd. Dollar im vergangenen Jahr erhöhen. Neben den traditionellen Produkten wie Kaffee und Tabak setzen sie zunehmend Baumwollkleidung, Lederwaren, Konserven mit Obst, Südfrüchten und Säfte oder sogar Werkzeuge auf dem deutschen Markt ab.

Die deutsche Ausfuhr nach Brasilien ist hingegen geschrumpft. 1980 machte sie noch 1,5 Mrd. Dollar aus; im vergangenen Jahr nur noch 932 Mill. Dollar. Für diese Entwicklung gibt es vor allem zwei Gründe: Die Importe wurden allgemein gedrosselt, um die Deviseneinnahmen zu erhöhen. Denn der Schuldendienst muß in ausländischer Währung bedient werden. Außerdem werden weniger Exportkreditversicherungen an die Schuldnerländer vergeben.

EISENBAHN-SCHNELLVERKEHR / TGV bewährt sich

Neue internationale Strecken

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Mitte 1983 von den Verkehrsministern der Bundesrepublik, Frankreichs und Belgiens zur Prüfung einer neuen Eisenbahnschnellverkehrsverbindung zwischen Paris, Brüssel und Köln eingesetzte Expertengruppe soll noch vor Ende dieses Jahres ihren abschließenden Bericht vorlegen. In Paris erwartet man, daß sie sich für den französischen Hochgeschwindigkeitszug TGV ausspricht. Denn dieser sei technisch ausgereift, rentabel und auch auf normalen Schienenwegen einsetzbar.

Tatsächlich verkehrt der TGV seit vier Jahren täglich inzwischen mit 109 Zügen und 45 000 Passagieren zwischen Paris und Südostfrankreich, wobei er die weitgehend für eine Höchstgeschwindigkeit von 270 Stundenkilometern eingerichtete Strecke bis Lyon (425 Kilometer) in exakt zwei Stunden zurücklegt. Die Rentabilität des „TGV Sud-Ouest" wird von den französischen Staatsbahnen (SNCF) auf 15 Prozent beziffert.

Für die neue Atlantikstrecke soll sie noch höher liegen. Der „TGV Atlantique" wird 300 Stundenkilometer schnell sein und kann pro Zug 30 Prozent mehr Passagiere befördern. Mit dem Bau der Strecke wurde im Februar begonnen. In fünf Jahren etwa wäre dann Bordeaux von Paris in drei Stunden zu erreichen.

Der von der SNCF projektierte „TGV-Nord" wäre nicht ganz so schnell, weil seine Trasse durch stark besiedeltes Gebiet führt. Gleichwohl soll er die 450 Kilometer lange Strecke Paris–Köln mit Zwischenaufenthalt in Brüssel in zweieinhalb Stunden bewältigen. Eine Abzweigung von Brüssel nach Amsterdam ist vorgesehen.

Außerdem plant die SNCF eine vom TGV-Nord abzweigende Verbindung nach London, die durch den neuen Ärmelkanaltunnel führt – wenn dieser gebaut werden sollte. Darüber wollen die französische und britische Regierung Ende Januar entscheiden. Die Strecke Paris–London könnte in dreieinviertel Stunden zurückgelegt werden und von Köln aus käme man in knapp vier Stunden in die britische Hauptstadt.

Über die Baukosten der beiden Projekte liegen noch keine näheren Angaben vor. Für die Strecke Paris–Lyon, die praktisch brücken- und tunnelfrei ist, waren es nur 20 Millionen Franc je Kilometer (der TGV überwindet Steigungen bis zu dreieinhalb Prozent im Vergleich zu 0,3 Prozent bei normalen Zügen).

RENTENMARKT / Hohe Emissionskurse belasten

Im Verlauf freundlicher

Der Ende September in Gang gekommene Wiederanstieg der Kapitalmarktzinsen (um rund 3/8 Prozentpunkte) ist zwar Mitte voriger Woche von einem leichten Rückgang abgelöst worden. Dennoch sind die Renditen im sieben- bis zehnjährigen Laufzeitenbereich um rund 0,05 Prozentpunkte höher als vor einer Woche, was bei Titeln mit siebenprozentigen Kupons Kursverlusten bis zu etwa 35 Pfennig entspricht. Der Markt ist zu sehr verstopft mit Anleihen, die zu überhöhten Kursen emittiert werden. Die Niedersachsen-Anleihe in der letzten Woche war ein weiteres Beispiel für eine falsche Emissionspolitik. (cd.)

Emissionen	18.10. 85	11.10. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,07	6,02	6,58	7,88	7,46
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,40	6,27	6,73	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	6,17	6,18	6,56	7,83	7,81
Schuldverschreibungen der Industrie	6,36	6,40	6,94	8,39	8,34
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	6,24	6,11	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,85	5,75	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,90	6,80	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	6,22	6,12	6,64	7,89	7,63
DM-Auslandsanleihen	6,84	6,82	7,20	8,08	8,45

ERDÖLBEVORRATUNGSVERBAND

Kaum Mengen-Änderungen

JAN BRECH, Hamburg

In der gesetzlich geregelten Vorratshaltung von Mineralölprodukten und Rohöl für den Krisenfall wird es in diesem Jahr kaum Mengenveränderungen geben. Nach Angaben des Hamburger Erdölbevorratungsverbands, der 1978 als öffentlich-rechtliche Körperschaft gegründet worden ist, entsprechen die EBV-Bestände in den Erzeugnisgruppen 1 (Benzine) und 2 (leichtes Heizöl und Dieselkraftstoff) weitgehend der Vorratspflicht von 65 Tagen, während in der Gruppe 3 (schweres Heizöl) Bestände mit einer Reichweite von 77 Tagen vorhanden sind.

Diese Überbestände, die sich aus dem nochmaligen Rückgang der Herstellung und Einfuhr schweren Heizöls um *13,6* Prozent ergaben, seien nur teilweise abzubauen, erklärt der Verband, da sonst eine Verschlechterung in der regionalen Verteilung eintrete. Unter Berücksichtigung der regionalen Verteilung werde der EBV weiterhin eine Umverteilung von Vorräten der Gruppe 3 auf die Gruppen 1 und 2 anstreben.

Insgesamt hatte der EBV zu Beginn des neuen Geschäftsjahres im April 1985 rund 14,5 Mill. t Produkte und Rohöl eingelagert, davon 11,2 Mill. t eigene und 3,4 Mill. t delegierte Mengen. Bevorratungspflichtig waren 13,7 Mill. t. Rechnet man zu den 65 Tage reichenden Beständen des EBV die in den Raffinerien lagernden Bestände (25 Tage Reichweite) und die Bundesrohölreserve (30 Tage) *hinzu*, beträgt die Reichweite der in der Bundesrepublik gelagerten Vorräte 120 Tage.

Für die 180 Mitglieder des EBV sind zum Jahresanfang die Beiträge erneut um 12,5 Prozent gesenkt worden. Auf diese Weise soll der Überschuß von 154 Mill. DM abgebaut werden, der sich im Haushaltsjahr 1984/85 aus 57 Mill. DM Mehreinnahmen und 97 Mill. DM Minderausgaben ergeben hat. Erst für das Jahr 1987 erwartet der EBV wieder eine Anhebung der Beiträge. Für den Verbraucher sind die Vorratskosten nur in geringem Maße spürbar. Sie dürften einen halben Pfennig pro Liter Benzin ausmachen.

BÜRO- UND INFORMATIONSTECHNIK / Abschwächung des US-Marktes ohne Auswirkung in der Bundesrepublik

Grenzen des Wachstums noch nicht abzusehen

DANKWARD SEITZ, München

Wohl keine Branche der deutschen Wirtschaft kann, wenn es ihr weiterhin gelingt, mit der technischen Entwicklung Schritt zu halten, so optimistisch und sorgenfrei der Zukunft entgegensehen wie die Büro- und Informationstechnik. Die von Jahr zu Jahr steigenden Anwendungsmöglichkeiten erschließen eine solche *Fülle neuer Märkte*, daß derzeit Marktsättigungen oder gar Grenzen des Wachstums nicht annähernd abzusehen sind.

Die um sich greifende Erkenntnis in der Wirtschaft, daß ein Unternehmen – gleich welcher Größenordnung – ohne moderne informationstechnische Ausstattung zunehmend ins Hintertreffen gerät und Wettberwerbseinbußen hinnehmen muß, ist nach Ansicht des neuen Vorstandsvorsitzenden der Fachgemeinschaft Büro- und Informationstechnik im VDMA, Horst Nasko, in erster Linie die Ursache für das anhaltende Wachstum. Ebenso erkläre sich daraus auch die relative Konjunkturunabhängigkeit dieser Branche, die inzwischen zu den wachstumsstärksten der gesamten deutschen Wirtschaft gehöre.

In der Tat, für 1984 weist die amtliche Statistik eine „hervorragende" Branchenkonjunktur, so Nasko, aus mit Wachstumsraten, die „nahtlos an die vergangenen Jahre anschließen". So verzeichnete die deutsche Büro- und Informationstechnik 1984 eine Produktionssteigerung um 25,7 Prozent *auf 15,2 Milliarden Mark*. Davon entfielen auf Datenverarbeitungsgeräte 13,3 Milliarden (plus 29,6 Prozent) und Büromaschinen rund 1,9 Milliarden Mark (plus 3,7 Prozent). Exportiert wurden Geräte im Wert von 11,2 Milliarden Mark (plus 20 Prozent) bei Importen von 13,6 Milliarden (plus 27,9 Prozent).

Fortgesetzt hat sich diese Entwicklung in den ersten sechs Monaten 1985. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum erhöhte sich die Gesamtproduktion der Branche nach Angaben von Nasko per Ende Juni um 20,4 Prozent auf 8,2 Milliarden Mark. Das ist etwa soviel, wie der Produktionswert für das gesamte Jahr ausmachte. Neben einer starken Auslandsnachfrage – die Exporte nahmen um 31 *Prozent auf 6,6 Milliarden Mark* zu – erhielt die Branche auch einen kräftigen Rückenwind vom Binnenmarkt. Denn die Inlandsmarktversorgung für büro- und informationstech*nische Geräte* und Systeme stieg im ersten Halbjahr um 25 Prozent auf 9,5 Milliarden Mark. Die Importe erhöhten sich dabei um 35 Prozent auf knapp 7,9 Milliarden Mark.

Und „auf absehbare Zeit sind keine Einflüsse zu erkennen", wie Nasko anläßlich der Mitgliederversammlung der Fachgemeinschaft in München weiter ausführte, „die diesem starken Branchenwachstum Abbruch tun könnten". Für das Gesamtjahr könne mit einer deutschen Produktion der Büro- und Informationstechnik im Wert von knapp 17 Milliarden Mark gerechnet werden. Der Software-Markt werde ein Volumen von etwa 13 Milliarden nach 10,8 Milliarden Mark (plus 29,3 Prozent) erreichen, so daß insgesamt die Schwelle von 30 Milliarden Mark überschritten *werden dürfte.*

Auch wenn der Dollar-Kurs sich auf etwas niedrigerem Niveau einpendele, werde dies „keine nennenswerten *Auswirkungen*" haben. Genausowenig müsse man befürchten, daß die Abschwächungstendenzen am US-Computermarkt auf die Bundesrepublik überschwappen. Dabei sei allerdings nicht auszuschließen, daß einzelne Unternehmen in gewissen Marktsegmenten (PC- und Home-Computer-Bereich) nicht mehr die gewohnten Zuwachsraten erzielen werden.

Insgesamt habe der Bereich DV-Geräte im ersten Halbjahr 1985 immerhin ein Produktionsplus von 20 Prozent und Exportsteigerungen von *über 32 Prozent erreicht. So meldeten* denn auch alle Mitgliedsfirmen ein „gutes bis hervorragendes Geschäft" im professionellen Computerbereich. Als „besonders bemerkenswert" bezeichnete Nasko die Entwicklung bei Büromaschinen. „Erstmals seit Jahren" hätte man hier in der Produktion wieder „kräftige" Zuwachsraten von über 24 Prozent verzeichnen können. Deutlich schlug sich dieser positive Trend in der Branche auch in der wachsenden Beschäftigtenzahl mit einem Plus von 7,5 Prozent auf über 85 800 Erwerbstätige nieder.

BANKENFUSION

Viererlösung läßt auf sich warten

nl. Stuttgart

Die Gespräche über eine Verschmelzung der großen öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute Baden-*Württembergs zu einer Landesbank* sollen am 24. Oktober fortgesetzt werden. Darauf einigten sich die Teilnehmer an der vierten Gesprächsrunde, zu der Ministerpräsident Lothar Späth am Samstag in das Stuttgarter Staatsministerium geladen hatte.

Bei der Fortsetzung der Gespräche soll es um eine konkrete Ausgestaltung der „Viererlösung" gehen. Dies bedeute jedoch keineswegs, wie aus informierten Kreisen verlautet, daß damit auf eine grundsätzliche Einigung auf dieses von Späth favorisierte Modell geschlossen werden könne. Die vier angesprochenen Institute sind die Badische Kommunale Landesbank, Mannheim, die Württembergische Kommunale Landesbank, Stuttgart, die Landeskreditbank Baden-Württemberg, Karlsruhe, und die *Landesgirokasse Stuttgart. Die* Schlußsitzung sei in Anbetracht der vielen zu lösenden Fragen für Dezember vorgesehen.

KAELBLE / Investitionen und Belegschaftsabbau

Neuer Anlauf zur Sanierung

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die seit geraumer Zeit in finanziellen Schwierigkeiten steckende Carl Kaelble GmbH und deren Tochterfirma Carl *Kaelble u. Gmeinder GmbH* & Co., Backnang, Hersteller von schweren Baumaschinen, Sondermaschinen und Getrieben, sollen miteinander verschmolzen werden. Damit einhergehen soll auch eine Verbesserung der Kapitalstruktur.

Wie Eugen Strobel, Sprecher der Mitgesellschafterin Bärbel Kaelble-Rösch, mitteilt, würden die Sanie*rungsmaßnahmen* auch „*in großem* Umfang die Belegschaftsstärke betreffen". Nähere Angaben waren hierzu nicht zu erhalten. Nach früheren Angaben beschäftigte die Firmen*gruppe über 1000 Mitarbeiter*. Der Umsatz lag in 1984 bei einer Größenordnung von mehr als 120 Mill. DM. Die Sanierungsphase soll bis Ende 1986 abgeschlossen sein.

Seit 1983 befindet sich das 27 Mill. DM betragende Stammkapital der Carl Kaelble GmbH zu 75 Prozent bei der Libyan Arab Foreign Investment Co., Tripolis, zu 13 Prozent beim jordanischen Kaufmann Suhail Khoury, Amman, und zu zwölf Prozent bei Bärbel Kaelble-Rösch.

Nunmehr solle sofort Kapital zur Verfügung gestellt werden, um die schon abgelaufenen Verbindlichkeiten einlösen zu können. Außerdem seien Rangrücktrittserklärungen für gewährte Gesellschafterdarlehen von rund 20 Mill. DM unterzeichnet worden. Ferner habe man Investitionen und *Werkskonzentrationen mit* Kosten von über 30 Mill. DM beschlossen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Neue Arbeitsplätze

Regensburg (dpa/VWD) – Die Siemens AG, München/Berlin, wird in den nächsten Jahren in Regensburg 850 neue Arbeitsplätze schaffen. Neben 350 Stellen in der zur Zeit entstehenden Fabrik für Computerbauteile soll nach Mitteilung des Unternehmens das Regensburger Gerätewerk 1986 mit einem Kostenaufwand von 35 Mill. DM erweitert werden. Langfristig werde dies einen Bedarf von zusätzlich 500 Beschäftigten bringen. Die Expansion soll dem wachsenden Bedarf an elektronischen Bauteile für Kraftfahrzeuge Rechnung tragen.

Wachstum im Ausland

Stuttgart (nl.) – Die Firmengruppe Berner, Künzelsau/Württ., die sich auf dem Gebiet der Befestigungs- und Verbindungstechnik betätigt, befindet sich nach wie vor auf Wachstumskurs. Mit ihrem breitgefächerten Programm *auf dem Sektor der* Befestigungsteile und des Werkstattbedarfs erzielte die Gruppe im Geschäftsjahr 1984/85 (31. 3.) eine Umsatzsteigerung von knapp 13 Prozent auf 250 Mill. DM. Im laufenden Geschäftsjahr wird ein Umsatz von 300 Mill. DM anvisiert. Auf das Auslandsgeschäft, das besonders kräftig wächst, entfallen rund 60 Prozent des Umsatzes. Unter den insgesamt 14 Berner-Gesellschaften sind drei produzierende. Im nächsten Jahr soll in Norwegen eine neue Tochterfirma gegründet werden. Die Firmengruppe zählt etwa 1800 Beschäftigte, davon sind knapp 900 im Außendienst.

Wollsiegel weiter begehrt

Düsseldorf (Py.) – Die Zahl der Lizenznehmer beim Wollsiegel-Verband in Düsseldorf hat einen neuen Höchststand erreicht. Wie das Internationale Wollsekretariat mitteilte, *wurden im Juni 1995 Lizenznehmer* für das Wollsiegel und 1004 für das Combi-Wollsiegel registriert. Der Lizenzvertrag ist die Voraussetzung für die Industrie, textile Produkte mit dem entsprechenden Siegel zu kennzeichnen.

Umwelttechnik

Mülheim (dpa/VWD) – Die Tochter der Kraftwerk Union AG (KWU), Mülheim, die Kiener Pyrolyse Gesellschaft für thermische Abfallverwertung mbH (KPA), hat ihren Namen geändert und zugleich den Geschäftszeck erweitert. Als KWU-Umwelttechnik GmbH wird sie künftig u.a. Anlagen für die umweltschonende Aufbereitung und Beseitigung kommunaler und industrieller Abfälle entwickeln, bauen, vertreiben und betreiben.

NAMEN

Karl Moesnang, Geschäftsführer und *Mitgesellschafter* der *Magna* Tonträger Produktions GmbH, Berlin, wird heute das 60 Jahre.

Dr. **Bernd von Armin**, zuletzt Senior Vice President der European *American Bank, New York, ist zum* Vorstandsmitglied der Deutsche Bank Berlin AG berufen worden.

Dr. **Hasso Freiherr von Falkenhausen**, Direktor mit Generalvoll*macht* der Robert Bosch *GmbH*, Stuttgart, wird zum 1. Februar 1986 in die Vermögensverwaltung der Familie Dr. Herbert Quandt, Bad Homburg, eintreten.

Gert Lorenz (55), Mitglied der Vorstände der Allgemeinen Deutschen Philips Industrie GmbH, Hamburg, und der Philips Kommunikations Industrie AG, Nürnberg, soll zum 22. April 1986 in den Vorstand der N. V. Philips Gloeilampenfabrieken, Eindhoven, berufen werden.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Cloppenburg: Theo Förtner, 4572 Essen; **Düsseldorf:** Helmut Dietrich, Hilden; ViSo Video-Sound GmbH, Ratingen; **Göppingen:** Nachl. d. Michael Krull, Grafik-Designer, Lauterstein-Weissenstein; **Göttingen:** Paul Kreuder Garten- u. Landschaftsbau GmbH & Co. KG; **Lübeck:** Germanord Geräte- u. Maschinenbau GmbH + Co. KG; **Nürnberg:** LIMO Gaststättenbeteiligungs- u. verwaltungs GmbH; **Oldenburg:** Nachl. d. Anneliese Groen geb. Süsens; **Recklinghausen:** Tinny-Mode-Vertriebs- u. Produktionsges. mbH. i. L.; **Saarbrücken:** Nachl. d. Dr. Dan Jean Tasca; **Wetzlar:** Nachl. d. Friedrich Ulm, Neuborn; **Wittlich:** Tombers GmbH, Gerolstein; **Wolfratshausen:** Luitpold Allwein, Weinhändler, Greiling.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Stade: W. Hink GmbH & Co. KG, Kutenholz.

Konkurs beantragt: Syke: Hans Christian Mattfeld GmbH & Co. KG, Weyhe-Dreye; Hans Christian Mattfeld GmbH, Weyhe-Dreye.

Vergleich beantragt: Gelsenkirchen: Paul Eichhorn GmbH & Co. KG, *Gelsenkirchen-Horst*; **Stadthagen:** Friedrich Rode Stuhlfabrik, OHG, Hülsede 1, OT Schmarrie.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Hans Otzen, Müssen wir verhungern? Die Ernährungsgrundlagen der Menschheit, Landbuch-Verlag GmbH, Hannover, 1984.

Der Autor, leitender Mitarbeiter der Centralen Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft CMA, geht auf die *Nahrungsmittelversorgung* angesichts der weltweit steigenden Bevölkerung ein. Die zentrale Voraussetzung für die Verbesserung der Ernährungssituation in den kritischen *Gebieten der Dritten Welt* ist ihre Herauslösung aus der Subsistenzwirtschaft, was seiner Meinung nach nur über eine weltwirtschaftliche Einbindung möglich ist. In den *höherentwickelten Gebieten würden* die Bemühungen der Umwelterhaltung mit steigenden Kosten vorangetrieben. In anderen Teilen der Welt müßte in der Landwirtschaft der Maßstab des Machbaren angelegt werden. Zehn Milliarden Menschen - auf diese Zahl steuert die Weltbevölkerung nach Otzen zu - sind nur zu ernähren, wenn auch die Wirtschaftsmethoden angewendet werden, die heute von den Kritikern der Industriegesellschaft immer stärker angegriffen werden.

Thomas A. H. Schöck u. Joachim S. Tanski (Hrsg.): Handbuch der Steuervorteile bei unternehmerischen Entscheidungen, Loseblattsammlung mit halbjährlichen Aktualisierungen, Verlag Moderne Industrie, Landsberg. 1985, 406 S., 128 Mark.

Die zunehmende Fortschreibung des Steuerrechts erfordert es, Unternehmern und Steuerberatern ein umfassendes und aktuelles Nachschlagewerk zur Verfügung zu stellen, das verständliche Antworten auf die Fragen nach den steuerlichen Aspekten für betriebliche Entscheidungen gibt. Die Wechselwirkungen zwischen betrieblichem Handeln und steuerlichen Auswirkungen sind bisher nicht umfassend und geschlossen dargestellt worden, diese Informationslücke soll das vorliegende Handbuch schließen.

Jürgen Leske: Das Vorgehen der Steuerfahndung und was man dagegen tun kann, Verlag Moderne Industrie, Landsberg. 1985, 201 S., 48 Mark.

Der Leser erfährt vom Autor, der als Rechtsanwalt und Fachpublizist auf dem Gebiet des Steuer- und Wirtschaftsrechts tätig ist, was die Steuer*fahndung darf, welche* Straftaten im Mittelpunkt der Ermittlungen stehen, wie man sich gegenüber der Steuerfahndung verhalten sollte, wann eine Selbstanzeige ratsam ist und welche Schutzmaßnahmen zur Verfügung stehen.

Bach/Moser: Private Krankenversicherung, MB/KK- und MB/KT- Kommentar, Beck Verlag, München. *1984, 318 S., 78 Mark*.

Obwohl die private Krankenversicherung bereits seit den 20er Jahren als Massengeschäft betrieben wird, wird mit dem vorliegenden Werk erstmals ein umfassender Praktikerkommentar zu den gängigen Problemen des privaten Krankenversicherungsrechts vorgelegt. Er umfaßt nicht nur Fragen der Erstattungspraxis, sondern auch das Verhältnis zu anderen, gleichzeitig bestehenden Versicherungsverhältnissen, Fragen des Prämienzahlungsverzugs, der Beitragsberechnung, der Obliegenheiten des Versicherers und den Kündigungsmöglichkeiten. Der Kommentar, der kurz, übersichtlich und mit zahlreichen Rechtsprechungsnachweisen die Probleme erörtert, wird zum unentbehrlichen Handbuch aller mit Fragen der privaten Krankenversicherung befaßten Stellen werden.

Robert Townsend: Organisation ist fast alles, Droemer Knaur Verlag, München. 1985, 302 S., 36 Mark.

Erfolgreiche Manager sind im allgemeinen kaum bereit, anderen Einblick in ihre Erfolgsrezepte zu geben. Townsend, der „Avis" zur zweitgrößten Leihwagenfirma der Welt aufbaute und sich als Spezialist im Sanieren konkursbedrohter Firmen bewährte, hat es mit diesem Buch getan. Sein „Nachschlagewerk des Erfolgs" ist kurz, knapp, sachlich und mit dem Humor eines Menschen geschrieben, der Geld zwar ernst, aber nicht tierisch ernst nimmt. Seine wichtigste Erkenntnis lautet: Wir sind eine Nation von Bürogehilfen geworden. Lösung Nr. 1 ist die Unterwerfung. Lösung Nr. 2 ist der gewaltlose Partisanenkrieg. Wie man diesen Krieg erfolgreich führen kann und bürokratische *Dummheit* und *Ineffizienz* besiegt, zeigt der Autor an zahlreichen Beispielen.

Wochenschlußkurse

New York

	18.10.	11.10.
Adv. Micro Dev.	24,625	24,125
Aetna Life	44,375	45,125
Alcan Aluminium	24,625	24,5
Alcoa	32,375	32,25
Allied Chemical	44,25	43,5
AMR Corp.	40,25	39
Amax	12,25	12
Am. Cyanamid	49,875	49,375
Am. Express	44	41,625
Am. Motors	2,875	3
Am. Tel. & Telegr.	20,875	21,25
Amoco Corp.	67,5	67,125
Asarco	17,375	17,875
Atlantic Richfield	64,25	62,375
Avon Products	24,5	25,25
Bally	17	16,625
Bk. of America	13,75	14,375
Bethlehem Steel	14,5	14,5
Black & Decker	19,25	18,25
Boeing	45,375	42,625
Brunswick	37,375	36,25
Burroughs	55	52,875
Caterpillar	35	36,875
Celanese	129,5	127,25
Chase Manhattan	54,5	52,625
Chrysler	38,875	38
Citicorp	45,125	43
City Investing	–	–
Clorox	44,5	41,125
Coca-Cola	71	70,25
Colgate	30,75	27
Commodore	9,75	10,125
Comwth. Edison	28,25	27,75
Cons. Satellite	32,75	33,75
Control Data	18	18,625
CPC Int.	48,25	47,5
Curtiss Wright	35	35,125
Deere	28,125	25,5
Delta Airlines	39,5	38,875
Digital Equipm.	108	104,125
Dow Chemical	35,25	35,25
Du Pont	59,125	58,5
Eastern Gas-Fuel	22,875	23
Eastman Kodak	43,375	44,625
Exxon	52,75	53
Firestone	18	18,5
Fluor	15,75	16,125
Ford	47,125	44,75
Foster Wheeler	11,125	11,375
Fruehauf	22,5	24,375
GAF Corp.	48,125	37,375
General Dynamics	67	68
General Electric	59,875	58,75
General Foods	119,625	118,875
General Motors	69,25	69,75
Gen. T. & E.	39	39
Goodrich	32	31,125
Goodyear	26,125	27,25
Grace	38,125	39,375
Halliburton	25,5	25,25
Heinz	28,5	29
Hewlett Packard	29,25	30
Homestake	34	24,75
Honeywell	60,625	60,375
IBM	127,625	125,375
Int. Tel. & Tel.	35,375	34,625
Int. Harvester	7,5	4,875
Int. Paper	46,875	45,375
Int. North. Inc.	42,75	43
Jim Walter	34,875	33,875
Litton Industries	80,875	70,75
Lockheed Corp.	45,875	44,375
Loew's Corp.	47,75	44,75
Lone Star	29,75	28,375
Louisiana Land	33,375	32,25
LTV Corp.	5,5	5,5
Mc Dermott	23	23
Mc Donnel Doug.	69,75	66,625
Merck & Co.	113,875	109,5
Merrill Lynch	27,875	28,125
Mesa Petroleum	16	15,875
MGM (Film)	24,625	24,875
Minnesota M.	78,75	74,5
Mobil Oil	30,125	29,75
Monsanto	43,625	41,75
Morgan J.P.	51,375	49,125
Nat. Semiconductor	11,375	11,125
National Steel	26,25	26,375
NCR	34,125	32
Newmont	44,625	44,5
PanAm World	8,625	7,625
Pfizer	44,5	45,875
Philbro	36,5	37,75
Philip Morris	75,25	75,125
Phillips Petroleum	12,5	12,375
Pittston	13,625	13,5
Polaroid	35,75	35,25
Prime Computer	16,375	16
Procter & Gamble	58,625	56,875
RCA	45	44,875
Revlon	56,75	55,375
Reynolds Ind.	26	25,75
Rockwell Int.	35,5	35,625
Rorer Group	42,5	41,75
Schlumberger	33,375	34
Sears, Roebuck	33,625	32,375
Singer	53	53
Sperry Corp.	46,625	47,75
Stand. Oil Calif.	38,25	38,25
Storage Techn.	1,875	2
Tandy	34,875	34,5
Teledyne	254	254,75
Telex Corp.	44,75	43,875
Tesoro	10,125	9,875
Texaco	38,125	37
Texas Instrum.	94,125	90
Tosco	3,875	3,625
Trans World Corp.	34,875	34,875
Transamerica	27,375	28,25
Travellers	42	41,625
UAL	48,75	50,5
Uccel Corp.	15,25	15
Union Carbide	60	54,875
Union Oil of Calif.	27,875	28,375
US Gypsum	39	38,25
US Steel	30,75	31,125
United Technologies	40,5	37,125
Walt Disney	90,125	88,5
Warner Comm.	34	33,25
Westinghouse E.	39,375	38,25
Weyerhaeuser	26,625	26,5
Whittaker	21,875	21,125
Woolworth	50,75	49,75
Xerox	48,25	47,25
Zenith Radio	17,375	16,75
Dow Jones Index	1368,84	1339,94
Stand. & Poors	187,04	184,28

Toronto

	18.10.	11.10.
Abitibi-Price	17,5	18
Alcan Alu.	33,375	33,375
Bk. of Montreal	30	29,25
Bk. of Nova Scotia	13,25	12,25
Bell Can. Enterprises	40,875	40,875
Bluesky Oil	3,4	3,45
Bow Valley Ind.	13,5	13,625
Brenda Mines	8,625	8,75
Brunswick M & Sm.	12,75	13,375
Can. Imperial Bk.	37,625	36
Can. Pacif. Enterpr.	27,25	26,125
Can. Pacific Ltd.	14,5	16
Cominco	13,25	13
Conwest Res.	2,7	2,75
Denison Mines	13,25	13,5
Dome Petroleum	2,55	2,47
Domtar	19	18,625
Falconbridge Ltd.	17,125	17,375
Great Lakes Forest	18	17,5
Gulf Canada	20	19,875
Gulfstream Res.	1,46	1,2
Hiram Walker Res.	30,75	30,75
Hudson Bay Mng. Sm.	4,25	4,25
Husky Oil	9	9,25
Imperial Oil -A-	50,75	50,375
Inco	14,5	16
Inter City Gas Ltd.	16	15,875
Interprov. Pipeline	42,375	42
Kerr Addison	–	15
Lac Minerals	31,75	33
Massey Ferguson	3,2	3,35
Moore Corp.	25,25	24,875
Noranda Mines	14,5	14,75
Norcen Energy Res.	14,875	15,125
Northgate Expl.	3,95	4,1
Northern Telecom.	45	43,875
Nova An Alberta 'A'	6,125	6
Nu West Group	0,39	0,4
Oakwood Petrol	8,25	8,5
Placer Development	22,25	22,5
Provigo Inc.	–	24,75
Ranger Oil	4,3	4,5
Revenue Properties	–	2,2
Rio Algom	22	22,375
Royal Bk. of Can.	30,5	29,875
Seagram	54,125	54,625
Steel Canada	22,875	22,875
Sherritt Gordon	7,625	7,75
Steinb. -A-	20	19,75
TransCan. PipeLines	24,25	24,375
Westcoast Transm.	14,5	14,625
Index TSE 300	2644,80	2618,10

Tokio

	19.10.	11.10.
Alps.	1350	1370
Bank of Tokyo	773	775
Banyu Pharma	725	684
Bridgestone Tire	550	546
Canon	1218	1140
Daikin Kogyo	642	635
Daiwa House	920	943
Daiwa Sec.	876	895
Eisai	1350	1380
Fuji Bank	1530	1540
Fuji Photo	2140	2140
Fuji Radio	1970	1950
Hitachi	785	697
Honda	1220	1160
Ikegai Iron	340	336
Isetan	747	789
Ito Yokado	3810	3980
Japan Air	5530	5160
Japan Met.	329	332
Japan Syn. Rubber	340	340
Kajima	525	543
Kansai Elec.P.	2090	2090
Kao Soap	954	959

	19.10.	12.10.
Kawasaki H	228	229
Kawasaki S	157	160
Kirin Brewery	780	758
Komatsu	545	545
Kubota Iron	390	418
Kyocera	3460	3430
Makita E.	970	987
Marui	1530	1560
Matsushita El. Ind.	1200	1220
Matsushita E. Wks.	930	970
Mitsubishi CP	630	649
Mitsubishi E.	361	381
Mitsubishi Estate	1090	1100
Mitsubishi Heavy I.	447	450
Mitsui Co. Ltd	497	464
Mitsukoshi	698	690
Mitsumi El	715	695
Nichicon	–	694
Nihon Cement	328	341
Nikko Sec.	810	830
Nippon E.	1180	1080
Nippon Kokan	150	157
Nippon Oil	747	794
Nippon St.	184	189
Nippon Yusen	355	375
Nissan Motor	602	597
Nomura Sec.	1200	1210
Olympus	1050	1050
Penta-Ocean	395	402
Pioneer	1660	1670
Renown	762	771
Ricoh	966	924
Sankyo	1070	1040
Seiyu Stores	755	724
Sekisui Pref.	914	905
Sharp	843	828
Shiseido	1320	1140
Sony	3790	3480
Sumitomo Bank	1740	1740
Taisei Corp.	373	400
Taisho Marine	600	630
Takeda Chem.	930	895
Teijin	525	649
Tokyo Elec.	1100	1070
Tokyo Gas	319	318
Tokio Marine	939	958
Tokyo El. Power	2570	2410
Toray Ind.	560	574
Toshiba Elec.	380	400
Toto	867	925
Toyo Kogyo	419	409
Toyota Motor	1110	1140
Yamaichi	764	785
Yamanouchi	3400	3170
Yamaha	670	660
Yamazaki	940	857
Index	1034,08	1057,40

FUSSBALL / Pokalsieger Bayer Uerdingen blamierte sich kräftig bei den Amateuren von Eintracht Trier

Deutscher Pokal

Bundesliga gegen Bundesliga

Spiel	Ergebnis
Kaiserslautern – 1. FC Köln	4:1 (1:1, 1:1) n.V.
Schalke 04 – Mönchengladbach	3:1 (2:1)
1. FC Nürnberg – VfB Stuttgart	0:1 (0:1)
Fortuna Düsseldorf – Bochum	1:1 (1:1, 1:1) n.V.
1. FC Saarbrücken – Bayern München	1:3 (0:2)

Im Achtelfinale: Waldhof Mannheim – Hannover 96, Bayer Leverkusen – Sieger aus Bayer Uerdingen/Eintracht Trier, VfB Stuttgart – Werder Bremen, Sieger aus VfL Bochum/Fortuna Düsseldorf – Bayern München.

Bundesliga gegen Zweite Liga

Spiel	Ergebnis
Waldhof Mannheim – VfL Osnabrück	4:1 (2:0)
Hannover 96 – Hessen Kassel	2:1 (0:0)

Im Achtelfinale: FC Homburg – Borussia Dortmund, Alemannia Aachen – Schalke 04.

Bundesliga gegen Amateure

Spiel	Ergebnis
SpVgg Plattling – Bayer Leverkusen	0:2 (0:1)
Paderborn-Neuhaus – Borussia Dortmund	2:4 (0:2)
Eintracht Trier – Bayer Uerdingen	0:0 n.V.
Wanne-Eickel – Werder Bremen	0:4 (0:2)

Im Achtelfinale: SSV Ulm 48 – 1. FC Kaiserslautern.

Zweite Liga gegen Zweite Liga

Spiel	Ergebnis
Alemannia Aachen – Duisburg	4:3 (3:3, 0:2) n.V.

Zweite Liga gegen Amateure

Spiel	Ergebnis
Borussia Neunkirchen – FC Homburg	1:3 (1:1)
FC Erbach – Blau-Weiß 90 Berlin	0:1 (0:1)

Im Achtelfinale: Sandhausen – BW Berlin.

Amateure gegen Amateure

Spiel	Ergebnis
SV Sandhausen – FC Wangen	4:1 (2:0)
SSV Ulm 46 – FC St. Pauli	5:2 (0:1)



Ist das eine Freude: Torschütze Axel Roos springt Trainer Hannes Bongartz in die Arme. Assistent Ernst Diehl und Norbert Eilenfeldt wollen auch gratulieren. FOTO: HARTUNG

● Vor dem Achtelfinale des deutschen Fußball-Pokals sind bereits sieben Bundesliga-Klubs ausgeschieden. Am meisten blamierte sich Titelverteidiger Bayer Uerdingen, der bei den Amateuren von Eintracht Trier nicht über ein 0:0 hinauskam und nun zu einem Wiederholungsspiel antreten muß. Ob Bochum oder Düsseldorf weiterkommen, ist ebenfalls noch nicht entschieden.

● Wie in der Bundesliga, so auch im Pokal: Erneut stehen zwei Platzverweise und die Leistungen der Schiedsrichter im Mittelpunkt der Diskussionen. In Kaiserslautern traf es den Kölner Paul Steiner in der 117. Minute. Wolfgang Funkel sah bei Uerdingen nach einem Foul die rote Karte. Besonders in Kaiserslautern gab es eine hektische Stimmung, angeheizt auch von einer fatalen Wette.

● Der ehemalige Nationalspieler Rolf Rüßmann loste das Achtelfinale des Pokals aus. Vier Spiele zwischen Bundesliga-Klubs sorgen dafür, daß sich die Reihen der Vertreter der obersten deutschen Spielklasse weiter lichten werden. Die Spiele finden am 12. oder 13. November statt. Die Wiederholungsspiele der zweiten Hauptrunde sollen am 29./30. Oktober ausgetragen werden.

Uerdingen auf dünnem Seil. Feldkamp: „Etwas Besseres habe ich nicht"

ULFERT SCHRÖDER, Uerdingen

Am Sonntagmorgen um elf kommt Kalli Feldkamp schon in die Kabine zurück. Training beendet. „Wer früh anfängt, hat früh Feierabend", sagt er. Er hat die Knochen seiner Leute angeschaut. Viele blaue Flecken, aber nichts kaputt. Am Mittwoch, gegen Jupp Derwalls Türken von Galatasaray Istanbul, bietet Feldkamp also im Europapokal der Pokalsieger das Beste auf, was er derzeit hat. „Was Besseres habe ich nicht", sagt er, „wenn wir da unser Ziel nicht erreichen, gibt's keine Entschuldigung mehr."

Bayer Uerdingen, der deutsche Pokalsieger, balanciert seit Wochen auf dünnem Seil. Und seit Wochen schwankt und zappelt er. Die Uerdinger kommen mit dem Leben nicht zurecht, das sie zur Zeit leben müssen. Da sind sie vom internationalen Flair umweht, düsen nach Malta und demnächst nach Istanbul. Aber im Alltag sollen sie auch ranklotzen. Sogar mehr als früher. Das kriegen sie nicht so leicht in die Köpfe.

Beispiel Trier, brave Amateure. Spielen können die nicht so gut. Aber was Härte ist, wissen sie auch. „Das war Harakiri", sagt Feldkamp, „die haben getreten, fürchterlich." Feldkamp macht Schiedsrichter Schäfer verantwortlich. „In den ersten zehn Minuten sechs Freistöße für uns. Mehrere Spieler müssen intensiv behandelt werden. Aber keine gelbe Karte. Da wußte ich, was auf uns zukommt."

Und zu Friedhelm Funkels roter Karte: „Vorher hält Herget einen Trierer fest. Die Zuschauer toben, aber nichts passiert. Dann Funkels normales Foul. Aber Schäfer zieht Rot. Er brauchte einen, den er dem Volk zum Fraß vorwerfen konnte."

Bei dieser brutalen Härte und einem Schiedsrichter wie Schäfer, meint Feldkamp, da werde der Klassenunterschied nivelliert, „da kämpfst du nur noch ums Überleben". Gut, sagt der Trainer, wenn eine Mannschaft zu solchen Mitteln greife, sei das halt ihr Stil und ihre freie Entscheidung. „Aber am Schiedsrichter ist es, für Ordnung zu sorgen."

Zufrieden ist Feldkamp dennoch. Mit dem 0:0 haben die Uerdinger ein zweites Spiel im eigenen Stadion erreicht. Und keiner ist so schwer verletzt, daß er am Mittwoch ausfiele. Bis auf Franz Raschid, der an der Ferse operiert worden ist, und Ludger van de Loo hat Feldkamp seine Top-Elf auf dem Rasen. Denn international darf Wolfgang Funkel spielen und Torwart Vollack auch. Der Stürmer Wolfgang Schäfer ist ebenfalls wieder verwendbar. „Vollack brauchen wir unbedingt. Damit in der Abwehr Ruhe ist. Und Schäfer kann gerade in einem solchen Spiel sehr torgefährlich sein", sagt Feldkamp.

Der Trainer wird mit drei Spitzen stürmen lassen. Ein 2:0 hält er „für machbar" und die Bemerkung über Uerdingen als den internationalen Neuling will er nicht hören. „Wir haben doch genug Spieler, die internationale Erfahrungen besitzen." Zwei Tore Differenz und ein Zu-Null müßten es sein, meint er, „weil wir in Istanbul auf einer Kraterlandschaft und gegen ein fanatisches Publikum spielen müssen".

Und dazu noch gegen Jupp Derwall. Natürlich macht dieser Fakt das Spiel zu einem ganz besonderen. Die Uerdinger sind die ersten, die dem ehemaligen deutschen Bundestrainer in einem bedeutenden internationalen Spiel, einem echten Wettbewerbsspiel, gegenübertreten müssen. Sie können sich blamieren, wenn Derwalls Truppe ihnen genau so hart, clever und unüberwindlich kommt wie die Trierer Amateure. Denn alles erwartet, daß sie Derwall vorführen, wie richtig und gut gespielt wird. Sonderbar, nirgendwo ist zu hören, daß Galatasaray Istanbul mit Derwall gefährlicher ist als ohne.

Diesem Eindruck muß Feldkamp entgegensteuern. „Als ich in Istanbul war", sagt er, „habe ich gesehen, welch riesigen Bonus Derwall dort hat. Und es ist ja auch nicht alles negativ gewesen, was er hier als Bundestrainer geleistet hat. Außerdem kennt er uns durch und durch. Er kann uns gut zerlegen. Da gibt es nichts, was er nicht weiß." Das seit zwei Jahren übliche Derwall-Reizklima will Feldkamp nicht als zusätzlichen Leistungsantrieb benutzen. „Er hat mir ja nie Anlaß gegeben, mit ihm Streit zu haben", sagt er. Aber verhindern kann Feldkamp die Spannung vor diesem Spiel auch nicht.

Und das sind die Verhältnisse, mit denen die Pokalsieger noch nicht umzugehen wissen. „Man wird herumgereicht, hofiert", sagt Feldkamp, „das sind die Spieler nicht gewöhnt. Gleichzeitig steigen die Ansprüche. Erfolge in der Bundesliga reichen nicht mehr. Wir sollen viele Punkte machen, und Gegner sollen wir möglichst alle deklassieren."

Beim Spiel gegen Derwall und Galatasaray Istanbul darf das freilich niemand erwarten. Von den 26 000 Plätzen im Stadion werden rund 18 000 von Türken besetzt sein. Warum die Uerdinger da nicht ein bißchen aufgepaßt haben beim Kartenverkauf? „Das wäre doch unfair", sagt Feldkamp, „wenn die Leute zur richtigen Zeit kommen und kaufen, schauen wir nicht auf den Reisepaß."

Fragende Blicke von Libero Matthias Herget, aber er bekommt nur Ratlosigkeit von Karl-Heinz Feldkamp zur Antwort. Der Trainer des deutschen Pokalsiegers verläßt mit gesenktem Kopf das Stadion in Trier. Feldkamp sagt bedrückt: „Ich stehe vor einem Rätsel." FOTO: WEREK

Die Spiele der Bundesligaklubs in der Statistik

Saarbrücken – München 1:3 (0:2)

Saarbrücken: Hallmann – Jusufi – W. Müller, Boysen – Muntubila, Foda, Blättel, Mohr, Jambo – D. Müller (46. Hönnscheidt), Seel. – **München:** Pfaff – Beierlorzer – Eder, Pflügler – Winklhofer (66. Willmer), Lerby, Dremmler, Nachtweih, Rummenigge – Hartmann, Mathy (72. Wohlfarth). – **Tore:** 0:1 Rummenigge (24.), 0:2 Nachtweih (29.), 0:3 Pflügler (54.), 1:3 Seel (85.). – **Zuschauer:** 30 000. – **Gelbe Karte:** Rummenigge.

K'lautern – Köln 4:1 (1:1, 1:1) n.V.

K'lautern: Ehrmann – Melzer – Dusek, Wolf – Moser, Geye, Eilenfeldt, Brehme, Schupp (97. Löchelt) – T. Allofs, Trunk (46. Roos). – **Köln:** Schumacher – van de Korput – Gelis, Steiner – Geilenkirchen, Prestin (104. Lehnhoff), Mennie, Littbarski, Engels – Dickel, K. Allofs. – **Tore:** 1:0 T. Allofs (4.), 1:1 Geilenkirchen (28.), 2:1 Wolf (97.), 3:1 Roos (111.), 4:1 Brehme (116.). – **Zuschauer:** 16 311. – **Gelbe Karten:** Melzer, Prestin, Mennie, Engels, K. Allofs. – **Rote Karte:** Steiner.

D'dorf – Bochum 1:1 (1:1, 1:1) n.V.

Düsseldorf: Schmadtke – Zewe – Bunte (91. Del'Haye), Weikl – Bockenfeld, Dusend (61. Thomas), Fach, Jakobs, Keim – Thiele, Holmquist. – **Bochum:** Zumdick – Lameck – Kree, Oswald – Benatelli, Tenhagen, Schulz, Woelk, Wegmann (57. Leifeld) – Fischer, Kuntz. – **Tore:** 1:0 Holmquist (2., Foulelfmeter), 1:1 Benatelli (30.). – **Zuschauer:** 8500. – **Gelbe Karten:** Keim, Leifeld, Woelk.

Nürnberg – Stuttgart 0:1 (0:1)

Nürnberg: Grüner – Lieberwirth – T. Brunner (76. H. Brunner), Wagner (65. Stenzel) – Reuter, Dorfner, Bittorf, Güttler – Geyer, Philipkowski, Eckstein. – **Stuttgart:** Roleder – Zietsch – Müller, K.-H. Förster, Nushöhr – Hartmann – Buchwald, Allgöwer, Sigurvinsson – Reichert (46. Klinsmann), Pasic (82. Fritz). – **Tor:** 0:1 Nushöhr (6.). – **Zuschauer:** 17 000. – **Gelbe Karten:** Dorfner, Müller.

Schalke – M'gladbach 3:1 (2:1)

Schalke: Junghans – Dietz – Roth, Schipper – Hartmann, Kleppinger, Jakobs, Opitz, Dierßen – Thon, Täuber. – **M'gladbach:** Sude – Bruns – Drehsen, Hannes – Krisp (46. Winkhold), Herlovsen, Rahn, Lienen (83. Herbst), Frontzeck – Mill, Criens. – **Tore:** 0:1 Rahn (8.), 1:1 Täuber (25.), 2:1 Jakobs (44.), 3:1 Kleppinger (75.). – **Zuschauer:** 30 800. – **Gelbe Karten:** Herlovsen, Drehsen, Bruns.

Hannover – Kassel 2:1 (0:0)

Hannover: Raps – Hellberg – Surmann, Vjetrovic – Giesel, Gerber, Fleer, Kuhlmey (65. Schaub), Baier – Gue, Reich. – **Kassel:** Wulf – Kahlhofen – Panierschky, Münn – Schreml, Freudenstein (81. Knauf), Aguilar, Bakalorz, Scott – Cestonaro, Hecking (77. Deuerling). – **Tore:** 0:1 Freudenstein (72.), 1:1 Schaub (78.), 2:1 Reich (90.). – **Zuschauer:** 12 000. – **Gelbe Karten:** Fleer, Schreml, Scott.

Paderborn – Dortmund 2:4 (2:0)

Dortmund: Immel – Zorc – Hupe, Kutowski – Storck (38. Simmes), Bittcher, Loose, Raducanu, Dreßel (46. Schüler) – Wegmann, Hrubesch. – **Tore:** 1:0 Sagel (12.), 2:0 Schuck (26.), 2:1 Simmes (49.), 2:2 Hupe (59.), 2:3 Wegmann (65.), 2:4 Loose (75.). – **Zuschauer:** 14 000 (ausverkauft). – **Gelbe Karten:** Schuck, Wrona, Wiltshire, Bittcher, Simmes.

Plattling – Leverkusen 0:2 (0:1)

Leverkusen: Nagel – Hörster – Reinhardt, Geschlecht – Zechel, Schreier, Götz, Drews, Patzke – Waas, Tscha. – **Tore:** 0:1 Tscha (36.), 0:2 Hörster (50.). – **Zuschauer:** 6000.

Trier – Uerdingen 0:0 n.V.

Uerdingen: Kubik – Herget – Buttgereit, W. Funkel – Dämgen, Bommer, Klinger, Feilzer, F. Funkel – Gudmundsson (84. Wöhrlin), Edvaldsson. – **Zuschauer:** 12 000. – **Gelbe Karten:** Klinger, Herget, Feilzer, F. Funkel. – **Rote Karte:** W. Funkel.

Pal Csernai spricht von Abstieg . . .

sid/dpa, Düsseldorf

Nach dem mühsamen 4:2-(0:2-)Sieg im Pokalspiel beim TuS Paderborn-Neuhaus blieb Pal Csernai, Trainer des Bundesligaklubs Borussia Dortmund, eine bittere Erkenntnis: „So viel Unvermögen ist unerträglich. Entweder verstärken wir die Mannschaft, oder wir finden uns mit dem Abstieg ab." Das Dortmunder Präsidium hatte in der Vergangenheit eine Aufstockung des Spielerkaders wegen der Schuldenlast von rund 3,5 Millionen Mark stets abgelehnt.

*

Der Spielberichtsbogen vom 2:1-Pokalsieg des Bundesligaklubs Hannover 96 über die Zweitliga-Mannschaft von Hessen Kassel weist es aus: Schiedsrichter Hans-Heinrich Barnick aus Schenefeld hat den Kasseler Verteidiger Uwe Schreml nicht zweimal verwarnt. Dies war ihm im Aktuellen Sportstudio des ZDF anhand von Filmdokumenten vorgeworfen worden. Barnick: „Das stimmt nicht. Zuerst habe ich Schreml wegen Beinstellens verwarnt, später die Nummer elf wegen einer Unsportlichkeit." Die Nummer elf trug der Engländer Terrence Scott. Beide Namen stehen im Spielbericht.

*

Bundesligaklub Fortuna Düsseldorf, der im Pokalduell gegen den VfL Bochum ein 1:1 nach Verlängerung erzielte, ist vom Deutschen Fußball-Bund (DFB) mit einer Vertragsstrafe von 35 000 Mark belegt worden. Zuvor sollte schon Borussia Dortmund wegen Verstoßes gegen DFB-Auflagen eine Buße von 130 000 Mark zahlen. Düsseldorf will Berufung einlegen.

*

Schwerarbeit hatte die Polizei beim Pokalspiel der Bundesligaklubs Schalke 04 gegen Borussia Mönchengladbach (3:1) zu leisten. 18 Personen wurden festgenommen, acht Zuschauer und ein Polizist mußten mit Verletzungen vorrübergehend ins Krankenhaus eingeliefert werden. Ein Polizeisprecher: „Für ein Spiel mit 31 000 Zuschauern normale Zahlen."



Köln: Entschuldigung nach einer überflüssigen Wette

ULRICH DOST, Kaiserslautern

Den schmächtigen Thomas Allofs packte plötzlich die Wut. Er baute sich vor dem stämmigen Holländer Michel van de Korput auf, nahm eine drohende Haltung an, als wolle er den Holländer in Stücke reißen. Zuvor hatte er schon seinem Bruder Klaus mit Worten und Gesten klargemacht, daß er mit dieser rauhen Spielweise der Kölner überhaupt nicht einverstanden sei. Stefan Engels und Reiner Geye zupften und zerrten sich an den Trikots, stießen sich die Ellenbogen in alle möglichen Körperteile, setzten Catchergriffe an, als seien alle Regeln im Fußball aufgehoben.

Vincent Mennie verwechselte oftmals den Ball mit den Beinen von Andreas Brehme, so daß immer die bange Frage blieb: Wen oder was trifft er nun diesmal? Kurz vor dem Ende versuchte Paul Steiner gegen Axel Roos nachzutreten. Er traf ihn nicht, dennoch wurde er vom Platz gestellt – Szenen eines Pokalspiels, das der 1. FC Kaiserslautern in der Verlängerung mit 4:1 gegen den 1. FC Köln gewann.

Wurden hier die Grenzen der Sportlichkeit überschritten? Für die Spieler offenbar nicht. Nachher taten alle so, als sei auf dem Betzenberg nicht das geringste passiert, was zur Besorgnis Anlaß geben könnte. „Wieso", fragte Stefan Engels, die Lippe deutlich geschwollen, „hier geht es doch immer so zu." Weil der Platz in Kaiserslautern als Hexenkessel gilt, weil dort die Schiedsrichter stets ein schweres Amt haben, bot Karl-Heinz Thielen, Schatzmeister und Vize-Präsident des 1. FC Köln, schon vor einer Woche eine Wette über 500 Mark an: „Ich wette, daß der Schiedsrichter einen Elfer gegen uns gibt oder drei gelbe Karten oder sogar Rot." Bis auf den Elfmeter behielt Thielen recht. Kassiert hat er dennoch nicht, weil von den drei Journalisten, denen er diese Wette angeboten hatte, niemand dagegenhielt.

Doch was der Kölner Schatzmeister damit angerichtet hatte, blieb nicht zu übersehen. Mit dieser Äußerung setzte er nicht nur den Schiedsrichter Heinz Werner *aus Auersmacher*, nur 60 Kilometer von Kaiserslautern entfernt, unter Druck („Das war das schwierigste Spiel meines Lebens"), sondern auch beide Mannschaften und vor allem das Publikum. Darüber ärgerte sich Jürgen Friedrich, Präsident des 1. FC Kaiserslautern, besonders: „Das war doch Massenaufwiegelung." Zunächst wollte Friedrich gar nicht glauben, daß Thielen tatsächlich diese Wette angeboten hatte: „Ich verstehe ihn nicht, wie kann er eine so unbedachte Äußerung tun?"

Den Schaden hatten die Kölner schließlich selbst. „Nun hat der Thielen doch seine Wette gewonnen", sagte Stefan Engels als erstes, nachdem er aus der Kabine gekommen war. Wenn jemand unter Druck gesetzt wurde, dann waren es die Kölner Spieler, in deren Köpfen die Wette wohl doch ständig herumspukte. Selten haben sie einen Gegner so aggressiv bekämpft wie in Kaiserslautern. Selbst ein so bedachter Spieler wie Klaus Allofs bildete keine Ausnahme. Auch er ließ mal ein Bein stehen und legte sich mit dem Schiedsrichter an. Stefan Engels: „Ein wirklich schlimmes Foul war doch nicht dabei."

Der Hektik hätte auch Schiedsrichter Werner Rechnung tragen können, nicht müssen, als er zwei Minuten vor dem Ende den Kölner Vorstopper Paul Steiner vom Platz stellte. Werner: „Was sollte ich machen? Wir haben unsere Regeln, sonst verlieren wir unser Gesicht." Paul Steiner sah die Situation so: „Zunächst bin ich von Roos böse gefoult worden. Das tat sehr weh. Schon als ich nachtreten wollte, habe ich gemerkt: Hier machst du eine Dmmheit. Deshalb konnte ich das Bein nur noch abwinkeln. Getroffen habe ich Roos nicht." Schiedsrichter Werner beurteilte dagegen den Reflex von Steiner so: „Hier hat der Spieler gebettelt, wie wir Schiedsrichter sagen, er wollte Rot haben." Steiner wußte selbstverständlich, daß allein schon der Versuch strafbar ist. Auch Hannes Löhr, Trainer des 1. FC Köln, redete nicht drumherum: „Das war blöd vom Paul. In dieser Situation muß man sich beherrschen können."

Karl-Heinz Thielen lobte dann später auch die Schiedsrichter: „Sie haben ihre Sache gut gemacht." Dann *ging er zu ihnen in die Kabine*. Werner: „Er hat erzählt, daß er mich nicht persönlich meinte, sondern es ging ihm um die Sache. Die Kölner müssen hier wohl immer Schwierigkeiten haben." Immerhin konnte Thielen einen Teilerfolg erzielen. Auf die Frage, warum Klaus Allofs die gelbe Karte bekam und Andreas Brehme für das gleiche Foulspiel nicht, antwortete ihm Werner, bei Brehme habe er beide Augen zugedrückt.

Die Kaiserslauterer zeigten sich von diesem psychologischen Kleinkrieg nicht beeindruckt. Sie bleiben in dieser Saison auf dem Betzenberg auch weiterhin ungeschlagen. Die Hochstimmung um ihren neuen Trainer Hannes Bongartz und den zurückgekehrten Präsidenten Jürgen Friedrich hält weiter an. Über Bongartz, gerade erst 34 Jahre alt, ist der Herrenausstatter Friedrich, der in seiner Freizeit Volleyball spielt oder Keramiksachen anfertigt, voll des Lobes: „Das ist ein Typ, den viele in der Branche nicht richtig kennen. Er ist ein ehrgeiziger Hund. Einer, der mit dem Fußball ganz stark verwandt ist. So einer hat in der Bundesliga gerade noch gefehlt." Und weiter: „Der Hannes kann den Fußball praktisch riechen, er kann ihn sozusagen ausschnüffeln. Mit ihm können sich die Leute identifizieren."

Mit seiner kameradschaftlichen Art kommt Hannes Bongartz bei den Spielern gut an. Er fand die gute Mischung aus langer Leine und der Forderung nach Härte und Disziplin. Mit den meisten spielte Bongartz vor zwei Jahren noch in einer Mannschaft, sie kennen sich alle genau und können sich nichts vormachen. Der junge Trainer weiß alles über Fußball, er kennt alle Tricks und Schliche der Profis, weil er als Spieler zu denen gehörte, die auf diesen Gebieten selbst stets für Neuigkeiten sorgten.

Dem Präsidenten ist es in kurzer Zeit gelungen, alle Konzentration auf sich zu lenken. Cliquenwirtschaft und Intrigenspiele, wie sie unter Friedrichs Vorgänger Udo Sopp an der Tagesordnung waren, gibt es nicht mehr. Friedrich hat aufgeräumt; was er sagt, wird gemacht. Von dieser Begeisterung lassen sich die Kaiserslauterer derzeit tragen: Platz drei in der Bundesliga und im *Achtelfinale des Pokals*. Der nächste Gegner ist der Amateur-Oberligaklub SSV Ulm. Für die Spieler ist es keine Frage, wer in Ulm gewinnt. Werner Melzer: „Wir selbstverständlich."

Gladbach: „Unfähig, nach Niederlagen Schmerz zu empfinden"

B. WEBER, Mönchengladbach

Die Analyse der 1:3-Pokalniederlage in Schalke veranlaßte Borussia Mönchengladbachs Trainer Jupp Heynckes unvermittelt zu einer grundsätzlichen Standortbestimmung. Und die fiel, für seine eigene Mannschaft im speziellen, aber auch für den heutigen Profi-Fußball insgesamt, nicht gerade freundlich aus. „Viele Spieler", so meinte der ehrgeizige Hennes-Weisweiler-Schüler, „haben so viele andere Dinge im Kopf und lassen sich dadurch so sehr ablenken, daß sie zwei wesentliche Voraussetzungen für ihren Beruf nur noch bedingt mitbringen. Den fanatischen Willen zu siegen. Oder umgekehrt, nach Niederlagen den totalen Schmerz zu empfinden."

Die Defizite in diesen beiden Bereichen seien einfach nicht mehr zu übersehen und hätten letztlich auch Franz Beckenbauer mit der Nationalmannschaft in die gegenwärtige Krise gestürzt. Heynckes in einem Gespräch mit der WELT: „Ich beobachte schon seit einiger Zeit mit erheblicher Sorge, wie einfach es sich unsere Profis machen, Mißerfolgserlebnisse wegzustecken. Wie wenige nur bereit sind, Mitverantwortung für Niederlagen zu tragen. Wie sehr sie aber darauf bedacht sind, in der persönlichen Kritik mit halbwegs heiler Haut davonzukommen. Dagegen sind wir Trainer einfach machtlos."

Am Beispiel seiner Borussia in Schalke zeichnete Heynckes dann auf, was genau er meinte: Glück, Glück in reichlichem Maße hätten die Schalker gehabt, während sie selbst vom Schußpech geradezu verfolgt gewesen wären, hätten seine Spieler später in der Kabine geschimpft. Der Trainer sieht es anders: „Wir besaßen die besseren technischen Fähigkeiten, wir hatten in der entscheidenden Phase des Spiels auch die größeren Torchancen. Aber die Klasse, sie zu nutzen, die hatten wir nicht. Und die Bereitschaft, sich mit aller Leidenschaft gegen die Niederlage zu wehren, haben einige auch nicht aufgebracht."

Dafür aber würden sie um so mehr über den Druck reden, der auf ihnen laste. Über die Erfolgszwänge, die sie in Streßsituationen häufig verkrampfen ließen. Wie beispielsweise jetzt in Schalke. Heynckes: „Natürlich habe ich meine Spieler vor Saisonbeginn unter Druck gesetzt, in dem ich ihnen gesagt habe, in dieser Saison müssen sie wenigstens einen Titel holen. Aber Herrgott noch mal, was hat denn Hennes Weisweiler früher nicht alles von uns verlangt – und wir sind nicht daran zerbrochen? Welchem Erwartungs- und Erfolgsdruck waren Franz Beckenbauer, Gerd Müller und Sepp Maier bei Bayern München ausgesetzt? Und die haben es auch verkraftet. Nein, ich wehre mich mit aller Entschiedenheit gegen solche lauwarmen Ausreden. Die Einstellung stimmt bei vielen nicht, und das gilt meiner festen Überzeugung nach keineswegs nur für meine Mannschaft."

Die muß sich in der Tat den Vorwurf gefallen lassen, im Gelsenkirchener Parkstadion leichtfertig mit den Pfunden, sprich mit einer frühen 1:0-Führung (Torschütze Uwe Rahn in der achten Minute), gewuchert zu haben. Danach aber waren die Borussen „geistig weggetreten" (so schrieb der Kölner „Sonntags-Express"), und „Bild am Sonntag" meinte: Im Pokal müsse man eben kämpfen, und genau das habe die Borussia nicht getan.

Noch einmal Heynckes: „Bei uns hat sich nur der Hans-Georg Drehsen mit letzter Verbissenheit gegen den K.o. gewehrt, und da akzeptiere ich dann auch, daß ihm, beim dritten Gegentor, ein dicker Fehler unterlaufen ist. Das eigentliche Dilemma war, daß aus dem Mittelfeld viel zu wenig gekommen ist."

Einen besonderen Seitenhieb mußte sich Ewald Lienen, der am Samstag abend bei einer Friedensdemonstration für 10 000 Zuhörer in der Dortmunder Westfalenhalle das Schlußdokument verlesen hatte, gefallen lassen. Sein Trainer: „Daß Lienen sich dort engagiert hat, erkenne ich absolut an. Daß er sich aber schon vorher beim Spiel geradezu als Friedensengel gebärdet hat, kann ich nicht hinnehmen."

Am Mittwoch beim UEFA-Cup-Spiel gegen Sparta Rotterdam, das steht fest, müssen die Borussen entschiedener zur Sache gehen, wenn sie *nicht eine neue Pleite erleben wollen*. Zumal ihr Torjäger Frank Mill vielleicht ausfällt, weil er in Schalke einen Schlag gegen das Knie abbekommen hat. Gestern konnte Mill nicht mittrainieren.

Bundesliga-Vorschau

Samstag, 14.30 Uhr

Spiel	
Leverkusen – Uerdingen	(0:0)

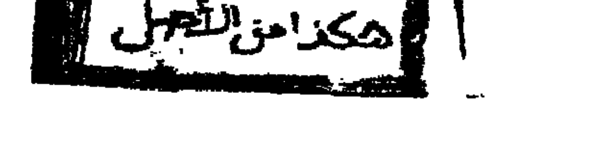
Samstag, 15.30 Uhr

Spiel	
München – Frankfurt	(4:2)
Bremen – Dortmund	(6:0)
Hamburg – Köln	(3:1)
Saarbrücken – Nürnberg	(–:–)
Hannover – Düsseldorf	(–:–)
Schalke – Mannheim (4:0)	
Stuttgart – Bochum	(1:2)
M'gladbach – K'lautern	(7:0)

In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

Spiele der 2. Liga

Freitag: Osnabrück – Aschaffenburg, Fortuna Köln – Aachen, Karlsruhe – Stuttgarter Kickers. – **Samstag:** TB Berlin – FC Homburg, Duisburg – FC Freiburg, Darmstadt – Hertha BSC. – **Sonntag:** Bayreuth – Oberhausen, Blau-Weiß Berlin – Braunschweig, Wattenscheid – Solingen, Hessen Kassel – Bielefeld.



Tennis: Bittere Worte von – und über Steffi Graf

Gestern morgen ging sie zuerst einmal in den Wald. Zusammen mit ihren beiden Hunden spazierte Steffi Graf anderthalb Stunden „so einfach vor mich hin", um „Abstand zu gewinnen und die innere Ruhe *wiederzufinden*".

Vorausgegangen war ein Erlebnis, das für die 16 Jahre alte Tennisspielerin „wie ein Schock" wirkte. Da stand sie am Samstag nachmittag im Semifinale des Damen-Grand-Prix in *Filderstadt* gegen Pam Shriver auf dem Platz und mußte plötzlich erkennen, daß es vorbei war mit dem Bonus für die kleine, liebe Steffi. Sie protestierte gegen zweifelhafte Schiedsrichter-Entscheidungen – und schon schwenkte das Publikum auf die Seite der Amerikanerin.

Eine Situation, die für Steffi völlig neu war. Und aus dieser Verblüffung heraus ist auch die Aussage des Teenagers nach der Niederlage (4:6, 3:6) zu werten: „Ich werde nie mehr in Filderstadt spielen, die Zuschauer haben mich runtergemacht." Ein Satz, unüberlegt dahingesagt.

Schon nach dem Spaziergang am Sonntag morgen relativierte Steffi beim Frühstück im heimischen Brühl ihre wütendende Reaktion. „Nun ja, sicherlich werde ich wieder in Filderstadt starten."

Der Wind weht rauher in der Weltspitze. Da kommen zum Konkurrenzneid noch überzogene Worte hinzu. So wie zum Beispiel bei Pam Shrivers Beurteilung: „Steffi kann unter die besten drei in der Welt kommen, sie muß nur menschlich wachsen und lernen, andere Menschen zu respektieren." Eine wohl billige Retourkutsche der Amerikanerin, die nach ihrer US-Open-Niederlage gegen die 16jährige nicht gerade als Freundin von Steffi gilt.

Probleme dieser Art hat Claudia Kohde-Kilsch in diesen Tagen nicht. Eine Niederlage wie die am Samstag nach einer 6:2, 5:1-Führung gegen Catarina Lindqvist (6:2, 6:7, 4:6) wird es im Tennis-Sport immer wieder geben. Bitter nur, daß so etwas gerade bei einem der zwei deutschen Grand-Prix-Turniere passierte.

Ansonsten zeigt die Formkurve bei der Saarbrückerin weiterhin nach oben. Gut betreut von ihrem ständigen Coach Olaf Merkel und zwischenzeitlich in ihrem neuen Domizil in Marbella auch von Klaus Hofsäß trainiert, wirkt sie unerhört motiviert. Läuferisch hat sie sich verbessert, technisch sind bis auf den häufig zu unrhythmischen Aufschlag keine Schwächen mehr vorhanden.

So kann der Deutsche Tennis-Bund auch weiterhin mit dem kontinuierlichen Aufstieg seiner besten Damen rechnen, Claudi Kohde steht schon auf Platz vier der Weltrangliste, Steffi Graf folgt drei Ränge tiefer. Nach dem mißglückten Federation-Cup-Auftreten des DTB in Nagoya besteht jetzt die Möglichkeit, endlich einmal Farbe zu bekennen. Auch die Damen haben es verdient, trotz der augenblicklichen Euphorie um Boris Becker und das Daviscup-Team nicht ins Abseits zu geraten.

Der Sieger-Porsche geht nach dem Ausscheiden der beiden deutschen Spielerinnen auch beim neunten Grand-Prix in Filderstadt wieder ins Ausland. Pam Shriver fuhr den Porsche 911 Cabrio glücklich aus der Halle. Sie hatte nur 70 Minuten gebraucht, um die Schwedin Catarina Lindqvist mit 6:1, 7:5 zu besiegen. Insgesamt kamen 14 000 Zuschauer zu dem einwöchigen Turnier.

Das Turnier in der Gegend, wo das beste Sauerkraut herkommt, schwankt immer noch zwischen seinem Anspruch „Klein-Wimbledon" in der Provinz zu veranstalten und einer gemütlichen Atmosphäre, die die Spielerinnen bei der Hektik der Großstadt-Turniere so oft vermissen. Das Fehlen von Martina Navratilova und Chris Evert-Lloyd würde vielerorts als Rückschlag gewertet werden, in Filderstadt, so meinen einige Beobachter, ist dadurch höchstens Sympathie zurückgewonnen worden.

Dabei profitiert das Turnier in erster Linie von einer idealen Zusammensetzung der Sponsoren. Mit Porsche, Lufthansa, Boss und Ebel in der Hinterhand ist der Rahmen seriös, der Ablauf reibungslos. So fällt dem Außenstehenden noch nicht *einmal auf, daß dieses Turnier nicht* von einer der großen Management-Gruppen vermarktet wird, die bereits weitgehend bei derartigen Veranstaltungen im Tennis das Sagen haben.

H. J. POHMANN

GALOPP / Preis des Winterfavoriten in Köln

Oldtimer wieder vorn. Er kostete nur 30 000 Mark

KLAUS GÖNTZSCHE, Köln

Der Winterfavorit der Galopper heißt Oldtimer. Vor über 10 000 Zuschauern gestern auf der Kölner Galopprennbahn gewann der zweijährige Hengst aus dem Kölner Gestüt Bona die wichtige Zweijährigen-Prüfung um den Preis des Winterfavoriten (70 000 Mark, 40 000 Mark dem Sieger, 1600 m, Europa-Gruppe III) mit zweieinhalb Längen vor Royal Rock's mit Ralf Suerland und dem durch einen Zwischenfall während des Rennens behinderten Philipo mit Bernd Selle, der auf den letzten Metern den Mitfavoriten Alagos noch auf *den vierten Platz verwies.*

Im Sattel des Siegers saß in Vertretung des verletzten Bollow-Stalljokkeys Peter Remmert der Pole Andrzej Tylicki (28), der die Serie seiner Erfolge in den großen Rennen der laufenden Saison fortsetzte. Tylicki: „Man hatte mir schon angekündigt, daß ich wohl auf einem ‚Elfmeter' sitzen würde." Vor einem Jahr hätte man Oldtimer für nur 30 000 Mark auf der Auktion in Baden-Baden kaufen können, doch der vom Gestüt Bona festgesetzte Reservepreis wurde nicht erreicht. Beim vierten Start war es für den Sohn des Deckhengstes Esclavo der dritte Sieg. Esclavo gewann den Winterfavoritentitel 1978, im gleichen Jahr wurde er auch zum Galopper des Jahres gewählt.

In diesem Jahr entpuppte sich Esclavo als der Shooting-Star der deutschen Deckhengste. Das Gestüt Bona stellte mit Bolivia (nach England verkauft) und Zentaurus bereits zwei Sieger in wichtigen Zweijährigen-Prüfungen der Saison.

Ungeklärt blieb die Ursache des Zwischenfalls, von dem Philipo betroffen war. Sein Trainer Hartmut *Steguweit: „Ohne die Behinderung* hätten wir das Rennen gewonnen." Toto: 56/22, 22, 22, ZW: 336, DW: 2164.

Auf der Galopprennbahn in Mailand belegte der Hengst Solarstern aus dem Gestüt Erlengrund einen beachtlichen zweiten Platz im Europa-Gruppe II-Rennen um den Premio Vittorio di Capua. Im Sattel saß der italienische Spitzenjockey Gianfranco Dettori. Für den zweiten Platz gab es ca. 30 000 Mark. Für Solarstern war es der letzte Start in seiner Laufbahn, er wird Deckhengst.

SPRINGREITEN / Paul Schockemöhles Pech mit Deister im Stechen

Wieder Ärger hinter den Kulissen: „Dann werde ich Profi und gehe vor Gericht"

D. LUDWIG, Stuttgart

Paul Schockemöhle hatte mit seinem 14 Jahre alten Deister Pech beim ersten großen Reit- und Springturnier in der Stuttgarter Schleyer-Halle. Im Stechen des Großen Preises kam sein Pferd kurz ins Straucheln. Damit verlor er soviel Zeit, daß er den ebenfalls fehlerfreien Franzosen Philippe Rozier nicht mehr erreichen konnte. Dritte wurde *Heidi Robbiani* aus der Schweiz mit Jessica.

Hinter den Kulissen des Turniers gab es erneut Ärger. Die Überschrift lieferte Paul Schockemöhle selbst: „Tatort Warendorf". Dort war am 16. Oktober verhandelt worden. Hans Günter Winkler (59), fünfmal olympischer Goldmedaillengewinner, ehemaliger Welt- und Europameister, wurde vom Springausschuß des Olympiadekomitees für Reiterei zum Ausbildungsleiter der Sparte Springen ernannt. Diskutiert wurde aber auch über einen jungen Reiter namens Ludger Beerbaum (21) und das Pferd Saloniki. Beerbaum ist Angestellter im Stall von Paul Schockemöhle.

Für den Hannoveraner Wallach Saloniki liegen aus dem Ausland Angebote über rund 600 000 Mark vor, bei einer Beteiligung des Komitees für Reiterei in Warendorf von 250 000 Mark sollte das Pferd in Deutschland bleiben. Das Geld wurde aufgetrieben, doch damit verknüpft wurden von der Warendorfer Befehlsstelle auch Bedingungen: Pferd und Reiter sollten von Mühlen nach Warendorf.

Dr. Burandt, Generalsekretär der Deutschen Reiterlichen Vereinigung und Verhandlungspartner, soll Schockemöhle gesagt haben, die Deutsche Sporthilfe könne das Geld bereitstellen, doch Saloniki müsse in Warendorf stehen. Schockemöhle eilte zum Telefon, rief Sporthilfe-Chef Josef Neckermann an und erfuhr, daß die finanzielle Hilfestellung verweigert werde. Schockemöhle: „Ich wurde belogen." Damit waren die Verhandlungen abgebrochen.

Erbost reagierte der Europameister auch darauf, daß sein Reiter Beerbaum abgeworben werden sollte, mit nicht gerade billigen Angeboten. Warendorf lockte mit einem Studienplatz in Münster oder mit einer Banklehre oder mit einer Ausbildung zum Diplomreitlehrer, mit freier Unterkunft und Verpflegung und mit monatlich 2500 Mark brutto.

Schockemöhle: „Bei mir bekommt er weniger, nämlich 1500 Mark auf die Hand. Aber der Junge möchte in den nächsten Jahren vor allem reiten, und da sieht er bei mir und meinem Stall bessere Möglichkeiten als in Warendorf. Was mich darüber hinaus ärgert, *das ist, daß man bei Ludger* Beerbaum Abwerbung betreiben wollte, doch immerhin ist er mein Angestellter. Eigentlich hätte man mit mir zuerst mal sprechen sollen."

Schockemöhle ist verwundet, keineswegs nur angeschlagen. Auf den Vorbehalt, bei einem totalen Zerwürfnis mit dem Verband könne er ja nicht mehr starten, denn noch verteile Warendorf die Passierscheine zu Turnieren, meinte der 40 Jahre alte Unternehmer aus Südoldenburg: „Dann werde ich eben Profi, dann verhandele ich mit den Turnierveranstaltern selbst. Sollte mir Warendorf die Startgenehmigung da oder dort verweigern, rufe ich die Gerichte an – wegen Verweigerung der Ausübung meines Berufs."

SPORT-NACHRICHTEN

WM-Aufgebot ist komplett

Dillenburg (dpa) – Die 15jährige Marion Schlett (Unterpfaffenhofen) qualifizierte sich beim letzten Testturnen als letzte Turnerin für die WM in Montreal. Das Aufgebot des Deutschen Turnerbundes (DTB) ist damit komplett. Es besteht aus: Anja Wilhelm (Wolfsburg), Isabella von Lospichl (Weilheim), Alexandra Lang (Nellingen), Christine Wetzel (Hittfeld), Stefanie Tautz (Detmold) und Daniela Meister (Söllingen).

Gölz siegte in Italien

Pistoria (sid) – Zum Abschluß der Saison gewann der 23jährige Rad-Profi Ralf Gölz (Bad Schussenried) in Italien das schwere Einzelzeitfahren von Florenz nach Pistoria mit deutli*chem Vorsprung.* Zweiter wurde Gregor Braun (Neustadt).

Niederlage zum Auftakt

Seoul (sid) – Zum Auftakt der Handball-Weltmeisterschaft der Juniorinnen unterlag die Auswahl des Deutschen Handball-Bundes (DHB) der „DDR" mit 14:19 (5:9). Leichtsinnsfehler und zwei verworfene Siebenmeter verhinderten ein mögliches Unentschieden. Im nächsten Spiel trifft die DHB-Auswahl morgen auf *Dänemark, das sein erstes Spiel ge*gen Österreich 26:15 gewann.

Cross-Sieg für Dietzen

Trier (sid) – Einen unerwarteten Sieg feierte der Radprofi Reimund Dietzen bei einem Cross-Rennen für Amateure und Profis in seiner Heimatstadt Trier. Dietzen, der in dieser Saison keine weiteren Cross-Rennen fahren will, besiegte die international starke Konkurrenz trotz mangelnder Vorbereitung.

Kasparow nahm Auszeit

Moskau (AP) – Die 18. Partie im Finale der Schachweltmeisterschaft wird erst morgen stattfinden. Herausforderer Garri Kasparow, der mit 9:8 Punkten in Führung liegt, nahm seine zweite Auszeit.

Sabatini: Großer Erfolg

Tokio (sid) – Ihren ersten Sieg in einem Tennis-Grand-Prix-Turnier errang die 15jährige Argentinierin Gabriela Sabatini. Sie gewann bei den offenen japanischen Meisterschaften das Finale im Damen-Einzel gegen Linda Gates (USA) mit 6:3, 6:4. – Boris Becker gewann in Okayama einen Schaukampf 7:5, 7:6, 6:3 gegen den Argentinier Guillermo Vilas. Das Spiel wurde von fünf japanischen Fernsehanstalten übertragen.

Koreanerin in Lohhof

München (sid) – Die ehemalige südkoreanische Volleyball-Nationalspielerin Yoon Joung Nae wird in der kommenden Saison für den früheren Deutschen Meister SV Lohhof spielen. Die Stellspielerin soll die Lücke schließen, die in Lohhof entstanden war, nachdem Neuzugang Cordula Staib den Verein wegen Differenzen mit Trainer Niemczyk noch vor Saisonbeginn wieder verlassen hatte.

Niederlage im Pokal

Siegen (dpa) – Mit einer überraschenden 0:5-Niederlage schied der deutsche Damen-Fußball-Meister KBC Duisburg aus dem Pokal aus. Er unterlag im Viertelfinale vor 500 Zuschauern beim TSV Siegen.

Prämie selbst bezahlt

Newmarket (sid) – Sieger des letzten großen Galopprennens der europäischen Rennsaison wurde im englischen Newmarket die vierjährige Stute Pebbles unter Jockey Pat Eddery. Die Siegprämie dafür strich ausgerechnet Scheich Mohammed von Dubai ein, dessen Familie das Rennen gesponsort hatte.

IOC-Spende für Mexiko

Lissabon (sid) – Als eine Geste gegenüber dem mexikanischen Sport bezeichnete der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Juan Antonio Samaranch, die 100 000-Dollar-Spende, die über die olympische Solidarität den vom Erdbeben schwer betroffenen Mexikanern zufließt.

Bundesliga mit 16 Klubs

Coburg (sid) – Die Wasserball-Bundesliga wird ab der Saison 1987 von bisher zwölf auf 16 Vereine aufgestockt. Verändert wird ab 1987 auch der Pokal-Modus, der künftig ein K.-o.-System und Heimrecht für unterklassige Mannschaften vorsieht.

Langer auf Platz fünf

Sydney (sid) – *Mit einer sehr guten* 68er-Schlußrunde schob sich Golf-Profi Bernhard Langer (Anhausen) beim mit 77 000 Dollar dotierten internationalen Turnier in Sydney noch auf den fünften Platz vor.

OLYMPIA

IOC: Einfluß von Beitz wird stärker

sid, Lissabon

Auf dem Weg zu den Offenen Olympischen Spielen, der für die Führung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) längst vorgezeichnet ist, kommt auf den Athleten selbst eine große Verantwortung zu. Mit der Einführung eines Ehrenkodex der Sportler (Athlete's Code) ist es nach IOC-Auffassung möglich, daß ein Profi gleich welchen Alters und gleich welcher Herkunft sich für die Zeit der Olympischen Spiele aus seinem sportlichen Berufsvertrag löst und sich in die Verantwortung einer olympisch anerkannten Organisation begibt. Dieser Kodex wird das IOC vor allem im Tennis und Eishockey im Verlauf des Jahres 1986 noch beschäftigen.

Das bislang noch nicht ausgereifte Kodex-Papier paßt, wie die olympische Tagung in Lissabon zeigt, sehr gut in den von neuen Kompetenzen und Kapazitäten geprägten Führungsstil des IOC, das fünf Monate nach der Entlassung der Direktorin Monique Berlioux hierarchische Verklemmung und starren Personenkult abgelegt hat. Präsident Juan Antonio Samaranch, nun im sechsten Jahr im Amt, hat neue Kräfte um sich geschart. Von ihnen ist der dritte Vizepräsident, Berthold Beitz, offensichtlich am tiefsten in den inneren Kreis vorgestoßen. Es ist kein Zufall, daß Beitz schon vor Lissabon davor gewarnt hat, alle olympischen Energien wegen des Boykott-Traumas in der unvermeidlichen Sportpolitik zu vergeuden. Daß die alten Themen der olympischen Zulassung in den Vordergrund rücken, ist jetzt auch das Verdienst von Beitz, der, ohne Monique Berlioux als Schaltstation, endlich direkten Zugang zu Samaranch gefunden hat.

Der deutsche Industriemanager wird sicherlich auch noch dazu beitragen, daß der sozialistische Sport mit den maßgeblichen Sowjets wieder in olympische Positionen aufrückt, die ihm aufgrund der Leistung der Aktiven zustehen. Durch den Olympia-Boykott von Los Angeles sind die Sportführer des Ostblocks zu Randfiguren degradiert worden. Nie wurde dies seit dem 8. Mai 1984, als Moskau den Boykott verkündete, deutlicher als in den Tagen von Lissabon. Den Prozeß der Entfremdung, der so offensichtlich ist, kann am ehesten Beitz in eine neue Annäherung umkehren.

Daß Samaranch weder die Weltregierung im Sport anstrebt noch in die Belange der internationalen Fachverbände eingreifen will, wurde in der Behandlung der Eishockey- und Tennis-Probleme deutlich. Ohne daß der deutsche Weltverbands-Präsident Dr. Günter Sabetzki genannt wurde, machte der Kanadier Dick Pound, als einer der jungen Männer um Samaranch, deutlich, daß er im Sport eine neue Apartheid nicht will – beispielsweise in der olympischen Ausklammerung älterer Profis mit der 23-Jahre-Regel.

Samaranchs Bilanz war von Optimismus geprägt: „Wir erkennen gegenwärtig 161 Nationale Olympische Komitees an. Ich bin zuversichtlich, daß wir 1988 in Seoul Sportler aus 170 Ländern begrüßen können."

Hockey: Ein Glas Bier nach dem sehr guten Finale



Mit hartem Einsatz Kampf um den Ball: Zwei Leverkusener Spielerinnen stoppen einen Kölner Angriff erfolgreich. FOTO: MÜLLER

DW. Köln

Zum dritten Mal hatten sie ein Endspiel um die deutsche Meisterschaft gegen diesen Gegner verloren. Doch die Tränen der Enttäuschung flossen diesmal nicht lange, das junge Team war schließlich als Außenseiter angetreten. Und so waren die Hockey-Spielerinnen von Blau-Weiß Köln schon kurz nach ihrer 1:3-Niederlage gegen den RTHC Bayer Leverkusen wieder in der Lage, gemeinsam mit dem neuen deutschen Meister bei einem Glas Kölsch-Bier auf der Anlage des Kölner Klubs zu feiern.

Zuvor war es nicht so friedlich zugegangen. Die 1200 Zuschauer hatten ein ausgeglichenes Spiel gesehen. Die Leverkusenerinnen waren zwar spielerisch im Vorteil, doch Köln glich dies immer wieder durch schnelle Konter und Kampfkraft aus. Dabei drohten allerdings der erfahrensten Kölner Spielerin, Vera Ahlfedt-Mohr, für kurze Zeit die Nerven durchzugehen, als der Ball sie bei einem heftigen Duell unglücklich am Kinn traf. Doch bei allem Einsatz blieb das Spiel fair.

„Eines der besten Finals, die ich je gesehen habe", urteilte denn auch Bundestrainer Wolfgang Strödter, der fast seine komplette Nationalmannschaft hatte beobachten können. „Die Leverkusenerinnen haben vielleicht um einen Treffer zu hoch gewonnen." Dies meinte auch *Kölns Trainerin* Uschi Keimer: „Das zweite Tor war nicht korrekt." Doch im Grunde war sie mit der Leistung ihres gehandicapten Teams, dem deutschen Hallenmeister, zufrieden. Schließlich stand die vielfache Nationalspielerin Birgit Hagen nicht zur Verfügung – sie erwartet ein Kind –, und auch Gabi Schley konnte wegen einer Erkrankung nur kurz eingesetzt werden. „So war schon das Erreichen des Finals mit der sehr jungen Mannschaft ein Erfolg."

FORMEL 1 / Grand Prix im Schatten der Politik

Lauda deutet Rücktritt vom Rücktritt an . . .

sid/dpa, Kyalami

Sportliche Meriten verdiente sich Niki Lauda beim Großen Preis der Formel 1 im südafrikanischen Kyalami nicht. Sein McLaren-Porsche blieb auf halbem Wege mit defektem Motor stehen. Trotzdem gelang es dem exzentrischen Österreicher, den britischen Sieger Nigel Mansell und den Doppelsieg des Williams-Honda-Teams aus den Schlagzeilen zu drängen. „Ich überlege ernsthaft, ob ich nicht noch eine Saison dranhängen soll", verkündete der dreimalige Weltmeister, „wenn ich dabeibleibe, dann in jedem Fall bei Brabham." Verständlich, denn Brabham-Leiter Bernie Ecclestone möchte Lauda diesen Rücktritt vom Rücktritt angeblich mit etwa 6,5 Millionen Dollar versüßen.

Vor zwei Monaten erst hatte der 36jährige Lauda in Zeltweg seinen Rücktritt zum Saisonende bekanntgegeben. Seine Fluggesellschaft Lauda Air beanspruche mittlerweile sein ganzes Engagement. Und noch in Zeltweg hatte Laudas französischer Teamgefährte, der neue Weltmeister Alain Prost, gezweifelt: „Jeder ist käuflich."

In Kyalami wurde allerdings auch Prost seinen Worten untreu. Vor dem Rennen hatte er versichert, er werde der Siegerehrung in jedem Fall fernbleiben, um damit seinem Protest gegen die Rassentrennungs-Politik in Südafrika Symbolik zu verleihen. Nach seinem dritten Platz stand er jedoch neben Mansell, der erst vor 14 Tagen in Brands Hatch seinen ersten Grand-Prix-Sieg gefeiert hatte, und dem zweitplazierten Finnen Keke Rosberg auf dem Treppchen. „Ich war es den Zuschauern schuldig", erklärte der Franzose, „denen ich mich in dem Moment mehr verbunden fühlte als meiner Regierung." Die französische Regierung hatte ihre Teams und Fahrer zum Boykott des Rennens aufgefordert. Nur Ligier-Renault und der Staatskonzern Renault waren dem Aufruf gefolgt.

Während in Europa fast alle TV-Anstalten nach der Hinrichtung von Moloise auf eine Übertragung verzichteten, schien das politische Geschehen am Kap die Truppe der Formel-1-Piloten nicht zu berühren. Auch die Entrüstung der Weltöffentlichkeit über die Hinrichtung des schwarzen südafrikanischen Dichters Benjamin Moloise ging im Turbo-Getöse unter. Doch die Zukunft des Grand Prix von Südafrika, eines der wenigen Sportereignisse am Kap mit internationaler Bedeutung, ist fraglicher denn je. Der Ausfall der Fernseh-Honorare aus Europa riß ebenso ein erhebliches Loch in die Kasse der Veranstalter wie der starke Kursverlust der südafrikanischen Währung in den letzten Wochen. Diese beiden auf politischen Ursachen beruhenden Finanz-Probleme sowie die an Boden gewinnende Boykott-Tendenz gegen Südafrikas Apartheid sprechen nach Ansicht von Beobachtern gegen einen Großen Preis 1986.

Mehr als 80 000 Zuschauer des Rennens sahen nach 20 der 75 Runden nur noch elf Wagen auf der Piste. Am Ende war das Feld der 20 Starter auf ganze sieben geschrumpft. Auch die Lotus-Renaults kamen nicht ins Ziel: Der Motor des Brasilianers Ayrton Senna versagte in der siebten Runde, der Turbo des Italieners Elio de Angelis in Runde 51. Glück im Pech hatte dessen Landsmann Michele Alboreto: trotz Ausfalls wurde der Ferrari-Pilot Zweiter der Weltmeisterschaft. Keke Rosberg, der auf einem Ölfleck vorübergehend von der Piste gerutscht war, zeigte danach eine großartige Aufholjagd. Durch das Feld kämpfte er sich wieder nach vorn, drehte sich noch einmal bei einem Überholversuch von Prost, stellte mit 1:08,1 Minuten einen Rundenrekord auf und sicherte seinem Team den ersten Doppelsieg.

HANDBALL / Länder-Turnier in Jugoslawien

Schobel: Wir brauchen Erhard Wunderlich

dpa/sid, Nis

„Wir sind in der Entwicklung nach Olympia so weit, daß wir innerhalb von 24 Stunden eine Niederlage wegstecken können und eine psychisch völlig neu eingestellte Mannschaft am nächsten Tag auf dem Parkett steht." Handball-Bundestrainer Simon Schobel fühlt sich trotz der krassen Leistungsschwankungen im Vier-Länder-Turnier im jugoslawischen Nis in seiner Arbeit bestätigt. Nach der 18:21-Auftakt-Niederlage und dem folgenden souveränen 22:16-Sieg über Dänemark wähnte er sich bereits auf dem richtigen Weg zur *Weltmeisterschaft Anfang Februar in* der Schweiz: „Es ist genau das eingetroffen, was ich erwartet habe. Uns fehlen noch fast 25 Prozent Leistungssteigerung, um in der Schweiz mit dem sechsten Platz die Olympia-Qualifikation für Seoul zu erreichen."

Ein Jahr nach dem Gewinn der olympischen Silbermedaille befindet sich die Handball-Nationalmannschaft am Anfang der verschärften Vorbereitung auf die Weltmeisterschaft. Die Spielersuche ist abgeschlossen. Das Team steht. Thiel, Fraatz, Neitzel, Uli Roth, Wunderlich, Schwalb und Happe zeichnen sich als Stammformation ab. Personell verfügt Schobel über seine Wunschbesetzung, mit Ausnahme der Rechtsaußen-Position. „Wir haben teilweise Positionen dreifach besetzt und sind mit unserer Spielweise variantenreich wie nie", verdeutlicht Co-Trainer Heiner Brand die theoretischen Idealbedingungen.

Doch der Verlauf des Vier-Länder-Turniers, das von der deutschen Mannschaft in 16 Jahren fünfmal gewonnen wurde, hat auch deutlich gemacht, daß die Spieler als Mannschaft noch nicht optimal harmonieren und daß der Ausfall von Erhard Wunderlich kaum zu verkraften ist. *Wunderlich, Mitglied der Weltmeistermannschaft* von 1978, ehemaliger Weltklassespieler in Gummersbach und jetziger Spielmacher beim Zweitligaklub Milbertshofen, hatte sich wegen der Geburt seiner zweiten Tochter kurzfristig beurlauben lassen.

Das Resultat: Völlig verunsichert stand das Team („mit Sepp hätten wir gewonnen") gegen die CSSR auf verlorenem Posten, leistete sich einen mit Schwalb und Neitzel versagenden Rückraum, der lediglich ein Feldtor erzielte, und fand keine Einstellung zu der Taktik der Tschechoslowaken, die in der zweiten Halbzeit vor allem die Lücken zu der löcherigen Abwehr vor den auch nicht überzeugenden Torwarten Thiel und Hekker nutzten.

Nicht erst seit dieser Niederlage gilt der in 122 Länderspielen erprobte Wunderlich als unentbehrlich. „Wir brauchen ihn als ruhenden Pol", erklärt Schobel. „Er kann in kritischen Phasen der Mannschaft Rückhalt geben und junge Spieler führen." Besonders Rüdiger Neitzel profitiert von Wunderlich: „Wenn der Sepp dabei ist, ist Neitzel wesentlich sicherer, weil auf ihm nicht die ganze Last der Verantwortung liegt", hat Schobel beobachtet.

Er läßt sich auch durch Kritik nicht von seinem Konzept abbringen: „Ich gebe nichts auf das Geschwätz des Bundesausschusses Leistungssport", konterte er die Attacke von Dieter Ehrich, dem Handball-Referenten im BA-L. Ehrich hatte nach dem Einsatz des erst 18jährigen Zweitligaspielers Peter Quarti Schobels Experimentierfreudigkeit moniert: „Wir sind hier nicht auf einem Turnier für Blinden-Schach." Schobel selbst sah sich zu dem Experiment mit Quarti wegen der unbesetzten Rechtsaußen-Position gezwungen. Der 18jährige zeigte viel Talent, spielt aber wegen seiner Unerfahrenheit für die Weltmeisterschaft keine Rolle. Jetzt will Schobel beim Supercup vom 19. bis 24. September im *Ruhrgebiet* einen letzten Test *mit dem Essener Jörn-Uwe* Lommel wagen, der seit Saisonbeginn in so hervorragender Form ist, daß er möglicherweise das Rechtsaußen-Problem lösen kann.

SPIELFEST

DSB-Vertreter waren nicht dabei

sid, Dortmund

Rund 300 Spitzensportler aus 15 Ländern in Ost und West sowie 10 000 Zuschauer beteiligten sich in der Dortmunder Westfalenhalle am 2. internationalen Sport- und Spielfest der Initiative „Sportler für den Frieden". In einer Resolution erklärten sie: „Wir müssen der Weltraum-Rüstung jetzt die Rote Karte zeigen." Die Grußworte sprach Ministerpräsident Rau, der die Schirmherrschaft übernommen hatte, obwohl „ich nicht allem zustimmen kann, was hier gesagt wird". Vertreter des Deutschen Sportbundes fehlten. Heinz Fallak, der Vorsitzende des Bundesausschusses für Leistungssport, kam als Privatmann: „Es ist gut, daß Sportler mit ihrer persönlichen Meinung an die Öffentlichkeit treten."

RALLYE

Grundel brach alle Rekorde

sid, Straubing

Der Schwede Kalle Grundel hat in der deutschen Rallye-Meisterschaft zusammen mit seinem Beifahrer Peter Diekmann (Solingen) sämtliche Rekorde gebrochen. Beide feierten mit ihrem Peugeot 205 Turbo bei der Drei-Städte-Rallye um Straubing den neunten Sieg im zehnten und letzten Rennen. Auf den insgesamt 217 Wertungsprüfungen dieser Saison fuhren Grundel/Diekmann 176mal Bestzeit. In Straubing hatten sie nach 860 km einen Vorsprung von 14:38 Minuten auf Hero/Müller (Hamburg) mit Opel Manta. Walter Röhrl belegte mit einem seriennahen Katalysator-Audi 90 Quattro mit 23:24 Minuten Rückstand den 13. Platz. Grundel wird in der Saison 1986 als Werksfahrer für Ford in der Weltmeisterschaft starten.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: Bielefeld – Hamburg 2:1, Darmstadt – Frankfurt 0:0, Kreisauswahl Mosbach/Odenwald – Mannheim 2:19. – **„DDR"-Oberliga,** 8. Spieltag: Karl-Marx-Stadt – Union Berlin 2:2, Aue – Riesa 2:0, Magdeburg – Jena 1:1, Rostock – Frankfurt 3:1, Lok Leipzig – Zwickau 2:0, Dresden – Erfurt 1:1, Dynamo Berlin – Brandenburg 3:1. – *Tabellenspitze: 1. Dresden 13:3, 2.* Dynamo Berlin 13:3, 3. Jena 10:6, 4. Erfurt 10:6. – **Englische Meisterschaft:** Arsenal – Ipswich 1:0, Everton – Watford 4:1, Leicester – Sheffield 2:3, Luton – Southampton 7:0, Manchester United – Liverpool 1:1, Newcastle – Nottingham 0:3, Oxford – Chelsea 2:1, Queens Park – Manchester City 0:0, Bromwich – Birmingham 2:1, West Ham – Aston 4:1. – Tabellenspitze: 1. Manchester United 35 Punkte, 2. Liverpool 25, 3. Chelsea 24, 4. Arsenal 24, 5. Sheffield 24. – **WM-Qualifikation,** Ozeanien-Zone, Australien – Israel 1:1.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 7. Spieltag: Bayreuth – TSV Hagen 88:69, SSV Hagen – Leverkusen 78:72, Gießen – Charlottenburg 89:90, Köln – Osnabrück 88:66, Oldenburg – Bamberg 80:92, Göttingen – Langen 73:65. – Damen, 5. Spieltag: Köln – Osterfeld 75:72, Düsseldorf – Porz/Hennef 83:44, Barmen – München 78:66.

EISHOCKEY

Bundesliga, 8. Spieltag: Köln – Iserlohn 3:1, Mannheim – Kaufbeuren 8:2, Rosenheim – Düsseldorf 4:2, Rießersee – Bayreuth 8:1, Schwenningen – Landshut 5:2.

RINGEN

Bundesliga, 10. Wettkampftag, Gruppe West: Aldenhoven – Bonn-Duisdorf 23:15, Köllerbach – Mömbris-Königshofen 12:26, Goldbach – Schifferstadt 15:24, Witten – Aschaffenburg-Damm 24,5:15,5. – Gruppe Süd: Wiesental – Freiburg-Haslach 26,5:11, Aalen – Nürnberg 26,5:12, Bad Reichenhall – Reilingen 11,5:27, Freiburg-St. Georgen – Urloffen 18,5:19,5.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren: Hamburg – Friedrichshafen 3:1, Paderborn – Fort. Bonn 3:0, Berlin – Celle 3:0. – **Damen:** Stuttgart – Berlin 3:0, Augsburg – Ettlingen 3:0.

WASSERBALL

Europapokal, Zwischenrunde in Veenendaal/Holland: Spandau 04 Berlin – Budapest 11:4. – **Pokal der Pokalsieger** in Pescara, Zwischenrunde: Pescara – Hamm 13:10, Budapest – Belgrad 9:8, Budapest – Hamm 9:7, Belgrad – Pescara 11:8.

MOTOR

Großer Preis von Südafrika in Johannesburg: 1. Mansell (England) Williams-Honda 1:28:22,86 = 208,9 km/Std., 2. Rosberg (Finnland) Williams-Honda 1:28:30,43, 3. Prost (Frankreich) McLaren-Porsche 1:51:79,00. – Stand in der WM: 1. Prost (Frankreich) 76 Punkte (Weltmeister), 2. Alboreto (Italien) 53, 3. Senna (Brasilien) 38.

REITEN

Internationale Military von Boekelo/Holland, Stand nach Dressur und Geländeritt, Einzel: 1. Davidson (USA) mit Dr. Peaches 43,40 Punkte, 2. Berthet (Frankreich) mit Kopino 44,40, 3. Green (England) mit Shannagh 47,20, 4. Walnes (USA) mit Gray Goose 51,00, 5. Sybrecht (Deutschland) mit Bertoni und Todd (Neuseeland) mit Michaelmas je 51,60, . . 8. Richter mit Imp 54,80, . . .10. Nagel (beide Deutschland) mit Slaney 59,80. – Mannschaftswertung: 1. USA 161,40 Punkte, 2. Frankreich 172,60, 3. England 180,60, 4. Deutschland 211,00. – **Internationales Turnier** in Stuttgart, S-Dressur: 1. Hinnemann (Voerden) Ideaal 544 Punkte, 2. Lange (Böblingen) Fashion 538, 3. Hinnemann auf Malte 531, 4. Klimke (Münster) Pascal 527. – Zwei-Pferde-Springen: 1. J. Whitaker (England) San Salvador und Rebound 0 Fehlerpunkte/67,57 Sek., 2. Becker mit Condino und Lexington 0/69,55, 3. Schockemöhle mit Winnipeg und Waldes 0/69,99, 4. Koof mit Domlerche und Fire 0/64,80, 5. Gössing (alle Deutschland) mit Vino und Liberal 4/73,64, 6. *Pyrah (England) mit Fire Fox und* Santander 4/73,68.

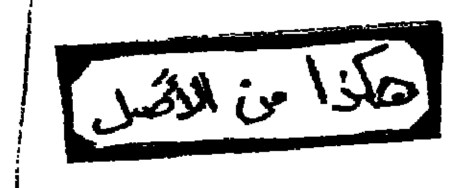
GALOPP

Rennen in Neuss: 1. R.: 1. Sinfonie (D. Ilic), 2. April April, 3. Landina, Toto: 112/18, 19, 13, ZW: 816, DW: 2224, 2. R.: 1. Nosalva (D. Ilic), 2. Marquesa, 3. Kuratus, Toto: 44/13, 12, 14, ZW: 148, DW: 552, 3. R.: 1. Ba (P. Sigismondi), 2. Tibet (o.W.), 2. d'Artagagnan, 3. Kifara, Toto: 24/11, 13, 12, ZW: 68, DW: 96, 4. R.: 1. Sharima (P. Alafi), 2. Sir Speedy, 3. Tubcor, Toto: 24/16, 30, 42, ZW: 348, DW: 4872, 5. R.: 1. Rabitu (R. Kahnfeld), 2. Selke, 3. Adesse, Toto: 124/19, 20, 12, ZW: 2516, DW: 6932, 6. R.: 1. Leguan (E. Schindler), 2. Twistqueen, 3. Lobster, Toto: 64/20, 17, 22, ZW: 276, DW: 1892, 7. R.: 1. Märzgraf (H. Strompen), 2. Fernandel, 3. Bacchani, Toto: 28/14, 17, 22, ZW: 60, DW: 372, 8. R.: 1. Stephanus (L. Mäder), 2. Royal Appeal, 3. Königspreis, Toto: 32/14, 34, 62, 9. R.: 1. Nachtgräfin (P. Gehm), 2. Patrouilla, 3. Patcor, Toto: 116/34, 22, 134, ZW: 584, DW: 99 456.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 13, 15, 19, 25, 38, 43, Zusatzzahl: 20. – **Spiel 77:** 3 2 0 6 7 5 5. – **Rennquintett:** Rennen A: 1, 12, 9. – Rennen B: 25, 24, 22. – *Glücksspirale,* Endziffern: 7, 29, 808, 1104, 58136, 878973. – Los-Nummer: 7012173, 6975545, 3914594. – Prämienziehung: 735243, 281981, 168458. (Ohne Gewähr).





Pankraz, B. Vollmert und die fade Ursuppe

Das Imperium schlägt zurück. Jahrzehntelang beriefen sich die Anhänger der Theorie von der „Selbstorganisation" des Lebens auf die Forschungsergebnisse der organischen Chemie, die diese von *Darwin aufgestellte Theorie*, so wurde behauptet, unwiderlegbar bestätigten. Und jetzt kommen die wuchtigsten Argumente gegen die Darwin-Doktrin ausgerechnet aus dem Lager der Chemiker!

Bruno Vollmert vor allem, der einfallsreiche, erfolgreiche Kunststoff-Synthetiker und Karlsruher Ordinarius für Chemische Technik, läßt kein gutes Haar mehr an den diversen „Ursuppen- und Evolutionsmärchen" der Neodarwinisten. Sein jüngstes Buch, „Das Molekül und das Leben", erschienen im Rowohlt-Verlag, ist geradezu ein Atomblitz ins Kontor der Selbstorganisations-Strategen. Pankraz fragt sich, was nun beispielsweise ein Manfred Eigen, Nobelpreisträger und bisher Haupt-Widersacher von Vollmert, machen wird. Gibt es überhaupt noch wissenschaftlich vertretbare Argumente gegen die Thesen des Karlsruhers?

Der ist pikanterweise gerade deshalb so unbequem, weil er im Grunde auf jede Theoriebildung verzichtet. Er argumentiert ausschließlich und expressis verbis als chemischer Laborpraktiker, und als solcher macht er den Neodarwinisten erst einmal ein großes „Zugeständnis". Jawohl, sagt er, so, wie ihr das Leben definiert, ist es „nichts als" biochemische Reaktion, die phänotypische Folge von Synthesereaktionen der Makromoleküle, genauer: des Makromoleküls DNS, das die genetische Information trägt. Wer à la Darwin von der „Entwicklung des Lebens" spricht, der spricht von der „Entwicklung" des DNS-Moleküls. Wenn wir herausbekommen wollen, *ob sich das Leben von selbst hervorbringen und fortbilden konnte*, dann müssen wir fragen, ob sich das DNS-Molekül von selbst hervorbringen und fortbilden konnte.

Die Rückführung der Lebensvorgänge auf Molekularsynthesen erlaubt es ja, die entsprechenden Prozesse im Labor nachzubilden und optimal zu testen. Die Synthesereaktionen von Makromolekülen gehören zu den bestuntersuchten Vorgängen der organischen und technischen Chemie. Man ist hier auf sicherem wissenschaftlichen Gelände. Man kann, ohne auch nur im Geringsten ins Spekulieren zu geraten, klar beantworten, ob sich unter den Bedingungen der frühen *Erde Makromoleküle von selbst bildeten* und ob unter den Bedingungen der lebenden Zelle in erdgeschichtlich überschaubarer Zeit eine Molekül-, eine Polymerenkette mit 50 000 verschiedenen Strukturelementen in bestimmter Reihenfolge von selbst entstand, was die Voraussetzung für die „Evolution" mittels Mutation und Selektion wäre.

Wie gesagt, man kann das beantworten, und Vollmert beantwortet es – mit einem dürren Nein. Weder die spontane Bildung von Nucleotiden, also einfachen DNS-Ketten, noch deren spontaner Aufstieg zu immer komplizierteren replikationsfähigen Polynucleotiden sind *auch nur im geringsten wahrscheinlich*. Alle Versuche mit elektrifizierten „Ursuppen" blieben völlig erfolglos, *mußten* erfolglos bleiben, weil sich in solchen Ursuppen neben geringen Mengen biologisch relevanter, kettenbildender Aminosäuren vor allem kettenabbrechende Ameisen-, Essig- und Propionsäuren bilden, die Leben gerade unmöglich machen.

Nicht anders verhält es sich mit der angeblichen selektiven Privilegierung von Gen-Mutanten. Neue Tierklassen entstanden nicht durch Mutation/Selektion, also durch Veränderung der Sequenz vorhandener DNS-Ketten, sondern einzig und allein durch „Polykondensation", durch Anwachsen zahlreicher neuer Gene an die DNS-Kette. Mutantenselektion kann höchstens eine schon bestehende Art stabilisieren, keine neue Art schaffen. Ein Fisch ist kein optimierter Wurm, wie ein Flugzeug kein optimiertes Auto ist; ein Flugzeug kommt nicht dadurch zustande, daß man ein Auto ohne Werkstattaufenthalt in un*endlich kleinen Schritten zum Flugzeug* hin „entwickelt", sondern allenfalls dadurch, daß man es aus dem Verkehr zieht und nach der gänzlich neuen Idee „Flugzeug" komplett umkonstruiert.

Soll ein neues Lebewesen entstehen, so müssen zahlreiche neue Gene entstehen und in geordneter Weise, nämlich nach einer bestimmten Reihenfolge, in Betrieb genommen werden. Die statistische Wahrscheinlichkeit, daß so etwas spontan, von selbst, passiert, beträgt 1 geteilt durch 10^{100}, eine unvorstellbar geringe Wahrscheinlichkeit, wenn man bedenkt, daß die Erde nur vier Milliarden Jahre alt ist und die Anzahl sämtlicher Atome im Universum nur die Größenordnung von 10^{80} hat. So kann Vollmerts Urteil über die Theorie von der „natürlichen Entstehung der Arten" nur lauten: Es gibt sie nicht, kann sie nie gegeben haben, sie ist weiter nichts als ein unwissenschaftliches, anthropozentrisches und antikopernikanisches Märchen von horrender Einfalt.

Trotzdem, so möchte Pankraz gleich anfügen, beherrscht dieses Evolutionsmärchen ganz uneingeschränkt die Universitätsseminare und die wissenschaftlichen Fernsehsendungen, die Volkshochschulen, Fachlehrbücher und Grundkursfibeln. Phantasievolle Zeichner entwerfen Panoramen der blitzumzuckten Ursuppe oder konstruieren abenteuerliche „missing links", und die zugehörigen Bildunterschriften tun immer so, als sei das alles „längst bewiesen". Dabei haben solche Bildchen kein Gran mehr Beweiskraft als die frommen Bibelbildchen der „Kreationisten" in den USA, über die sich der hiesige aufgeklärte Zeitgenosse so gerne lustig macht.

Es wird hohe Zeit, daß auch in unseren Lehrbüchern und Grundkursen die pausbackige Selbstgewißheit der Neodarwinisten relativiert wird, daß der Jugend triftige Einwände und mögliche Alternativen aufgezeigt werden. Und statt der Ursuppenbildchen vielleicht das Foto von Albert Einstein, wie er, nach dem Ursprung der Materie und des Lebens befragt, schweigend mit dem Finger nach oben deutet.

Pankraz

Die Darmstädter Akademie verlieh ihre Preise

Angst vorm Atomblitz

Die Darmstädter Akademie für Sprache und Dichtung hat ihre drei Preise vergeben: Den „Johann-Heinrich-Merck-Preis für literarische Kritik und Essay" an Sibylle Wirsing, den „Sigmund-Freud-Preis für wissenschaftliche Prosa" an Hermann Heimpel, den „Georg-Büchner-Preis" an Heiner Müller.

Als Auftakt wurde das Publikum im Großen Haus des Darmstädter Staatstheaters gebeten, sich von den Plätzen zu erheben, da der Herr Bundespräsident eintrete.

Peter Wapnewski hängte das Bild der Sibylle Wirsing so hoch, daß sie selbst zu Beginn ihrer Dankrede sagen mußte, so wäre sie gern. Sie stellte in einem sorgfältigen Referat das von Goethe verzerrte Charakterbild des „Mephisto Merck" richtig. „Merck ist mein Mann", *bekannte sie*. Dabei schuf sie sich die Gelegenheit, ein Wort zu den zahlreichen Protesten gegen die kommende Frankfurter Uraufführung des Stückes „Der Müll, die Stadt und der Tod" von Rainer Werner Fassbinder zu sagen. Sie sprach ironisch von der „bundesdeutschen Sauberkeit", die sich der „jüdischen Zerstörung" annehmen zu müssen glaubt.

Ernst Schulin hielt eine kurze, aber gründliche *Laudatio auf den* 84jährigen Hermann Heimpel, ehemaligen Direktor des Max-Planck-Instituts für Geschichte, stellte sein letztes, dreibändiges Opus magnum dar und fragte nebenbei, ob wohl die Akademie-Jury sich in diesen schwierigen Text vertieft habe. Der preisgekrönte Heimpel seinerseits machte es mit humorvollem Charme sehr kurz, dankte für den Preis auch im Namen seiner Lehrer „an einem, ob es ihnen *gefällt* oder *nicht*, *humanistischem* Gymnasium in München", zitierte einen lateinischen Modellsatz aus der Sexta, „scriba reginae portat rosas", fächerte die impliziten möglichen Bedeutungshintergründe auf und nannte schließlich die letzte Bedeutung: Wissenschaftliche Prosa. Herzlicher Beifall.

Die Laudatio auf Heiner Müller fiel außerordentlich lang aus. Helmut Krapp suchte alle Dunkelheiten, alle sprachlichen Qualitäten, ja sogar Müllers Vorliebe für „gegebene Stoffe" und sogar einzelne Stücke zu erklären, bis er dann schließlich doch zugeben mußte, daß für eine angemessene diskursive Analyse Müllers Œuvre „*zu groß* geraten" sei.

Heiner Müller selbst unterließ vernünftigerweise das übliche „Herr Bundespräsident, Frau Ministerin, Herr Präsident" und begann statt dessen mit dem Satz: „Um sechs Uhr heute früh wurde in Südafrika ein Dichter gehenkt, Benjamin Moloise". Er sei nicht gerade froh, seinen *folgenden* Text als Kommentar dazu vorzulesen. Der Text war eine dreiteilige, scharfe und bittere Invokation zahlloser Unterdrückter und Rebellierender, angefangen mit Woyzeck, Namen über Namen, „Woyzeck rasiert immer noch seinen Hauptmann", bis ein Atomblitz „die Wirklichkeit jenseits des Menschen" zurück bringt.

Worauf Präsident Heckmann als Abschluß allen „einen schönen Nachmittag" wünschte.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Zwischen Starkult und solider Sachinformation: Der deutsche Musikzeitschriftenmarkt ist kerngesund

Was gehen uns die Kommaregeln an?

Kaum ein Zeitschriftenmarkt ist so offenkundig zur regelrechten „Industrie" geworden; kaum ein Zeitschriftenmarkt birgt so viele Marktnischen; kaum ein Zeitschriftenmarkt arbeitet enger zusammen mit der *Hardware-Branche der Schallplatten-*, Video- und Phonokassettenhersteller, der Plattenfirmen wie Musikzeitschriften im Popularbereich, dessen Konsumenten aufgrund ihres Alters am mühelosesten manipulierbar sind, am begeisterungsfähigsten auch und, vor allem, am hungrigsten nach ständig neuen Reizen.



Der Überblick über den Popblätterwald wird zunehmend unübersichtlicher: Deutsche Musikzeitschriften FOTOCOLLAGE: HANS W. HOFT

Das Magazin „Pop Rocky" verfolgt das Konzept, Stars zu behandeln wie die Erwachsenen ihren Harald Juhnke oder einen erkrankten US-Präsidenten. *Alles* ist wichtig, bedeutend und zu wissen unentbehrlich – gemeint ist: Klatsch und Tratsch aus der Flitter- und Glitterwelt des Showbusiness. Kim Wilde, Desirée Nosbusch, der Popjockey Peter Illmann und Rick Springfield werden hier gelobhudelt, die Gruppe „Wham" in *Rotchina* begleitet. Dazu Berichte über Rockfestivals („Rock over Germany"), Popmusik im Kino wird vorgestellt und weiter wird geunkt, ob Billy Idol nun tot sei oder *nicht. Die Rocker von den „Scorpions"* stellen sich „privat" vor, ein Star begibt sich in ein „Fan-Kreuzverhör". Plattentips gehören zum festen Bestandteil.

„Pop Special" gibt sich in Layout, Foto- und Papierqualität schon anspruchsvoller, Anglizismen durchsetzen die journalistische Sprache („Anyway...Zu spät. Zu spät"). Hier gibt es flott und informatorisch verknappte „Newspages" und Gruppenporträts mit Adressen und Geburtstagen der *Mitglieder*, Hitparadenabdrucke aus dem In- und Ausland, Kleinanzeigen und eine vulgär gestrichelte Pop-Comic-Story aus dem Musikmilieu.

Auch das Blatt „Popcorn" gibt sich einerseits mit Rock-Reportagen etwas robuster, andererseits ebenso seicht und dekadent-weichlich. Bruce Springsteen hebt sich ab als veritabler Rockmalocher, Tears for Fears, Pete Burns und andere androgyne Wunderkreationen des Popmanagement werden hier in Fülle zelebriert.

Das Blatt „Musikszene" eröffnet den Reigen der Twen-Blätter, gibt sich statt schick eher etwas legerer und setzt weniger auf Star-Kult. Hier finden sich in den Nachrichten Tina Turner, Meat Loaf, Udo Lindenberg (auch im mehrseitigen Interview), Novalis und Springsteen, dazu gibt es medienbekannte Musikjockey-Porträts (etwa Ingolf Lück von „Formel Eins"), Tourneepläne, nach Stilen unterteilte Plattenkritiken und Mehrfachrezensionen, aber hier auch Konzertkritiken, Reports über „Die Selbstbewußten", die Frauen im Popbusiness, dazu Kurzporträts von Stars und Gruppen, Kurzrezensionen – insgesamt also sehr viel mehr musikbezogenen Service.

Der „Musikexpress", seit langem mit dem Blatt „Rocky" fusioniert, hat sich vom geschmacklichen Provinzniveau herausgemausert und bietet, in auffallend „amerikanischer" Layout-Manier Nahrung für Twens, die meinen, anspruchsvoller zu sein. Der Maler Helnwein wird mehrseitig mit Arbeiten vorgeführt, Marius Müller-Westernhagen interviewt; Paul Young stellt Al Jarreau, Frank Sinatra und andere Vokalgrößen vor, eine umfassende „Special"-Story blickt zurück auf Warhols Velvet Underground und bzw. Jimi Hendrix. Hier findet auch Jazz statt, ein paar Seiten hinter einem Feature über die edle Mode im Londoner „Ritz", einem Popmagazin für feine Menschen. Madonna und die Mode der Pop-Damen liefert Augenstoff, ein Österreicher spricht mit Bob Geldorf. Rick Springfield sagt, er sei überzeugter Taoist (!), und ein Star stellt sich einem der in den USA so beliebten blindfold tests. Dazu Kritiken, News, neue Platten sachlich, alphabetisch und nur mit ihren Daten, dazwischen eine Prominenten*kritik*, die *internationalen* Charts, neue Filme und Videos.

„Spex", ein selbstbewußt daherkommendes Großformat, gibt sich betont elitär, intellektueller und um jeden Preis tongue-in-cheeky, aber auch streitbar: Man *schießt* eine „Stern"-Redakteurin, die sich nackt ablichten ließ, mehrmals deftig an, gibt sich ausgesprochen jazzfreundlich, verreißt aber das Moers-Festival für New Jazz, pflegt professionellen, flotten News-Stil, plaudert von Jonathan Richmans „Alltagspoetry", mit Herbert Grönemeyer und über Literatur: „Was ist ein Schriftsteller?", eine Sammelrezension von Büchern über Conrad, Heine, Goethe, Sartre und Kafka. „Ist Fußball heilbar?" wird feuilletonistisch gefragt und der Dortmunder Kabelfernseh-Start kritisch beleuchtet. Kleine „Fanzines" werden vorgestellt und große Gruppen, das ganze geriert sich alternativ, ganz gescheit im Anspruch.

Neben diesen Magazinen erobert sich ein anderes Konzept immer mehr Marktanteile, das vor über einem Dutzend Jahren mit „Riebés Fachblatt" begann – Journalismus für aktive Musiker mit Produktpräsentationen aus dem Instrumenten- und Equipmentbereich, an der Spitze der Doyen dieses Genres, „Fachblatt/Musikmagazin", allmonatlich 250 Seiten stark, mit Musiker-, Produzenten- und Technikerporträts, Nachrichten und Besprechungen von Gitarren, Rhythmusgeräten, Musikcomputern, Trommeln, Mikrophonen, Bässen, Keyboards und anderem mehr. Der Akzent liegt auf purer Sachlichkeit, Workshops für Musiker und Elektroniker runden den Service ab, dazu Plattenrezensionen und ein umfangreicher Kleinanzeigenmarkt. Ganz ähnlich arbeiten Magazine wie „Musik spezial", wie „Soundcheck", „Keyboards" und eine Reihe von Sonderheften unter den genannten Titeln (Bsp.: „Musik mit Computern" von „Musik spezial").

Das Spektrum wird vervollständigt durch eine ganze Reihe anderer „Specials" wie z.B. „Metal Hammer" und „Metal Hammer Extra", Schwestermagazinen von „Musikszene" mit Schwerpunkt Hardrock, oder Sondertiteln anderer, hier vorgestellter Blätter, die sich dann zumeist auf bestimmte Stars oder Gruppen konzentrieren.

Bilanz: Der Pop-Blätterwald trägt sein Laub ganzjährig und kerngesund, die Zeichen stehen gar auf Expansion, der Überblick wird zunehmend schwieriger, die Qualität schwankt zwischen Klatsch und unreflektiertem Starkult auf der einen und deutlich spezialisierter Sachin*formation auf der anderen Seite*. Auffallend ist, daß mit zunehmender Sachkenntnis der Autoren die sprachliche Qualität ihrer Blätter abnimmt – daß der Standard amerikanischer Musikmagazine hierzulande also noch nicht erreicht ist – man denke an Fachblätter wie „Frets" oder „Guitar Player". Das aber dürften Argumente sein, die den Machern dieser Magazine weitgehend gleichgültig bleiben: Gekauft wird, ob mit oder ohne Kommaregeln.

ALEXANDER SCHMITZ

Ist er schon wieder auf Talfahrt? – Peter Zadeks neue Produktionen am Hamburger Schauspielhaus

Sofortige Erleuchtung mit einem Haufen Lügen

Hat die Talfahrt des Intendanten Peter Zadek schon begonnen, ehe er überhaupt zum Gipfelsturm angesetzt hat? Die ersten Premieren seiner Hamburger Ära müssen jedenfalls stutzig machen: eine in den folkloristischen Kitsch getriebene Lorcasche „Yerma", eine „Herzogin von Malfi", die den Elisabethaner John Webster mit viel Theater-Ketchup und possenhaftem Zungenschlag zum blutrünstigen Monster degradiert, und nun die deutschen Erstaufführungen zweier neuenglischer Stücke, die wie Bremsklötze wirken beim Start des Hamburger Schauspielhauses in die so sehnsüchtig erhoffte erfolgsträchtigere Zukunft.

Die beiden Neuerwerbungen nennen sich reizwortreich „Sofortige Erleuchtung incl. Mwst." bzw. „Ein Haufen Lügen" und sollten all jene Lügen strafen, die lauthals abstreiten, daß es heute noch wirklich spannendes Unterhaltungstheater gibt – für Peter Zadek bekanntlich die oft beschworene Rettung aus derzeitigem Theaternotstand. Ach, hätte er den Mund nur nicht so voll genommen! Man hätte sich ja eingedenk der jüngsten Bonner Agenten-Debakel nur allzu gerne dem Nervenkitzel hingegeben, den uns des Briten Hugh Whitemores zweiaktige Aufbereitung der seinerzeit spektakulären britischen Spionageaffäre Lonsdale versprach.

Einer Affäre, die die Eheleute Kroger 1960 als Riesen-Spinnen des sowjetischen Spionagenetzes in England entlarvte; sie hatten dem KGB geheimes Material über britische Unterwasserwaffen beschafft. Ein heißer Plot also für eine Verfolgungsjagd im Auftrag Ihrer Majestät. Doch Whitemore hatte offensichtlich Höheres im Sinn. Er schnitzte ein Psychodrama daraus, das die braven Londoner Vororts-Nachbarn der Krogers, Bob und Barbara, zu den eigentlichen Helden macht. Die werden nämlich, bei dem ersten Verdacht gegen die Krogers, von Scotland Yard zu Schweigen und zu Lügen ihren „besten Freunden" gegenüber verdammt. Seelenmarter auf der Folie eines Agententhrillers. Wenn's brillant geschrieben und gebaut wäre, warum nicht?

Doch Whitemore, ein eher mediokres Dramatiker-Talent, läßt die Story geradezu spannungstötend immer wieder von der Rampe herab monologisieren, als wär's ein Oratorium. Statt Action und kriminalistischer Volten herrscht Geschwätzigkeit, die nur die vordergründigsten Vorgänge, kaum jemals die bis zur Panik gereizte Psyche der von Schuldgefühlen getriebenen Barbara erhellt. Ein wässriges Dramen-Süppchen also, das auch eine hochkarätige Schauspieler-Riege nicht wirklich schmackhaft machen kann.

Rosel Zech, eine ganz uneitel und fein zeichnende Aktrice, gab der englischen Biederfrau Barbara ein beeindruckendes Maß an Durchschnittlichkeit, ängstlicher Verstörung und Hysterie, aber den schalen Wortschwall vermochte auch sie nicht in literarische Feinkost zu verwandeln. Auch ihre Mitspieler, der glänzende Ernst Jacobi als gewandt-unbarmherziger Scotland-Yard-Diener Stewart, Nicolaus Haenel als Bob, Marlen Diekhoff und Boris Mattern als Sowjet-Spione Kroger, hatten in Clifford Williams' Inszenierung nur wenig Stütze und noch weniger Entfaltungsmöglichkeiten. Die Wahrheit über „Ein Haufen Lügen" heißt Langeweile.

Und die Wahrheit über die „Sofortige Erleuchtung inkl. Mwst."? Nun, das Stück hat zumindest auch kein unbrisantes Tagesthema zum Vorwurf: jene wild wuchernden Selbsterfahrungs-Séancen nämlich, die oft genug unter inkompetenten Führern die Hilfesuchenden in kurzfristige Ekstasen und danach in langfristige Depressionen stürzen. Was daraus wird, ist aber lediglich eine dramatische Mini-Erleuchtung, eine oberflächliche, schnell verschlissene Attacke, als halbstündiger Sketch noch annehmbar, als Zweistunden-Spektakel unter dem ostinaten Kommando „Schrei, wenn du kannst!" jedoch letzlich nur enervierend, eine Zumutung eigentlich.

Rüdes Vokabular, eine Suada aus trivialpsychologischen Versatzstükken und unflätigen Beschimpfungen, Gejammer und trübes Gelächter der Malträtierten – das sind die untauglichen Mittel, mit denen der Brite Andrew Carr seinen Seelenaufklärungs-Reißer aufzuladen versucht.

So sehr Andras Friscay im neuen Malersaal des Schauspielhauses unter des Autors Regie auch als seelenloser Einpeitscher und Kotzbrocken vom Dienst brilliert, so sehr Matthias Fuchs als sein Kontrahent, schauspielerisch bemerkenswert, den Widerstand gegen ihn probt – zur scharfen Parabel menschlicher Verführbarkeit und unmenschlicher Manipulation will sich das Opus niemals runden. Dazu fehlt es seinem Erfinder schlicht an Inspiration.

KLÄRE WARNECKE

Ein musikalischer Weltbürger von Rang – Zum Tode von Stefan Askenase

Die Hände gehören auf die Tasten



Ein Pianist von außerordentlicher Stetigkeit: Stefan Askenase FOTO: DPA

Das Musikpublikum konnte die Uhr nach ihm stellen. Verläßlich, wie alltäglich die Sonne aufgeht, gab auch Stefan Askenase seine Konzerte, die mehr und mehr einzig seinem großen Landsmann Chopin gewidmet waren. Askenase gehörte zu den Pianisten von stetiger Außerordentlichkeit – oder von außerordentlicher Stetigkeit. Beides fiel mit der Zeit immer deutlicher ineinander.

Das Publikum hielt Stefan Askenase unverbrüchlich die Treue. Es strömte seinen Konzerten mit ganz unneugieriger Bereitschaft zu. Aus der pianistischen Anziehungskraft des Virtuosen war schließlich längst die eines Musikers am Klavier geworden, der sein Bild von Musik, noch vor dem Ersten Weltkrieg geprägt, wie ein Vermächtnis in die Gegenwart trug. Ihren Nervositäten, Interessantmachereien, ihrem hin- und herhetzenden interpretatorischen Personenkult stellte er in aller Ruhe seine Anschauung von Musik entgegen, der alle Eigensinnigkeit gleichgültig war.

Deswegen trug Askenase auch nicht an der Last des Solistentums, wie viele berühmte junge Interpreten unserer Tage, die sich (unter Beibehaltung ihrer Stargagen) musikalisch zurücksehnen in die wonnigliche Geborgenheit der Gemeinschaft. Askenase spielte mit Selbstverständlichkeit und mildem Selbstbewußtsein den Part, der ihm auferlegt war: Den des Solisten, ohne sich in ihm deswegen wichtig zu tun.

Sein Spiel besaß weniger jene Brillanz, die man gemeinhin mit vielen Stücken Chopins assoziiert, als Einfühlungskraft in die Aussage der musikalischen Geste. Er war ein bedachtsamer Pianist, der die musikalische Wahrheit eher mit der Seele suchte als mit dem Verstand. Es war diese Ausdrucksweise, der das Publikum denn auch unermüdlich die Treue hielt. Wenn man bedenkt, wie *viele Pianisten von Rang* diese Position wieder verloren in den weit über sechs Jahrzehnten von Askenases musikalischer Wirksamkeit, ersieht sich allein daraus schon Askenases unerhörte Fähigkeit, sich das Hörinteresse lebendig zu halten.

Askenase kam 1896 in Lemberg zur Welt. Er studierte in Wien bei Emil von Sauer, der seinerseits ein Schüler Franz Liszts gewesen war. Die große Tradition des Klavierspiels war Askenase noch schlankweg in die Hände gewachsen. Unglücklicherweise unterbrach der Weltkrieg die sich anspinnende Karriere. Über zwei Kriege hin hatte Askenase sie in völlig verwandelten Welten zu etablieren. Es gelang ihm wie durch ein musikalisches Wunder.

Denn auch seine Heimat hatte er schließlich verloren. 1951 wurde er Belgier. Doch er blieb musikalisch ein Weltbürger. Der unterrichtete in Kairo, Rotterdam, Brüssel. Er gab Meisterklassen in Jerusalem. Er verband beides: musikalische Herrenhaftigkeit und pädagogische Demut.

Ihm wurde das Glück zuteil bis in sein neunzigstes Lebensjahr konzertieren zu können. Ihm schien es moralisch unsittlich, die Hände in den Schoß zu legen. Sie gehörten nun einmal auf die Tasten, und dort blieben sie, der Welt zur Freude, bis zum buchstäblich letzten Tag.

KLAUS GEITEL

JOURNAL

Bacon-Retrospektive in Stuttgart

dpa, Stuttgart

Eine Retrospektive über das Schaffen des britischen Malers Francis Bacon ist jetzt in der Neuen Staatsgalerie Stuttgart zu sehen. Diese Ausstellung war vorher in London gezeigt worden (s. die WELT vom 1. 6. 85). Die von der Londoner Tate Gallery zusammengestellte Schau präsentiert bis zum 5. Januar 86 Werke aus vier Jahrzehnten, darunter 25 Tryptychen des 1909 geborenen Künstlers. Die Bacon-Ausstellung, zu der ein Katalog (38 Mark) der Tate Gallery mit Beiträgen namhafter Kunstwissenschaftler erschienen ist, wird im Februar von der Berliner Nationalgalerie übernommen.

Modernisierung der Berliner CCC-Studios

dpa, Berlin

In Berlin gibt es Pläne für eine umfassende Modernisierung der CCC-Filmstudios in Spandau, um wieder Anschluß an Filmproduktionsorte wie München und Hamburg zu bekommen. Zur Zeit ist Berlin nur noch auf dem Synchronsektor führend. In den Studios der CCC-Filmproduktion Arthur Brauner waren in den 50er und 60er Jahren zahlreiche Spielfilme produziert worden. An diese Tradition wollen die Filmproduzenten Arthur Brauner und Horst Wendlandt wieder anknüpfen, wozu aber umfangreiche Investitionen in den Studios notwendig wären. Die FDP-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hat sich bereits für eine Unterstützung der Investitionspläne ausgesprochen.

Münchner Philharmonie begann US-Tournee

Bth. Washington

Ihre erste Amerika-Tournee haben die Münchner Philharmoniker am Samstag nachmittag im Kennedy-Center von Washington begonnen. Im nicht ganz ausverkauften Haus gab es einen herzlichen Empfang für die Münchner unter der Leitung von Lorin Maazel, die nach Webers „Oberon"-Ouvertüre und Hindemiths Sinfonie „Mathis der Maler" Tschaikowskijs Fünfte als effektvollen Schlußpunkt setzten. Die Tournee, die elf Konzerte an der US-Ostküste und in Kanada umfaßt, wird mit nahezu einer Million *Mark von der Firma Audi in Ingolstadt* gefördert, die kürzlich einen Kooperationsvertrag mit dem Orchester geschlossen hat.

Ein Russe gewann Chopin-Wettbewerb

dpa, Warschau

Im 11. Internationalen Chopin-Wettbewerb ist dem sowjetischen Pianisten Stanislaw Bunin der erste Preis zuerkannt worden. Dem erst *19 Jahre alten Bunin, der aus einer* Musikerfamilie stammt und mit dem Literaturnobelpreisträger Iwan Bunin verwandt ist, ist damit eine große Karriere sicher. Er galt von Anfang an als Favorit unter den 123 Bewerbern. Den zweiten Preis erhielt der Franzose Jean Marc Laforet, den dritten der Pole Krzysztof Jablonski. Der alle fünf Jahre in Warschau stattfindende Chopin-Wettbewerb gilt als eine der schwierigsten Prüfungen für junge Pianisten.

Nobelpreis an Simon war umstritten

Schw. Paris

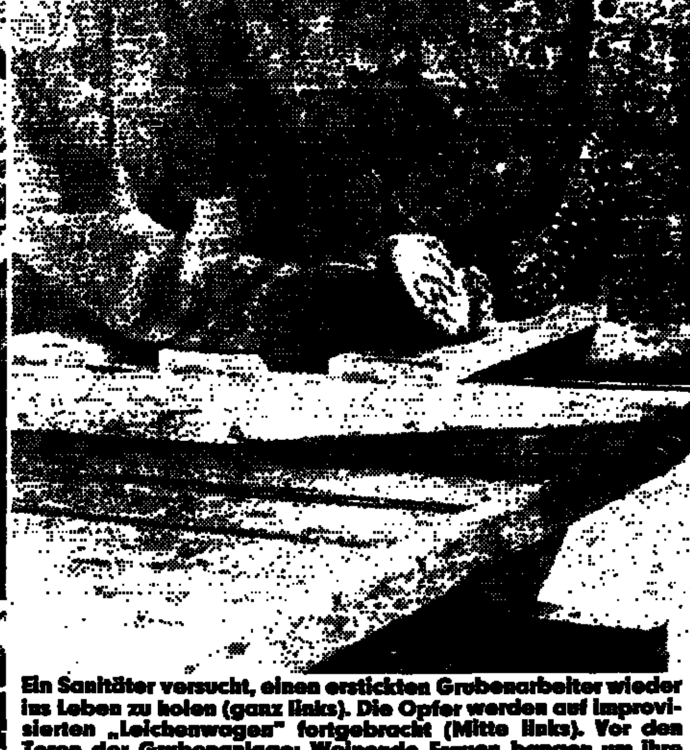
Viele Franzosen sind der Meinung, daß es Sartres Ablehnung des Nobelpreises 1964 gewesen sei, die dazu führte, daß Frankreich 21 Jahre lang in Stockholm nicht mehr bedacht wurde. Jetzt wird in Paris darüber gemunkelt, daß auch der neue Preisträger Claude Simon um ein Haar nicht mit dieser höchsten literarischen Ehrung bedacht worden wäre. Unter den Akademikern, die den Preis vergeben, waren, wie „aus zuverlässiger Quelle" verlautet, Stimmen laut geworden, die forderten, nach der „Rainbow Warrior"-Affäre dürfe der Preis nicht nach Frankreich gehen. Seit 1981, als Simons vorletzter Roman, „Géorgiques", in Schweden erschien, wurde Simon von Artur Lundqvist vorgeschlagen. Er war es auch, dessen Meinung jetzt den Ausschlag gab, man solle Simon dennoch auszeichnen.

Dirigent Rosenstock †

AFP, New York

Joseph Rosenstock, ehemaliger Dirigent des Orchesters der Metropolitan Opera in New York, ist im Alter von 90 Jahren in New York gestorben. Der am 27. Januar 1895 in Krakau geborene Musiker hatte seine Karriere 1918 als stellvertretender Dirigent des Chors der Wiener Philharmoniker begonnen. 1936 emigrierte Rosenstock nach Tokio, wo er Leiter des Nippon Philharmonic Orchestra wurde. 1948 ging er nach New York, wo er 1952 der Intendant der New York City Opera wurde. 1955 zog es ihn wieder zurück nach Japan, bis er sich schließlich 1961 endgültig als Dirigent des Orchesters der Metropolitan Opera in New York niederließ.

Heute vor 55 Jahren, mitten in der Wirtschaftskrise, erschütterte ein Grubenunglück bei Aachen ganz Deutschland



Ein Sanitäter versucht, einen erstickten Grubenarbeiter wieder ins Leben zu holen (ganz links). Die Opfer werden auf improvisierten „Leichenwagen" fortgebracht (Mitte links). Vor den Toren der Grubenanlage: Weinende Frauen bangen um ihre Männer (Mitte rechts). Außen, die erste Liste der Toten und Verletzten. FOTOS: ULLSTEIN



Geborstene und verbogene Eisenmassen: In den Trümmern des eingestürzten Fördergerüsts am Eduardschacht suchen die Kumpel nach Überlebenden. Ungeklärt blieb, was den Einsturz verursachte. FOTO: ULLSTEIN

Das ungelöste Rätsel von Alsdorf

Von MANFRED BIERGANZ

271 Menschen kamen am 21. Oktober 1930 beim schwersten Grubenunglück der Weimarer Republik ums Leben. Für immer ungeklärt blieb, was die verheerende Explosion unter und über Tage wirklich auslöste.

„Unten ist alles voll Qualm. Ich bin blind drauflos gestolpert ins Nachbarrevier über Leichen und Leichenteile hinweg ... Die Explosion unten war furchtbar. Das Gebälk krachte zusammen. Dann kam auch schon der tödliche Qualm ...". Entsetzt berichteten Überlebende, wie sie tief unter der Erde knapp dem Tode entronnen waren.

Trümmer und Tod aber, und das ist das „Rätsel von Alsdorf", auch über Tage: Das 36 Meter hohe Fördergerüst des Eduardschachts stürzte nach einer Explosion, deren Ursache nie geklärt wurde, mit ohrenbetäubendem Krachen quer über das Verwaltungsgebäude, wo es zahlreiche Menschen erschlug.

Gewaltige Betonblöcke lösten sich wie leichte Erdklumpen. Die geborstenen Eisenmassen des großen Förderturms zermalmten die Gerüste, auf die sie fielen. Die Druckwelle schleuderte Menschen wie Puppen gegen Pfeiler und Mauern, wo sie regungslos liegen blieben. Das Gelände – ein wüstes Trümmerfeld.

Auch in der Umgebung stürzten Häuserwände und Dächer zusammen. Im kilometerweiten Umkreis klirrten die Scheiben. Bewohner wurden durch herumfliegende Glassplitter und Gesteinsbrocken getroffen. Staub und Rauch hüllte alles in einen undurchdringlichen Nebel, in dem die Hilfeschreie verzweifelter Menschen erstickten. Der Rundfunk unterbrach sein Programm: „Große Explosion unter Tage auf der Zeche Anna II in Alsdorf bei Aachen. Auch über Tage eine große Anzahl Toter und Verletzter". Die Gerüchteküche kochte über. Sofort machte das Gerücht von 2000 eingeschlossenen Bergleuten die Runde. Andere wollten gehört haben, daß die Grube sowie die Anlage über Tage in Flammen stehe.

Der preußische Landtag in Berlin vertagte seine Plenarsitzung. Die Regierungsparteien SPD und Zentrum forderten getrennt die „umgehende Aufklärung der Ursache dieses in Deutschland bisher einzigartigen Bergwerkunglücks".

Was war geschehen? Um 7.29 Uhr morgens explodierte in der damals 17 000 Einwohner zählenden Bergbaustadt Alsdorf die Grube Anna II des Eschweiler Bergwerksvereins, einer Tochter der ARBED. Zur Zeit des Unglücks standen 2400 Bergleute in den 360 Meter tiefen Schächten. 1400 von ihnen gerieten in Lebensgefahr. Eingebrochene Stollen versperrten die Ausgänge.

Vor den Werkstoren warteten Tausende auf ein Lebenszeichen ihrer Männer, Brüder, Väter und Kollegen. Erste Todeszahlen gab die Geschäftsleitung erst zwei Tage nach der Katastrophe bekannt.

Die Angaben der Grubenverwaltung waren widersprüchlich. Generaldirektor Westermann sagte zehn Tage nach der Katastrophe vor Journalisten aus dem In- und Ausland: „Wir haben versucht, die ganze Schwere des Unglücks zu verheimlichen, um Gerüchte möglichst einzudämmen."

Die „Gerüchte" betrafen die Ursachen des Unglücks. Eine Explosion der Dynamitkammern kam nicht in Frage. Sie waren intakt. Weil keine Koksasche gefunden wurde, konnte „mit Sicherheit" auch eine Kohlenstaubexplosion ausgeschlossen werden. Die Asche gilt als untrügliches Zeichen für diese Art Explosion.

Aber die vermutete Schlagwetterexplosion, ein Gemisch aus Luft und Methan, das sich schon beim geringsten Funken entzündet, konnte allein die Verwüstungen über Tage nicht angerichtet haben. Von den Zeugen wollte „niemand etwas Ungewöhnliches, insbesondere keine Schlagwetteransammlungen, wahrgenommen" haben.

Auf jeden Fall mußte sich am Schachteingang ein weiterer Explosionsherd befunden haben. Dieser könnte dann durch einen Knall in der Grube entzündet worden sein.

Sofort gab es Stimmen, die wissen wollten, daß an jenem Morgen, entgegen allen Sicherheitsvorschriften, große Mengen Dynamitpatronen am Schachteingang lagerten. Ein schlimmer Verdacht, den die Verwaltung energisch bestritt. Aber Kumpel, die sich bei ihrer ersten Befragung noch an den „Geruch lagernden Sprengstoffs" erinnerten, sollen später ihre Aussagen mit der Bemerkung, „Zuhause haben wir Frau und Kinder", zurückgezogen haben.

So stellte der Abschlußbericht des Sicherheitsausschusses lediglich fest, daß „am Unglückstag, soweit festgestellt werden konnte, kein Sprengstoff in die Grube gefahren wurde." Und: „Eine befriedigende Erklärung gibt es nicht; die Katastrophe bleibt ein Rätsel."



Die Aufräumarbeiten haben begonnen. FOTO: ULLSTEIN

Bayer-Konzern zieht ein Medikament ein

dpa, Kiel/Monheim

Nachdem in den vergangenen Wochen überwiegend in Norddeutschland mehr als 20 Kühe kurz nach dem Kalben verendeten, hat der Chemiekonzern Bayer ein Penicillinpräparat zurückgezogen, das den Kühen verabreicht worden war. Das bestätigte der Konzern am Wochenende. Das Mittel „Stapenor-Retard" sollte dazu dienen, die Kühe vor der Geburt trockenzustellen. Bayer habe sich entschlossen, das Medikament, das als „Flaggschiff" in der Behandlung von Penicillin-resistenten Entzündungserregern gelte, aus dem Verkehr zu ziehen, nachdem man in Spritzenfüllungen Krankheitserreger festgestellt habe. Das Mittel solle an die Tierärzte zurückgegeben werden. Nach den Angaben des Pressesprechers wird das Mittel nicht als Humanpräparat eingesetzt.

Einer überlebte

AP, Helmstedt

Ein 15jähriger Junge und seine zwölfjährige Schwester haben am Samstag nachmittag in der Nähe von Helmstedt versucht, gemeinsam Selbstmord zu begehen. Die beiden Kinder ließen sich auf der Strecke Helmstedt–Berlin von einem Zug überrollen. Der Junge war sofort tot, das Mädchen wurde schwer verletzt. Gründe für die Tat sind nicht bekannt.

Geldof steigt aus

SAD, Addis Abeba/London

Rockstar Bob Geldof hat angekündigt, daß er seine Arbeit für die Hungernden Afrikas einstellen und in seinem Beruf zurückkehren wird. In Addis Abeba, der letzten Station auf seiner Informationsreise durch sechs afrikanische Länder des Sahel-Gürtels, sagte der Star der Gruppe Boomtown Rats: „Bei mir hat jetzt die Mitleids-Müdigkeit eingesetzt. Es schafft mir Befriedigung, Musik zu machen. Ich ziehe keine Befriedigung mehr aus der humanitären Arbeit.

Kein „Bonus" mehr?

dpa, Frankfurt

Die Straßenverkehrsämter in den deutschen Großstädten wollen bei Geschwindigkeitsüberschreitungen den bisher allgemein eingeräumten „Bonus" von fünf Kilometer je Stunde nicht mehr gelten lassen. Es gebe mittlerweile so genaue Geräte, daß solche Toleranzen überflüssig seien.

In Goldmine ertrunken

rtr, La Paz

In Bolivien sind 13 Bergarbeiter eines Goldbergwerks im Stollen ertrunken, nachdem ein Fluß über seine Ufer getreten war und Wasser in die Mine eindrang. 20 Bergarbeiter werden noch vermißt. Der Unfall ereignete sich bei Tipuani, dem Zentrum der Goldgewinnung.

Todesschuß mit Armbrust

dpa, Düsseldorf

Eine 21jährige Frau aus Ratingen im Rheinland hat ihren langjährigen Geliebten, einen 58 Jahre alten italienischen Eisdielen-Millionär aus Düsseldorf, gestern morgen aus Eifersucht mit einer Armbrust im Bett erschossen. Der aus Verona stammende Giuseppe Palatini hatte offenbar noch andere Geliebte.

Alterspyramide wächst

dpa, Bottrop

Die Alterspyramide in der Bundesrepublik Deutschland wird sich bis zum Jahr 2030 vermutlich noch krasser verändern als bisher angenommen. Eine neue Modellrechnung des Statistischen Bundesamtes zeigt, daß der Anteil der bis 20jährigen an der Gesamtbevölkerung von 24 (1984) auf 16 Prozent sinken und der der 60jährigen und Älteren von 20 auf 36 Prozent zunehmen wird.

Reiterhof-Mord gedeckt?

dpa, Dijon

Der nach weltweiter Fahndung in Frankreich gefaßte 25jährige Manfred Hiltmann, der als Mittäter für den dreifachen Mord auf einem Reiterhof in Enger (Kreis Herford) verdächtig ist, wird nach Deutschland ausgeliefert. Er soll zusammen mit Kurt Knickmeier (23) am 26. August auf dem Reiterhof in Enger den 44jährigen Besitzer, dessen 22jährige Freundin sowie einen 28jährigen Pferdepfleger erschossen haben.

Herzschlag?

rtr, Bogota

Die französische Schriftstellerin Françoise Sagan hat einen Herzschlag erlitten und liegt in einem Krankenhaus in Bogota. Die Schriftstellerin war Sonnabend bewußtlos in ihrem Hotelzimmer aufgefunden worden. Die 50jährige hält sich in Begleitung des französischen Präsidenten in Bogota auf.

LEUTE HEUTE

Heimgekehrt

Kaum ist **Prinzessin Diana** (24) aus Berlin zurück, da sorgt sie schon wieder für Schlagzeilen. Am Abend versammelte sich die Nation vor den Bildschirmen, um das erste Fernsehinterview zu erleben, das **Prinz Charles** und Diana seit ihrer Verlobung gegeben hatten. Es wurde im Privatfernsehen ausgestrahlt.

Danebengesetzt

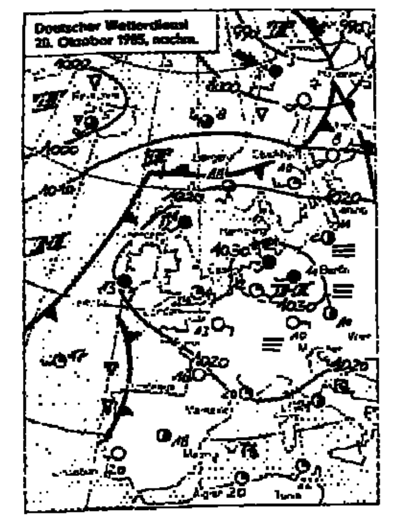
Glimpflich ist am Samstag im US-Staat Indiana ein Unfall verlaufen, den der Sänger **Ray Charles** bei der Landung eines viermotorigen Privatflugzeugs hatte. Der 55jährige Charles blieb wie die meisten der 28 Insassen der Maschine unverletzt. Das Flugzeug war bei starkem Regen in ein Maisfeld geschlittert.

Nach Hause geschickt

Der Ex-Schwiegersohn des paraguayanischen Präsidenten **Alfredo Stroessner**, **Humberto Dominguez Dibb**, hat den Parlamentsabgeordneten **Oscar Zacarias Cubillas** zum Duell herausgefordert, nachdem dieser ihn des Nepotismus geziehen hatte. Die Polizei verhinderte das Spektakel, zu dem sich Hunderte von Menschen in einem Stadtpark von Asuncion eingefunden hatten. Die rund 50 Polizisten lösten die Menge auf und schickten die Duellanten nach Hause. Dibb, Eigentümer der Zeitung „Hoy", hatte seine Forderung auf der Titelseite abgedruckt. Er warf Zacarias vor, gegen Stroessner zu sein. Der „Gegenpaukant" hatte die Forderung angenommen – in Radio-Werbespots. Welche Waffen gewählt worden waren, wurde nicht bekannt.

WETTER: Hochdruckwetter

Wetterlage: Ein ausgedehntes Hoch mit Kern über Mitteleuropa bestimmt das Wetter in Deutschland.



Vorhersage für Montag:

Norden: In den Frühstunden gebietsweise Nebel und Hochnebel. Am Tage heiter bis wolkig und trocken. Temperaturen 11 bis 15 Grad. Mitte und Süden: Im Süden in den Niederungen zum Teil länger andauernder Nebel. Sonst nach Auflösung von Frühnebel sonnig und durchweg trocken. Temperaturen 9 bis 15 Grad.

Weitere Aussichten:

Andauer des ruhigen Hochdruckwetters mit Nebelbildung im Süden und Bodenfrostgefahr.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	11°	Kairo	26°
Bonn	12°	Kopenh.	12°
Dresden	10°	Las Palmas	21°
Essen	12°	London	14°
Frankfurt	11°	Madrid	18°
Hamburg	11°	Mailand	15°
List/Sylt	12°	Mallorca	20°
München	10°	Moskau	5°
Stuttgart	9°	Nizza	22°
Algier	20°	Oslo	13°
Amsterdam	13°	Paris	13°
Athen	19°	Prag	8°
Barcelona	21°	Rom	21°
Brüssel	12°	Stockholm	10°
Budapest	13°	Tel Aviv	21°
Bukarest	12°	Tunis	22°
Helsinki	8°	Wien	10°
Istanbul	17°	Zürich	7°

Sonnenaufgang* **am Dienstag**: 6.58 Uhr, Untergang: 17.15 Uhr; **Mondaufgang**: 15.43 Uhr, Untergang: –.– Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Andrang, aber keine VIPs

PETER SCHMALZ, München

„Ich habe ein schweres Erbe angetreten", sagt der Münchner Wirt Karl Heinz Wildmoser mit sonorer Stimme und legt dabei das breite Gesicht in Kummerfalten, daß einem das Erbarmen kommen könnte angesichts des schweren Gastronomenschicksals, ausgerechnet am Marienplatz der „heimlichen Hauptstadt" ein Lokal übernehmen zu müssen. Fast möchte man glauben, es sei eine schwache Stunde gewesen, in der Wildmoser sich verwegen entschloß, Wirt vom „Donisl" zu werden.

Aber der Mann, der in der Wirts-Gilde zu den honorigen Vertretern gehört, darf durchaus der Schlitzohrigkeit verdächtigt werden, weshalb nicht jedes seiner Worte gleich auf die Leberkäs-Waage zu legen ist. Ein Erbe ist's tatsächlich, das Wildmoser mit dem „Donisl" übernahm, eines sogar aus tiefer Münchner Historie: 1715 wurde die Bierwirtschaft „Zum Markt" eröffnet, vom Volksmund nach dem Wirt Dionysius in „Donisl" umgetauft und vor 16 Monaten von der Polizei umstellt, die den Geschäftsführer und das Personal festnahmen und das zur Räuberhöhle verkommene Lokal versiegelten. Seit Jahresbeginn laufen die Prozesse. Kellner Rudi wurde zu zwei Jahren Haft verurteilt, der Geschäftsführer zu zweieinhalb Jahren, eine Büfettdame zu 16 Monaten.

Vor diesem Hintergrund könnte man schon von einem schweren Erbe sprechen, wäre da nicht ein doppelter Umstand: Zum einen brachten die Storys über die Räuberhöhle neben dem Rathaus eine ungeheure Publicity, zum anderen wurde der Schandfleck für 7,35 Millionen Mark zu einem Schmuckkästchen bayerischer Gemütlichkeit herausgeputzt.

Zur offiziellen Wiedereröffnung blieb zwar die Crème der Gesellschaft weg, das neugierige Volk aber strömte. Auf daß der Wirt auf dem rechten Weg bleibe, schenkte ihm Münchens gefürchteter Kreisverwaltungsreferent Peter Gauweiler, im vergangenen Jahr im Clinch mit Wies'n Wirt Süßmeier, ein Büchlein: die neueste Ausgabe des Gaststättengesetzes ...

Die Rache des Versagers trifft gern den Schwächsten

Münsteraner Kriminologe zum Motiv von Kindermördern

EWALD REVERMANN, Münster

Auch am Tage der Beerdigung der 13jährigen Schülerin Britta Kaufeld, heute um 14 Uhr, liegt das Motiv dieser unbegreiflichen Tat weitgehend im dunkeln. Brittas früherer Tischtennislehrer Rudolf Kittler (35), der gestanden hat, den Todesschuß im Auto kurz nach der Entführung des Kindes in voller Fahrt abgefeuert zu haben, wird nach fast einer Woche Einzelhaft bei seinen Vernehmungen zwar immer gesprächiger – zu den wirklichen Hintergründen offenbart er sich indes nicht.

Auch für den Strafrechtslehrer und Diplom-Psychologen Professor Hans-Joachim Schneider (56), Inhaber des Lehrstuhls für Kriminologie an der Universität Münster, ist dieses Verbrechen „vom äußeren Ablauf her sehr ungewöhnlich". In einem Gespräch mit der WELT unternahm der renommierte Wissenschaftler – ohne auf den Fall Kittler Bezug zu nehmen – den Versuch, die Frage zu klären: Was treibt einen Menschen zu einer so unbegreiflichen Tat wie der Tötung eines Kindes, vorausgesetzt, er ist nicht geisteskrank?

Für Schneider sind diese Fälle oft die Folge einer Häufung von sogenannten Versagererlebnissen, als darunter zu verstehen ist: Erfolglosigkeit im Beruf – Kittler war arbeitslos –, kein zufriedenstellendes Partnerverhältnis. Auch das war bei dem Tischtennislehrer offenbar der Fall.

Bei solchen Menschen, die sich in ihrer Umwelt ganz normal und unauffällig verhalten und eine sogar eher positive Lebenseinstellung vermitteln, können sich nach Professor Schneider über Jahre bewußt oder unbewußt Aggressionen aus früheren Negativ-Erlebnissen aufgestaut haben. Die Eskalation solch' aufgestauter Unzufriedenheit trifft dann oft nach Meinung des Kriminologen ein schwaches Glied, wenn nicht das schwächste, aus dem Kreis der engeren Bezugspersonen. Ein solcher Täter, der nur nach außen hin gefestigt wirke, in sich aber eine schwache Persönlichkeit sei, könne sich nur Schwächeren gegenüber behaupten. Dabei sei dann durchaus möglich, daß sich eine Kleinigkeit, ein falsches Wort dieser unterlegenen Bezugsperson – in diesem Fall die 13jährige Schülerin? – wie der Funke im Pulverfaß auswirken könne.

Der Entschluß zur Tat werde dann in der Regel nicht im Moment, aus der Situation heraus, gefaßt, er sei vielmehr längst – bewußt oder unbewußt – gefaßt worden, oft zu einem Zeitpunkt, da das Opfer noch nicht einmal zu den engeren Bezugspersonen gehöre beziehungsweise für den Täter noch gar nicht existiere.

Auf diesen Braunschweiger Fall übertragen, hält Schneider es – so seine These – für möglich, daß der Tischtennislehrer „zwar das Kind getötet, in Wirklichkeit aber seine unzufriedenen Lebensumstände gemeint hat". Ein anderes Moment: ein erfolgloser und enttäuschter Mensch, dem nicht die gewünschte Geltung zuteil wird, flüchtet in eine Haßbeziehung nach dem Motto: „Besser dies als gar nicht beachtet zu werden und als Null zu gelten."

Unterdessen sind in der Braunschweiger Justizvollzugsanstalt in der Rennelbergstraße für den Häftling Kittler in dessen neun Quadratmeter-Einzelzelle im Erdgeschoß des Hauses II besondere Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Mit den 200 Mithäftlingen dieser Anstalt darf er keine gemeinsamen Rundgänge machen – unter den Haftinsassen herrscht Empörung und Verachtung für den Mann mit der Stirnglatze; die Gefängnisverwaltung fürchtet Übergriffe.

Kittler selbst hat inzwischen mehrfach Besuch von seinen Angehörigen erhalten. Das zuständige Gericht sucht einen Pflichtverteidiger.

In der Braunschweiger Öffentlichkeit haben sich auch fast eine Woche nach der Verhaftung Kittlers die Wogen der Empörung noch nicht geglättet. Inzwischen fand in der Sankt Magni Kirche eine Gedenkandacht mit 300 Schülern aus Brittas Realschule statt. „Vielleicht war Britta ein Spiegel, in dem der Täter seine verzerrte Menschlichkeit sah", sagte Religionslehrer Eberhard Jürgens in seiner Predigt.

Wirbelsturm über Asien, Erdbeben bei New York

DW. Manila

Bei einem Wirbelsturm auf den Philippinen sind nach offiziellen Schätzungen von gestern mindestens 54 Personen getötet worden. Sprecher des Katastrophenschutzes erwarten, daß die Zahl der Toten noch steigen werde. Der Taifun „Dot" hatte Windgeschwindigkeiten bis zu 240 Kilometer in der Stunde erreicht und vor allem Gebiete in den mittleren und nördlichen Philippinen heimgesucht. Tausende Häuser wurden bei Erdrutschen und Sturmfluten zerstört und mehr als 100 000 Menschen evakuiert, hieß es. Rund 50 000 Menschen sind obdachlos geworden.

Tonnenweise wurden Hilfsgüter auf die östlich von Manila gelegene Insel Catanduanes und in die Provinzen Tarlac und Ecija geflogen, wo die Schäden am größten sein sollen. In den beiden Provinzen sind nach Angaben der Militärbehörden und des Roten Kreuzes fast 80 Prozent der Häuser schwer beschädigt. Soldaten werden dort bei Rettungsarbeiten eingesetzt. In Catanduanes teilte der Gouverneur mit, sieben der elf Städte seien verwüstet. „Dot" verlor inzwischen an Wucht und drehte Richtung Hongkong ab.

In dem Wirbelsturm, der Mitte der Woche die indische Ostküste erfaßt hatte, sind wahrscheinlich mehr als 400 Menschen ums Leben gekommen. Das meldete die indische Nachrichtenagentur PTI am Wochenende; etwa 440 Menschen, die meisten von ihnen Fischer, würden vermißt. Mindestens 200 000 Menschen sind nach offiziellen Angaben obdachlos.

Von einem leichten Erdbeben wurden am Samstag New York und seine Umgebung erschüttert. Nach Polizeiangaben stürzten in Queens und in der Bronx drei leerstehende Altbauten ein. Weitere nennenswerte Sachschäden wurden nicht gemeldet. Der Erdstoß, der die Stärke 3,8 auf der nach oben offenen Richterskala erreichte, war im Norden bis an die kanadische Grenze und im Süden bis nach Philadelphia zu spüren. Das Epizentrum lag 30 km nördlich von New York. Es ist nach 1980 das zweite Beben.

ZU GUTER LETZT

„Assisi Underground" heißt der Film des 1936 in Brest-Litowsk geborenen Alexander Ramati, der als Kriegsberichterstatter der polnischen Anders-Armee zu den ersten zählte, die 1944 das von der deutschen Wehrmacht geräumte Assisi betraten ...". Von dieser frühreifen Leistung berichtete die WELT.

